

lassen und ihre Wähler zu wirklichem politischen Kampf erziehen. Dann werden sie sich freilich auch sagen müssen, daß sie gar keinen Grund haben, so stolz zu tun, weil ein paar Hundert ihrer Wähler — durch unsere und nicht durch ihre Agitation aufgefressen — nicht dem schlimmsten aller Reaktionsäre ihre Stimme gegeben haben, sondern sie werden sich sagen müssen, daß die wichtigste Erziehungsarbeit für sie erst noch zu leisten ist.

Die Krise in England.

Neue Drohungen der Offiziere.

Befehl, 27. März. (Privatelegramm des „Vorwärts“.) Die Gefahr der Militärherrschaft mag in England für den Augenblick überwunden sein und die Liberalen sind mit einer trefflichen Wahlparole versorgt, aber das Gift, das die Konservativen der Armee eingeimpft haben, frisst weiter. Die „Times“, das führende Blatt der irischen Unionisten heute mitteilt, unterhalten die Offiziere im Carragh nach wie vor die engsten Verbindungen mit ihren Kameraden in anderen militärischen Zentren, wie Aldershot, Tidworth und London. Sie betonen, daß ihre Handlungsweise, sollten sie wieder vor dieselbe Alternative gestellt werden, weit ernster sein werde wie jetzt. Die Desabonierung des bekannten Dokuments scheint überhaupt wenig Eindruck auf sie gemacht zu haben, wie aus Briefen hervorgeht, die von den Offizieren an das genannte Blatt gerichtet worden sind und in denen der Armee unterblümt das Recht zugesprochen wird, zwischen den politischen Parteien den Schiedsrichter zu spielen. Die ihnen von den Ministern gegebenen Erklärungen scheinen bei diesen Herren ihre Wirkung zu verfehlen, und die Regierung wird diesen uniformierten Politikern schärfer zu Leibe gehen müssen, wenn sie die Rechte des Volkes ernstlich wahren will.

Die Demission der Armeeführung.

London, 27. März. Unterhaus. Premierminister Asquith gab heute die Erklärung ab, daß Feldmarschall French und Generalleutnant Smart gestern abend ihren Abschied eingereicht hätten. Die Regierung habe sie ersucht, zu bleiben, und erwarte nunmehr ihre endgültige Antwort.

Verhöhnung der Handlungsgehilfen.

Auf der Tagesordnung der letzten Reichstags-Sitzung vor Ostern stand die zweite Lesung des Gesetzes zur Änderung über das Wettbewerbsverbot im Handelsgewerbe. Seit Monaten bereits liegen in dieser Sache die Beschlüsse der Reichstagskommission vor. Seit Monaten bereits warten die Handlungsgehilfen, daß der Reichstag das Gesetz fertig mache und die schweren Missethäter bestrafe, die die Folgen der Wettbewerbsverbote sind.

Das Wettbewerbsverbot ist eine Vereinbarung zwischen dem Geschäftsvorsteher und dem Handlungsgehilfen, die dem Gehilfen verbietet, nach seinem Austritt aus der gegenwärtigen Stelle in gewisse Geschäfte einzutreten. Jeder Geschäftsinhaber betrachtet es als sein selbstverständliches Recht, alles, was sein Betrieb den Angestellten verdankt, auch nach dem Austritt der Angestellten aus dem Geschäft auszunutzen. Das Wettbewerbsverbot unterlag es dagegen dem Angestellten, das, was er aus seiner bisherigen Tätigkeit gelernt hat, in solchen Stellen zu verwerten, wo er davon den größten Nutzen haben würde, nämlich in einem Geschäft von der gleichen Art wie das Geschäft, in dem er bisher tätig war. So entzieht das Wettbewerbsverbot dem Angestellten das Recht, das dem Geschäftsinhaber zusteht — und das, obgleich der Angestellte ohnedies in schwieriger Lage gegenüber dem wirtschaftlich stärkeren Geschäftsinhaber ist. Anstatt also, daß die Gesetzgebung dem wirtschaftlich Schwächeren hilft, drückt sie ihn durch das Wettbewerbsverbot in eine um so schlimmere Abhängigkeit. Das Wettbewerbsverbot ist eine Vergeilung der Arbeiter und Angestellten, die im Zeitalter der Arbeiterschuggesetzgebung unvertretbar ist. Deshalb haben auch die Handlungsgehilfen schon lange gefordert, daß die Wettbewerbsverbote für ungültig erklärt werden.

Der Entwurf, den die Regierungen in dieser Angelegenheit vor mehr als zwei Jahren dem Reichstage zugehellt haben, erfüllt die Forderungen der Handlungsgehilfen nicht, sondern begnügt sich im wesentlichen damit, die „unberechtigten“ Wettbewerbsverbote dadurch zu verhindern, daß die Geschäftsinhaber verpflichtet werden, den Handlungsgehilfen für die Einhaltung des Wettbewerbsverbots zu entschädigen.

In der Entwurf enthält sogar eine schlimme Verschlechterung des geltenden Rechts. Sie bezieht sich auf die Folgen, die das Zuwiderhandeln gegen ein Wettbewerbsverbot haben kann. Ein Gehilfe hat ein Wettbewerbsverbot vereinbart mit der Bestimmung, daß er beim Zuwiderhandeln eine Geldstrafe von etwa 300 Mark bezahlen muß. Trifft er trotzdem in eine verbotene Stelle, dann kann der Geschäftsinhaber nach dem geltenden Recht nur die 300 Mark verlangen. Der Entwurf gibt ihm aber das Recht, statt dessen auf Erfüllung zu klagen, das heißt, ihn durch eine immer höhere Geldstrafe oder durch Haft bis zu zwei Jahren zum Austritt aus der verbotenen Stelle zu zwingen, auch wenn der Gehilfe dadurch ins schlimmste Elend, vielleicht auf die Bahn des Verbrechens getrieben wird.

Die Aufgabe der Reichstagskommission hätte es daher sein müssen, den Regierungsentwurf entsprechend den Forderungen der Handlungsgehilfen zu verbessern. Dafür traten jedoch nur die Sozialdemokraten ein. Den bürgerlichen Parteien kam es darauf an, durch die Drohung, die Regierungen wollten lieber das Gesetz scheitern lassen, als die Forderungen der Handlungsgehilfen erfüllen, die Handlungsgehilfenverbände von ihren bisherigen Forderungen abzubringen. Leider hatten die bürgerlichen Parteien mit diesen Bemühungen Erfolg. Nach wiederholten Verhandlungen erklärten sich die größeren Arbeitgeberverbände damit einverstanden, daß

1. das Wettbewerbsverbot bei den Handlungsgehilfen ungültig sein soll, die ein Jahresgehalt von mehr als 1500 M. haben,

2. die Entschädigung für die Einhaltung des Wettbewerbsverbots auf $\frac{1}{2}$ des zuletzt bezogenen Gehalts beschränkt werde,

3. daß aber die Verschlechterungen durch die Haftstrafe bis zu 2 Jahren bei Zuwiderhandeln gegen das Wettbewerbsverbot befristet werde.

Nur der freigewerkschaftliche Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfen (Sitz Berlin) blieb fest.

Den Regierungen genügte jedoch der Umfaß der bürgerlichen Verbände noch nicht. Dagegen mußten die bürgerlichen Parteien zugeben, daß die Verbände den Regierungen schon zu weit entgegengekommen sind.

Die Sozialdemokraten hatten alles getan, um ein geschlossenes Vorgehen aller Parteien zu ermöglichen und dadurch die Zustimmung der Regierungen um so schneller zu erringen. Jedoch wollten sie — abgesehen von einigen weiteren Forderungen — unter allen Umständen bei den Angeestellten mit einem Jahresgehalt bis zu 2000 M. das Wettbewerbsverbot aufheben. Darauf gingen die bürgerlichen Parteien zwar nicht ein, jedoch legten sie die Gehaltsgrenze nicht auf 1500 M. fest sondern auf 1800 M. Den beiden anderen Forderungen der Handlungsgehilfen stimmten denn auch die bürgerlichen Parteien zu, obgleich das Zentrum von Anfang an die Gehaltsgrenze von 1500 M. und die Verschlechterung des geltenden Gesetzes gefordert hatte.

Die Regierungen lassen sich aber auch durch die Beschlüsse der Kommission nicht von ihrem Widerspruch gegen die Forderungen der Handlungsgehilfen abbringen. Der Staatssekretär des Reichsjustizamts erklärte gestern im Reichstage, daß die Regierungen nur die erste Forderung annehmen, nur die Entschädigung auf die Hälfte des Gehalts festsetzen wollen, die beiden anderen Forderungen aber ablehnen. Wenn das Gesetz zustande kommen soll, muß der Reichstag die Gehaltsgrenze auf 1500 herabsetzen und die Verschlechterung mit der Haftstrafe annehmen — ganz so, wie es das Zentrum ursprünglich verlangt hat.

Diese Erklärung entspricht der bisherigen Haltung der Regierungen. Sie ist nichts Neues für die Parteien, da ja die Mehrheit in der Kommission gerade mit Rücksicht auf den Widerstand der Regierungen Schritt für Schritt auf das Ziel der Regierungen zurückgewichen ist; sie ist auch nichts Neues für die Handlungsgehilfenverbände, die sich nur unter dem Druck der Drohung mit dem Widerstand der Regierungen zu jenen „allerlegten“ drei Zugeständnissen durchschlagen ließen.

Trotzdem stellten gestern die bürgerlichen Parteien die Erklärung der Regierungen als etwas ganz Neues hin und beantragten die Vertagung der Beratung bis nach Ostern, damit sie von neuem mit den Handlungsgehilfenverbänden verhandeln können. Die Herren Trimborn vom Zentrum, Wasserhagen von den National-Liberalen, Weinhausen und Waldstein von der Fortschrittlichen Volkspartei äußerten sich damit ab, den Antrag zu begründen. Unsere Genossen Haase, Siebel, Hoch, Dr. Quard zeigten, daß die Gründe nicht zutreffen. Sie stellten fest, daß die Vertagung nur den Sozialdemokraten die Antwort auf die Rede des Staatssekretärs unmöglich mache. Und doch sei es notwendig, sofort von der Tribüne des Reichstages nachzuweisen, daß der Widerspruch der Regierungen ganz unberechtigt ist und auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann. Wenn es die bürgerlichen Parteien ernst meinen damit, den berechtigten Forderungen der Handlungsgehilfen Rechnung zu tragen, dann hätten sie, wie die Sozialdemokraten es forderten, den Regierungen erklären müssen, daß die Beschlüsse der Kommission das geringste sind, was den Handlungsgehilfen bei dieser Gelegenheit gewährt werden muß.

Das wollen die Herren aber nicht. Sie sind offenbar schon jetzt entschlossen, wiederum die Handlungsgehilfen beiseite zu schieben. Nur möchten sie die Verantwortung dafür vor sich ab auf die Handlungsgehilfenverbände wälzen. Zu diesem edlen Zweck nahmen sie die Vertagung an und wollen während der Osterferien mit den Handlungsgehilfenverbänden verhandeln. Eine schlimmere Verhöhnung der Handlungsgehilfen ist kaum denkbar.

Dann wurden zwei Petitionen erledigt, bis das Zentrum die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifelte. Da nur noch wenige Abgeordnete anwesend waren, mußte die Sitzung abgebrochen werden. Die nächste findet am 28. April statt. Auf der Tagesordnung stehen Petitionen.

Politische Uebersicht.

Eine konservativ-kerikale Wachtprobe.

Unterstützt von ihren Freunden aus dem Zentrumslager haben die Konservativen des Abgeordnetenhauses am Freitag der Regierung zu berathen gegeben, wer in Preußen regiert. Das Dreiklassenwahlsystem liefert die Herrschaft in dem größten deutschen Bundesstaat einer zwar kleinen, aber einflussreichen Clique aus, und der Reich muß es dieser Gesellschaft lassen, sie laßt keinerlei Rücksichten, wenn es sich um die Ausnutzung ihrer Macht, zu ihrem eigenen und ihrer Massengenossen Vorteil handelt. Und um einen solchen Vorteil handelt es sich trotz aller gegenteiligen Versicherungen bei der Frage der Anstellung von finanziell vorgebildeten Steuerkommissaren in Osnabrück, die den Landräten das Veranlagungsgeschäft abnehmen sollen. Mit dem ihnen eigenen feinen Instinkt spüren die Junker, daß mit dem Augenblick, wo die Landräte nicht mehr die geborenen Vorstehen der Veranlagungskommissionen sind, ihnen nicht nur finanzielle Nachteile in Form von gerechter Heranziehung zur Steuer erwachsen, sondern daß dann auch ihr politischer Einfluß verringert wird. Dieser Befehl vorzugeben, ist ihr eifriges Bestreben, und so strichen sie denn der Regierung scharf von den verlangten Stellen, wobei ihnen das Zentrum historische Hand leitete.

Die der Abstimmung vorangehende Debatte war von hoher politischer Bedeutung. Nicht etwa wegen der ebenso langen wie inhaltslosen Rede des Konservativen von der Osten, der mangels solcher Argumente im Still des Reichsverbandesredner gegen die Sozialdemokratie tode und seine Bul über die Niederlage seiner Freunde in Borno-Begau durch immer heftigere Angriffe auf die Sozialdemokratie Ausdruck verleiht. Es fehlte nicht viel, und er hätte allen Ernstes die Regierung sozialdemokratischer Umtriebe bezichtigt.

Mit einer Schärfe, die er bisher in der Verteidigung der Anschauungen der Regierung hat vernichten lassen, wandte sich der Finanzminister gegen den konservativen Redner, gegen dessen Behauptungen er den entscheidendsten Protest einlegte. Herr Lentze wußte, daß er um eine verlorene Sache kämpfte, und so logte er denn den Konservativen die gleiche erfreuliche Rücksichtslosigkeit an den Tag, deren diese sich der Regierung gegenüber bedient hatten. Daß er den zweiten Teil seiner Ausführungen dem sozialdemokratischen Redner widmete und gegen dessen Darlegungen polemisierte, ist er wohl weniger, weil es sachlich geboten war, als aus politischen Gründen, um die Konservativen wieder einzurufen zu versuchen. Wie in allen Reden des Finanzministers gegen die Sozialdemokratie spielte auch in dieser der Hinweis auf die hohen Gewerkschaftsbeiträge die Hauptrolle. Es ist ein beliebtes Argument des Herrn Lentze, das seine Wirkung auf das Dreiklassenparlament niemals verfehlt, die Forderung nach Steuererleichterungen mit dem Bemerkten abzutun, daß die Arbeiter so hohe Gewerkschaftsbeiträge zahlen, daß sie eigentlich noch viel höher befreit werden müßten. Natürlich machte die Mehrheit es durch einen Schlußantrag unseren Vertretern wieder unmöglich, dem Minister zu antworten.

Mit der Annahme einiger Anträge, darunter der der Budgetkommission betr. die Einschätzung landwirtschaftlicher Güter nach dem Eintragswert war der Etat der direkten Steuern erledigt.

Das Haus beriet dann noch den Etat der indirekten Steuern und erklärte eine Reihe von Wahlen, u. a. die von Rosenow und Runge für gültig. Hierauf begaben sich die so geplagten

„Volksvertreter“ in die Osterferien, die bis zum 21. April dauern sollen.

Eine Kasernentragödie.

In der vorigen Woche erhielten die in Brandenburg wohnenden Eltern eines Handlungsgehilfen, der bei der 12. Kompagnie des 88. Infanterie-Regiments in Gumbinnen diente, die Nachricht vom Tode ihres Sohnes. Der 22jährige junge Mann hat seinem Leben durch Erschießen mit seinem Dienstgewehr ein Ende gemacht, weil er das Martyrium seines Dienstes nicht länger auszuhalten vermochte. In einem kurz vor seinem Tode geschriebenen Briefe an seine Eltern hieß es:

Liebe Eltern!

Wenn Ihr diese Zeilen lesen werdet, so werde ich wahrscheinlich nicht mehr unter den Lebenden weilen. Ich will nämlich die längst gehogte Absicht, aus dem Leben zu scheiden, ausführen, denn ich kann die unmenschliche Behandlung, die einem Soldaten zuteil wird, nicht mehr länger ertragen. Alle möglich und unmöglichen Schimpfwörter muß man sich gefallen lassen. Täglich muß ich hören, daß ich ein Krummer, hungriger Hund bin, der kein Kommiß gerabe und sich mit ordentlich kalt fressen will, weil er im Zivil nichts zu fressen bekommen hat. Ferner werden mir beim Kompagnieergerieren von den Stammanschaften Beine gestiftet, und wenn man sich beim Feldwebel darüber beschwert, wird man nur ausgehimpft und obendrein wird man während der freien Zeit, während der man die Lumpen reinmachen kann, vom Gefreiten vom Dienst zu allen Arbeiten, wie Hofgeigen usw., herangezogen. Auch mit dem Stubenrücken hat man so seinen Kerger. Er läßt sich von uns die Stiefel putzen und als Dank dafür reißt er die Betten herunter und die Stiefel reißt er in den Watscheimer. Wenn wir mal einen Kadernach von 30 Kilometern hinter uns haben, dann bin ich so schlapp, daß ich mich kaum auf den Beinen halten kann. Wie soll ich dann die Strapazen im Sommer aushalten, wenn ich jetzt schon bei leichtem Gepäck beinahe auf dem Wege liegen bleibe? Da ich mich eben nicht länger quälen will, mache ich jetzt kurzlich mit diesem Elbenleben. Große Schwermüdigkeit macht mir der Paradeurlaub, da ich dazu viel zu steif bin. Heute beim Einzelmarch mit Gewehr mußte ich hinter den anderen ohne Bewehr hermarschieren, und zwar mit Händen vor- und seitwärts strecken und Kopsrollen wie ein Clown oder wie ein Wahnsinniger. Ich könnte noch viel mehr von meinen Leiden erzählen, aber ich will mit meiner Jammerschiffel schliefen.

Rum bitte ich Euch liebe Eltern und Brüder, vielmal um Verzeihung, daß ich Euch diesen Kummer berichten muß, doch ich kann nicht anders handeln, wenn ich mich nicht noch zwei Jahre und vielleicht später als Invaliden herumquälen will. Sehr also wohl. Euer Euch liebender Sohn und Bruder Hans.

Dieser Brief stammte vom 10. März, wurde aber nebst einer Nachschrift erst am 15. März abgeschickt. Am 16. März führte der Schreiber seinen verzweifelten Entschluß aus. Mit einem deutschen Gruß hat er die Verwaltung des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes, sein Spartassenguthaben seinen Eltern zu überweisen.

Und nun können die Lobredner unseres herrlichen Militärsystems wieder in die Welt hinauslügen, die sozialdemokratische Presse wäre schuld an dem wachsenden Unwillen gegen dieses System, sie verfehle den jungen Leuten die Freude am Soldatenleben!

Eine Kraftprobe des Militarismus.

Den Antrag, das Militärstrafgesetzbuch dahin abzuändern, daß die an Kontrollversammlungen Teilnehmenden nur für die Dauer der Kontrollüberprüfung als zum aktiven Dienst gehörig gerechnet und unter die entsprechenden Bestimmungen des Militärrechts gestellt werden, hat der Kriegsminister in der Kommission zu wiederholten Malen abgelehnt, und er hat mit aller Feierlichkeit versichert, daß die Robelle zum Militärstrafgesetzbuch für die Regierung unannehmbar sei, wenn diese Reform, die in der Kommission eine Mehrheit gefunden hat, im Plenum aufrecht erhalten werde.

Herr von Falkenhahn führte unter anderem aus, daß die heutige Praxis, die die Teilnehmer an der Kontrollüberprüfung für den ganzen Tag als im aktiven Dienste befindlich anseht, nicht etwa erst, wie vielfach behauptet werde, nachträglich durch die Jubiläum des Reichsgerichts eingeführt worden sei; die Militärbehörde habe sie vielmehr schon bald nach dem Deutsch-Brandenburgischen Kriege als unentbehrlich erkannt. Das mag richtig sein. Es ändert aber nichts an der Tatsache, daß die herrschende Aufassung einer eigentlichen geschichtlichen Grundlage entbehrt, und daß hervorragende Autoritäten auf dem Gebiete der Militärjustiz sie für falsch halten. Riffon sowohl wie Dieck und andere bekannte Kommentatoren des Militärrechts erklären die obergerichtlichen Entscheidungen, die den gegenwärtigen Zustand bedeu, für abwegig, da es ihrer Ueberzeugung nach, sowohl nach dem Wehrgesetz wie nach dem Kontrollgesetz von 1875 und nach der geschichtlichen Entwicklung, am nächsten liegt, Kontrollüberprüfungen zum Dienst im Beurlaubsverhältnis zu rechnen. In diesem Fall würden die Teilnehmer dem § 113 des Militärstrafgesetzbuches unterliegen, nach dem eine Person des Beurlaubsstandes den militärgerichtlichen Strafen verfallt, wenn sie sich gegen die Pflichten der militärischen Unterordnung im dienstlichen Verkehr mit dem Vorgesetzten oder in der Militäruniform verhält, oder wenn sie sich des Ungehorsams oder der Uebertretung gegen einen rechtmäßigen Befehl in dienstlichen Angelegenheiten schuldig macht. Es gälte für sie mit anderen Worten das Militärstrafrecht nur während der Dauer der Kontrollüberprüfung.

Was es bedeutet, die Kontrollierten den ganzen Tag über als im aktiven Dienste befindlich zu betrachten, das hat der Fall der Erfurter Reservisten im vergangenen Sommer gezeigt. Ihre Kauferei wurde militärgerichtlich bestraft, und da sie sich in der Trunkenheit auch an Gendarmen vergriffen hatten, mußte ihnen der Prozeß wegen eines tätlichen Angriffs auf Vorgesetzte gemacht werden, denn die Gendarmen, wenigstens die preussischen, stehen für den gemeinen Soldaten im Rang eines Unteroffiziers.

Aber die herrschende Meinung führt noch zu ganz anderen Konsequenzen. Für die Teilnehmer an der Kontrollüberprüfung gelten den ganzen Tag über die militärischen Rangordnungen, und eine wörtliche oder tätliche Beleidigung, die einer von ihnen einem ihm militärisch Vorgesetzten zuzügt, kann die strengen Strafen nach sich ziehen, die den Soldaten während seiner Dienstzeit in einem solchen Falle erwarten.

Das weitere ist jedem aktiven Soldaten die politische Betätigung unzulässig und insbesondere wird jede Verührung mit der Sozialdemokratie aufs schärfste geahndet. Logischerweise müßte die Militärbehörde eigentlich verlangen, daß die Teilnehmer an Kontrollversammlungen für den betreffenden Tag aus ihren etwaigen politischen Organisationen austräten. Soweit geht man ja nun nicht, und man ist überhaupt geneigt, soweit Wahlen usw. in Frage kommen, eine gewisse Rücksicht walten zu lassen, aber es liegt auf der Hand, daß hier allen möglichen Schlägen Tür und Tor weit geöffnet bleiben und daß die Reservisten zum min-

denen Bedenken tragen müssen, an den kritischen Tagen von ihren Staatsbürgerrechten einen uneingeschränkten Gebrauch zu machen.

Was aber weiß der Kriegsminister zur Verteidigung des ungeheuerlichen Zustandes vorzubringen? Die Disziplin und immer wieder die Disziplin. — Ja, zum Teufel, wie kann denn die Disziplin gefährdet werden durch das, was Leute, die im bürgerlichen Leben stehen, tun, wenn die Zeremonie der militärischen Kontrolle vorüber ist? Man dürfe, wendet Herr von Falkenhayn ein, nicht den Friedenszustand als Maßstab nehmen, sondern müsse bei der Handhabung der Disziplin immer kriegerische Verhältnisse im Auge haben. Dann aber wäre es am Ende doch viel richtiger, wenn alle wehrfähigen Bürger, einschließlich des Landsturms, überhaupt dem bürgerlichen Rechte entzogen und dem Militärrecht unterworfen würden.

In Wirklichkeit handelt es sich auch hier nur um eine Strafprobe des Militärs, der von seinen Rechten und Privilegien nicht das geringste aufgeben will. Er droht, die ganze Koalition zu lassen, wenn der Reichstag darauf besteht, an diesem einen Punkt die Grenzen zwischen ihm und der Welt der staatsbürgerlichen Rechte ein wenig zu seinen Ungunsten zu verschieben. Vernunftgründe vermögen er für seine Haltung nicht beizubringen. Er läßt mit dem Säbel auf und schnarrt sein „Unannehmbar“. Man darf gespannt sein, wie weit sich die bürgerlichen Parteien, in diesem Falle vor allem der Freisinn und das Zentrum, von ihm werden imponieren lassen.

Das Einmaleins des Reichsverbandes.

Genosse Scheidemann schreibt uns: Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie kann sich über meine Agitationstour durch die Vereinigten Staaten immer noch nicht beruhigen. Nachdem er sich mit all seinen bisherigen Versuchen, mir etwas anzuhängen, in wohlhabend bemittelten Kreisen nicht durchzusetzen konnte, tritt er in seinem neuesten Elaborat gegen mich als Redaktionskünstler auf. In meinen „Amerikanischen Reise-Notizen“, die von zahlreichen Parteiblättern gedruckt worden sind, hatte ich auf Grund eigener Anschauungen und authentischer Informationen über die amerikanische Schweinefleischzucht in Chicago einige Mitteilungen gemacht. An diese hat nun irgend ein reichsverbandlicher Pfennigfuchser an, der sich von amerikanischen Unternehmungen großen Stils eine Vorstellung nicht zu machen vermag. Er sucht nachzuweisen, daß meine Angaben nicht richtig sein können und beginnt seinen Nachweis folgendermaßen:

„Man hat in Amerika den Lichtstundentag und acht Stunden haben auch dort 8 x 60 = 240 Minuten.“

Auf dieser grammatikalischen Grundlage rechnet der Reichsverbandsmann dann weiter, um zu zeigen, was ich für ein großer Esel bin. Er schließt seinen Artikel, der jetzt die Kunde durch die „nationalen“ Presse macht, mit der Bemerkung: „Herr Scheidemann ist sehr Naiv.“ Ein solches Kompliment vermag ich dem Herrn nicht zurückzugeben. Aber ich will ihm wenigstens einen wohl-gemeinten Rat erteilen: Er mag als Reichsverbandsliterat gemohnheitsgemäß auch in Zukunft versuchen, politische Dinge auf den Kopf zu stellen, aber vom Einmaleins soll er seine Finger lassen, weil er sonst sogar intelligentere Mitglieder des Reichsverbandes häufig machen könnte. Wie zwei mal zwei allezeit vier bleiben wird, so ergeben auch 8 mal 60 Minuten 480 Minuten, nicht 240. Wenn auch das Einmaleins sich vergewaltigen ließe, dann hätte Herr v. Liebert am Donnerstag in Vorno-Pegau lotharischer gestiegt.

Für die Alt-Pensionäre.

In den letzten Jahren sind die Gehälter der Beamten und Offiziere mehrfach aufgebessert worden. Damit stehen auch die Pensionen in Einklang, auf welche die Pensionäre Anspruch hatten, weil die Pension prozentual nach dem Gehalt bemessen wird. Von diesen Erhöhungen wurden die bereits pensionierten Beamten und Offiziere natürlich nicht erfaßt. Der Reichstag wurde daher aus dem Ansehen mit Petitionen geradezu bedrängt. Die Regierung hat den Wünschen der Petenten jetzt Rechnung getragen, indem ein Gesetzentwurf an den Bundesrat gelangt ist, der eine Reihe von den Pensionen herabsetzt. Die halbamtlich mitgeteilt wird, soll den bis zum 1. April 1908 pensionierten Beamten und Offizieren auf Antrag und im Falle des Bedürfnisses eine Pensionserhöhung gewährt werden, die betragen soll: bei Personen bis zu 1500 M. 20 Proz., bei 1500 bis 2000 M. 15 Proz. und bei mehr als 2000 M. 10 Proz. Gehalt und Pension zusammen sollen jedoch nicht über 6000 M. hinausgehen. Witwen und Waisen der bezüglichen Personen ist unter denselben Voraussetzungen eine Hinterbliebenenbeihilfe zu gewähren, und zwar sind die gleichen prozentualen Zuschläge anzuwenden, nämlich 20 Proz. oder 15 Proz. oder 10 Proz. Die rechnersche Unterlage hierzu bildet das Witwengeld, je nachdem es bis 600 M. oder bis 1200 M. oder noch mehr beträgt. Ebenso wird der prozentuale Zuschlag beim Wittengeld veranlagt. Auch hier ist eine Höchstgrenze einzuhalten, so daß Beihilfe und Wittwengeld zusammen nicht 2400 M. überschreiten dürfen. Bei Wittwaisen bilden 800 M. bei Halbwitwen 450 die oberste Grenze.

Landtagswahlwahl im Fürstentum Lüneburg.

Die Landtagswahl zum Landtage im nördlichen Bezirke des Fürstentums Lüneburg zeitigte folgendes Resultat: Genosse P. v. Grottkamp 1829, v. Schönow (Bund der Landwirte) 1817 und Weig (Kortländer Volksp.) 1140 Stimmen. Unsere Stimmen haben um rund 200 abgenommen, während die ländlichen und liberalen Stimmen sich ziemlich gleichblieben. Es muß eine Nachwahl stattfinden.

Die Verfehlungen des bayerischen Landtags- abgeordneten Abrecht.

Wie der „Deutsche Kurier“ erfährt, lautet die Einmündigung gegen den Landtagsabgeordneten Abrecht auf Betrug in Höhe von zwei Millionen Mark, auf Entführung und auf Vernichtung einer Urkunde. Der von dem Verhafteten gestellte Haftentlassungsantrag ist wegen Fluchtverdachts und Mißtrauensgefahr abgelehnt worden.

Wie wir erfahren, hat der fortschrittliche Abgeordnete Müller-Weinigen eine kurze Anfrage dem Reichstag eingereicht, die sich auf die Immunität der Abgeordneten auch in anderen Bundesstaaten bezieht. Wesentlich ist der Abgeordnete Abrecht in Mannheim verhaftet worden, da sich nach Ansicht des dortigen Gerichts die Immunität des bayerischen Abgeordneten nicht auf Boden erstreckt. Aus diesem Grunde wollen auch die pfälzischen Abgeordneten, die auf ihrer Ein- und Rückreise Baden und Württemberg passieren müssen, einen dahingehenden Antrag im bayerischen Landtage einbringen.

Gegen die Fahrkartensteuer.

Paris, 27. März. In der gestrigen Subkommission der zweiten Kammer erklärte die Regierung auf einen sozialdemokratischen Antrag wegen der Fahrkartensteuer, daß diese Steuer für die Eisenbahnenverwaltungen Einnahmeausfälle infolge der Schwandern der oberen in die unteren Wagenklassen zur Folge gehabt hätte, daß aber die Reichsregierung nicht auf die Steuer ohne entsprechenden Ersatz verzichten wolle und könne. Die Mehrheit der Kommission stimmte gegen den Antrag.

Aus der Schwedischen Wahlbewegung.

(Von unserem nach Schweden entsandten Korrespondenten.)

Helsingborg, 26. März.

Von Kalmars nach Helsingborg führt die Bahn durch die fruchtbare südschwedische Ebene. Hier dominiert der kapitalistische Großgrundbesitz und die Zuckerindustrie, die vertrustet ist. Infolge eines hohen Schutzzolles hat der Truht Jahre hindurch die breiten Volksmassen schröpfen können. In dererzeit aber hat dieses Truhtmonopol den Nachweis erbracht, daß das Monopol auch Vertriebsbehinderung hervorzurufen kann. Die von der Regierung eingesetzte Truhtkommission hatte seinerzeit auch die ischnischen Einrichtungen des Truhts untersucht und war zu dem Ergebnis gekommen, daß eine weit rationellere Ausnutzung der Anlagen möglich sei, wenn diese nur der neuzeitlichen Technik und Arbeitsweise angepaßt werden. Dieser gehörte die daraufhin eingeleitete Befehlgung zwecks Herabsetzung des Zolles nicht zu den Ruhmesblättern des Ministeriums Staaff, das vielmehr weitgehende Rücksicht auf den Truht nahm.

Die Landarbeiter hier stehen unter etwas freieren Verhältnissen als in manch anderen Teilen des Landes. Infolge gibt es seltener; die Beschäftigung erfolgt bei den meisten im Tagelohn, wodurch die Jahresverträge beseitigt sind, dafür aber auch arbeitslose Perioden eintreten, die das Jahreskommen beeinträchtigen. Im Sommer arbeiten hier im Zuckerrohrbau mehrere russische Polen. Zeitweilig bestand hier eine ganz gute Landarbeiterorganisation, die aber nach den großen Kämpfen von 1900 sehr geschwächt wurde. Das war allerdings auch das Schicksal der Industriearbeiterorganisation. In Helsingborg z. B. betrug die Zahl der politisch und gewerkschaftlich organisierten Genossen vor dem Generalstreik 4500 (in einer Stadt von 35 000), aber nach dem Kampf sank sie auf 600. Jetzt geht es wieder aufwärts und die Gewerkschaften zählen zurzeit 3700 Mitglieder. Helsingborg gehört überhaupt zu den Musterstädten südschwedischer Arbeiterbewegung. Eine großzügig angelegte gewerkschaftliche Organisation erzielte im letzten Jahre einen Umsatz von 1/4 Millionen Kronen, sie hat eigene Schlächtereien usw., alles in eigenen Gebäuden auf modernster Untergrunde. Ferner besitzt die Arbeiterschaft einen eigenen Volkspark von 10 Hektar mit einer modernen Gartenanlage.

In dieser Gegend befinden sich die einzigen Steinkohlengruben Schwedens, Willeholms. Etwa 400 000 Tonnen werden hier alljährlich gefördert und der Wert wird auf 2 1/2 Millionen Kronen geschätzt.

Der Wahl sehen unsere Genossen hier in Südschweden sehr hoffnungslos entgegen. Von den 27 Mandaten dieser Provinz hat die Sozialdemokratie 12, die Liberalen 7 und die Konservativen 8. Eine Mandatsvermehrung wird nicht erwartet, da die Verhältnisse ziemlich abgeklärt sind. Die Nähe Dänemarks hat auf die politische Aneignahme der Wählervermehrung beschränkend eingewirkt und große Reserven sind kaum heranzuziehen. Es wird von allen drei Parteien mit Hochdruck gearbeitet. Heute fanden in Helsingborg zwei große Wählerversammlungen statt, eine sozialdemokratische und eine konservative. In der letzteren sprach der neue Ministerpräsident und die Eisenbahnerverwaltung hatte sogar die einfachen Fahrkarten als Sonntagskarten gestempelt, so daß die Rückfahrt gratis war. Allerdings nur für den, der eine offizielle Einladung zur Versammlung vorgezeigt konnte! Da der Herr Minister der größte Schiffreder Schwedens ist, versteht es sich, daß der Hafen von Helsingborg Flaggengala angelegt hatte, wie ja überhaupt hier auf das Dekorative großer Wert gelegt wird. Alles geht programmäßig vor sich, wie auf einer Varietébühne, und Sozialdemokraten werden in den konservativen Versammlungen nicht gern gesehen. In Helsingborg waren sie sogar ausgeschlossen. Man hatte ihnen halt keine Karten gesandt.

Dafür hatten unsere Genossen eine um so großartigere eigene Veranstaltung in ihrem prächtigen Volkshaus getroffen, dessen großer Saal, etwa 1500 Personen fassend, bis zum letzten Platz gefüllt war. Die Kampfesbegeisterung, die in der Versammlung herrschte, erinnerte an unsere besten Berliner Versammlungen zur Wahlzeit. Die zwei Mandate in diesem sogenannten Dreiparteienkreis sind unserer Partei sicher.

Im allgemeinen sieht die Stimmung auf Sturm hier zu Lande. Niemand spricht man von was anderem als von der Wahl und der politischen Krise. Geld ist in den Schulen wird Politik gemacht und gar die Untersekundaner entscheiden sich für Staaff oder für den König. Keinsten für den letzteren, natürlich! So erzählt man sich, daß das achtjährige Söhnlein eines konservativen Parteihäuptlings seinen wegen des Wahlausganges bedenklichen Papa tröstete, in seiner Klasse wären alle für den König. Dann kann es ja nicht schief gehen!

Ueber die Wahlagitiation der Konservativen ein andermal. Für heute nur folgendes typische Beispiel: Dem bisherigen Ministerpräsidenten Staaff verweigerte man in einer Versammlung Schulsaalbesitzer als Rednerplatz, weil er eine politische Richtung vertritt, die dem Volk nicht paßt. Daß unsere Genossen die Säle abgetrieben werden, versteht sich am Rande.

Frankreich.

Ein Brief Rochettes.

Paris, 27. März. In der Sitzung der Rochette-Kommission erklärte Jaurès, er habe heute um 11 Uhr 30 Minuten in seiner Wohnung einen Rochette unterzeichneten Brief erhalten. Aus dem Briefe, der datiert ist: Auxerre, 25. März, geht hervor, daß Rochette selbst derjenige war, der eines Tages bei dem Advokaten Bernard erschien und ihm sagte, ein Antrag auf Verurteilung des Prozesses würde ohne weiteres bewilligt werden. Ferner wird in dem Brief ausdrücklich erklärt, daß Rochette keinerlei Beziehungen mit Caillaux oder Monis gepflogen habe, und daß diese seinen Angelegenheiten vollkommen fernstünden. Delahaye erklärte, daß die Handschrift des Briefes diejenige Rochettes sei. Der Advokat Bernard, welchem der Brief Rochettes vorgelegt wurde, erkannte an, daß nach seiner festen Ueberzeugung das Schreiben von Rochette selbst stamme. Er gab aber der Ansicht Ausdruck, daß ihn dieser nicht von seiner Berufsschweigepflicht zu entbinden das Recht habe, da sie auf einem staatlichen Gebot beruhe.

Die Kammer wird voraussichtlich am nächsten Mittwoch die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses erörtern und die Parlamentssession am Donnerstag geschlossen werden.

Klassenjustiz.

Paris, 26. März. Das Justizpolizeigericht hat in der Angelegenheit des Sou de Soldat den Sekretär des Verbandes der Arbeiterbörse, Ybatoz, zu einem Jahr Gefängnis, 14 Sekretäre verschiedener

Arbeitervereine in Paris und der Provinz zu Gefängnisstrafen von sechs bis acht Monaten verurteilt. Der Sou de Soldat ist die Unterstützungskasse, die die Gewerkschaftsföderation für die beim Militär dienenden Gewerkschaftsmitglieder eingerichtet hatte.

Die Erkrankungen in der Armee.

Paris, 27. März. Die „France Militaire“ veröffentlicht eine Statistik über den Gesundheitszustand in der Armee im Januar d. J., monach die Zahl der Kranken bei weitem größer war als seit langem. In den Spitälern allein waren 21 900 Kranke untergebracht, also 30 pro 1000, während im vorhergehenden Monat 14 auf 1000 erkrankten.

Schweden.

Die Kreiswahlwahlen in Schweden.

Stockholm, 27. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Kreiswahlwahlen nahmen heute ihren Fortgang. Insbesondere in Stockholm war die Beteiligung der Wähler ganz enorm. Vor den Wahllokale drängten sich die Massen schon seit dem frühen Morgen. Kranke und Greise wurden zur Wahlurne geschleppt und eine echt amerikanische Wahlpropaganda in den Straßen veranstaltet. Autos, mit Riesensplakaten versehen, durchfahren ununterbrochen die Stadt. Allgemein erwartet man den Verlust zweier liberaler Mandate. Auch ist eine rechtsliberale Sprengliste zugunsten der Reaktion vorhanden.

Amerika.

Frauenwahlrecht.

Boston, 26. März. Das Repräsentantenhaus des Staates Massachusetts hat heute mit 164 gegen 99 Stimmen ein Amendement zur Staatsverfassung angenommen, monach das Wort „männlich“ in den Bestimmungen über die Wahlberechtigten weggelassen werden soll. Das gleiche Amendement ist im Senat bereits angenommen worden.

Letzte Nachrichten.

Weitere Erklärungen Asquiths.

Ein neuer Armeebefehl.

London, 27. März. Premierminister Asquith gab weiterhin bekannt, daß Feldmarschall French und Generalleutnant Swart nicht um ihre Entlassung gebeten hätten, weil zwischen ihnen und der Regierung eine Meinungsverschiedenheit hinsichtlich der Bedingungen bestanden hätte, unter welchen die Armee dient, oder unter welchen sie zur Unterstützung der Zivilgewalt verwendet werden sollte, sondern weil die beiden Offiziere glaubt hätten, um ihre Entlassung bitten zu müssen, da sie die dem General Gough übermittelte Erklärung unterzeichnet hätten. Die Regierung habe ihnen den Wunsch ausgedrückt, sie möchten, da keine Meinungsverschiedenheit über prinzipielle Fragen vorhanden sei, nicht auf ihrem Entlassungsgesuch bestehen, das die Regierung als einen ersten Schritt für die Armee und den Staat ansehen würde. Die Regierung erwarte noch ihre endgültige Antwort.

Es sei klar, daß tatsächlich nur Mißverständnisse vorgelegen hätten. Um eine Wiederholung solcher Mißverständnisse zu vermeiden, habe der Kaiser rat, in dessen heutiger Sitzung Feldmarschall French und Generalleutnant Swart zugegen gewesen seien, einstimmig einen neuen Armeebefehl erlassen, der erklärt sei, daß in Zukunft kein Offizier oder Soldat von seinen vorgelegten Offizieren befragt werden solle, welche Haltung er einnehmen werde, falls er aufgefordert werden sollte, einem Befehle zu gehorchen, der von zukünftigen oder hypothetischen Möglichkeiten abhängig ist; zweitens, daß es jedem Offizier oder Soldaten in Zukunft unterliegt ist, mit Bezug auf Befehle, zu deren Befolgung er aufgefordert werden könnte, Zusicherungen zu verlangen; drittens, daß es insbesondere die Pflicht jedes Offiziers und Soldaten ist, allen gefahrdrohenden Befehlen zu gehorchen, die durch die zuständigen Stellen gegeben werden, um das Staatseigentum zu schützen oder die Zivilgewalt in der regelmäßigen Ausführung ihrer Pflichten zu unterstützen, oder um Leben und Eigentum der Bewohner im Falle einer Störung des öffentlichen Friedens zu schützen.

Asquith schloß mit den Worten: Dies ist der Befehl, durch welchen für die Zukunft das Verhalten und die Disziplin des Heeres geregelt wird. Es ist gänzlich unwohl, daß die Regierung oder eines ihrer Mitglieder beabsichtigt, in Ulster tatsächliche Maßnahmen aggressiver Art zu ergreifen oder irgendwelche Maßnahmen, die gegenwärtig oder in der Zukunft der Armee die Pflicht auferlegen würden, die sich nicht völlig im Rahmen dieses neuen Armeebefehls hielten. Ich habe nur noch hinzuzufügen, daß die Regierung an allen Erklärungen, die sie abgegeben hat, festhalten wird.

Der Oppositionsführer Bonar Law machte keine Einwendungen gegen den neuen Armeebefehl, erklärte aber, dem ungläubigen Unverständnis der Regierung und des Kriegsministers Seely sei es heizumessen, daß ein solches Verfahren nötig geworden sei. Bezüglich der Versicherungen des Premierministers hinsichtlich Ulsters sagte Bonar Law, es sei von der Regierung oder einigen Ministern mehr beabsichtigt gewesen, als zugegeben worden sei.

Die Rochette-Kommission.

Paris, 27. März. (B. L. B.) Der Untersuchungsausschuss berichte der Direktor des „Intransigeant“, Bailly, der mit Calmette befreundet war. Nachdem auch er versichert hatte, daß er nichts von einem Briefe Caillaux' wisse, erzählte er folgendes, was ihm Calmette mitgeteilt hätte: Vor ungefähr zwei Monaten wären zwei frühere Minister bei Calmette gewesen, um ihn zu bitten, von der Veröffentlichung diplomatischer Schriftstücke abzusehen. Calmette habe ihnen den Bericht Cabres gezeigt und zwei diplomatische Schriftstücke, sogenannte grüne Dokumente, deren Inhalt, wie er sagte, von vernichtender Deutlichkeit für Caillaux gewesen sei. Man habe deren Veröffentlichung auf Grund ihrer Quelle für unmöglich erklärt. Calmette habe sie wieder in seine Kofftasche gesteckt und den Worten: Man kann nie wissen, was vorkommt. Er habe ihm noch erzählt, daß er zwar versprochen habe, den Bericht Cabres nicht herauszugeben, daß er sich jedoch bemüht habe, sein Wort zurückzuerhalten vor dem Dienstag, an dem die große Debatte in der Kammer stattfand.

Die Rochette-Kommission hat beschlossen, keine neuen Zeugen mehr zu vernahmen. Sie ist nunmehr in die Beratung über das ihr vorliegende Material eingetreten, die geheim geführt wird. Der Bericht der Kommission wird der Kammer im Laufe der nächsten Woche zugehört werden.

Kaffee
schon gebrannt
¼ Pfund Paket
60, 65, 70 Pf.

A. Jandorf & Co

Kakao
garantiert rein
Pfund
68 Pf.

Spittelmarkt Belle-Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Wurstwaren

- Gervelatwurst Pfund **1.10**
- Teewurst Pfund **1.15**
- Landbratwurst Pfund **1.20**
- ff. Leberwurst Pfund **1.05**
- Landleberwurst Pfund **85 Pf.**
- Jagdwurst Pfund **1.00**
- Mettwurst nach Braunschweiger Art Pfund **1.00**
- Nusschinken Pfund **1.35**
- Speck **75 Pf.** mager Pfund **85 Pf.**

Lebensmittel

Verkauf nicht an Wiederverkäufer. Nicht am Spittelmarkt. Die mit * bezeichneten Artikel sind von der Zusendung ausgenommen.

Konserven

- Schnittbohnen ½ Dose **28 Pf.**
- Spinat ½ Dose **40 Pf.**
- Gemüse-Schoten ½ Dose **38 Pf.**
- Pfefferlinge ½ Dose **75 Pf.**
- Bruchspargel mit Kopf... ½ Dose **1.00**
- Gemüsespargel ½ Dose **78 Pf.**
- Kirschen mit Stein ½ Dose **70 Pf.**
- Mirabellen ½ Dose **75 Pf.**

Kolonialwaren

- Erbsen Pfund **15, 19 Pf.**
- Erbsen glasiert Pfund **24 Pf.**
- Bohnen Pfund **17, 23 Pf.**
- Linsen Pfund **18, 23, 28 Pf.**
- Reis Pfund **16, 20, 25 Pf.**
- Honig garantiert rein, ca. 1-Pfund-Glas **95 Pf.**
- Backobst Pfund **38, 48 Pf.**
- Weizenmehl 000 Pfund **16 Pf.**
- Kaiserauszugmehl Pfund **18 Pf.**

*Bratenschmalz ... Pfund **68 Pf.**

*Kassler Pfund **75, 83 Pf.**

*Schinkenspeck ... Pfund **1.05**

***Frisches Fleisch**

- Kalbskeule im Ganzen Pfund **1.00**
- Kalbsvorderfleisch Pfund **80 Pf.**
- Schweineschulterblatt im Ganzen Pfund **65 Pf.**
- Schweinekoteletts Pfund **90 Pf.**
- Hammelkeule im Ganzen Pfund **95 Pf.**
- Rückenfett Pfund **55 Pf.**
- Hammeldünnung Pfund **75 Pf.**
- Schmorfleisch mit Knochen Pfund **90 Pf.**
- Suppenfleisch Pfund **65 Pf.**
- Vorderbeine gepökelt Pfund **45 Pf.**
- Schweineköpfe gepökelt Pfund **28 Pf.**
- Liesen Pfund **65 Pf.**

*Hühner Stück **1.95 2.45**

*Frische Eier Mdl. **75, 90 Pf.**

*Kaninchen gestreift ... **85, 1.10**

Butter und Käse

- Molkereibutter ½ Pfund-Paket **63 Pf.**
- Schweizer Käse Pfund **85, 95 Pf.**
- Tilsiter Käse Pfund **58, 78 Pf.**
- Limburger Käse Pfund **38 Pf.**
- Brie-Käse Pfund **35 Pf.**
- Romatour-Käse Stück **18 Pf.**
- Faust- od. Spitzkäse 3 Stück **20 Pf.**
- Harzer Käse 5 Stück **10 Pf.**

***Obst und Gemüse**

- Apfelsinen Dutzend **20, 30 Pf.**
- Blutapfelsinen ... Dutzend **28, 38 Pf.**
- Zitronen Dutzend **20, 30 Pf.**
- Weisskohl Pfund **4 Pf.**
- Rotkohl Pfund **5 Pf.**
- Spinat Pfund **10 Pf.**
- Kochäpfel Pfund **18 Pf.**
- Essäpfel Pfund **18 Pf.**
- Kalifornische Äpfel Pfund **38 Pf.**
- Malta-Kartoffeln Pfund **9 Pf.**

Räucherwaren

- Sprotten Pfund **48 Pf.**
- Makrelen-Bücklinge ... 3 Stück **20 Pf.**
- Fiudern Pfund **45 Pf.**
- Aale geräuchert Pfund **1.25**
- Lachs in Stücken Pfund **75 Pf.**
- Matjes-Heringe Stück **10, 15 Pf.**

Schwarze Schürzen

- Hausschürzen Panama, mit Volant und Tasche **95, 1.35**
- Rockschürzen Panama, in verschiedenen Weiten **1.45, 1.95**
- Kinderschürzen Panama, für 5 bis 12 Jahre **1.25**

Peek & Cloppenburg
Spezialhaus für moderne Herren- und Knabenbekleidung
Gertraudestr. 25-26-27 · Berlin C · Roßstr. 1-1a-2



Einsegnungs-Anzüge

Kat.-Nr.	Fertig am Lager	Brustweite			
		68-70	72-76	78-82	84-86
4331	Geripptes, schwarzes Kammgarn	16	17	18	21
4332	Geripptes, schwarzes Kammgarn	20	22	24	26
4334	Schwarzer, derber Cheviot, solide Qualität	24	26	28	30
4336	Schwarzer, eleganter Tuchkammgarn-Anzug	28	31	34	36
4338	Mellon-Cheviot, äußerst haltbare Ware	39	42	45	47
4340	Feiner, schwarzer Melton-Cheviot, vorzügl. Qualität	47	50	53	56
4345	Dunkelblauer, solider Cheviot	16	17	18	20
4346	Blauer, solider Kammgarn-Cheviot	20	21	22	24
4348	Blauer, reinwollener Kammgarn-Cheviot	22	24	26	28
4349	Eleganter, reinwollener Melton-Cheviot	26	28	31	33
4351	Reinwollener Cheviot, solide Qualität	25	31	34	36
4352	Reinwollener Cheviot, solide Qualität	31	33	36	38
4355	Mellon-Cheviot, reine Wolle, äußerst haltbar	33	36	39	41
4358	Mellon-Cheviot, elegante, glatte Ware	36	39	42	44
4359	Dunkelblauer, sehr solider Cheviot	39	42	45	48
4361	Hocheleganter, feiner Melton-Cheviot	42	45	49	52
4362	Hocheleganter, feiner Melton-Cheviot	44	47	51	54
Smoking-Anzüge					
4342	Schwarzes Tuchkammgarn, vorz. Ware, m. seid. Schal	37	40	43	45
4343	Schwarzer, vorzügl. Melton-Cheviot, mit seid. Revers	47	50	53	56
4344	Feiner Melton-Cheviot auf Seide gefüttert, m. seid. Schal	53	56	59	63

Kulanter Möbel-Kredit

15 Mk.	30 Mk.	50 Mk.
Anzahlung	Anzahlung	Anzahlung
1 Schrank 1 Bettstelle 1 Spiegel 1 Tisch 2 Stühle 1 Küchenspld 1 Küchensich 2 Küchensühle Gardinenstangen	1 Schrank 1 Vertike 1 Bettstelle 1 Tisch 2 Stühle 1 Spiegelspld 1 Spiegel 1 komplette Küche einisch	1 Schrank 1 Vertike 2 Bettstellen 1 Sofa 1 Truhest 1 Tisch 4 Stühle 1 komplette Küche, modern

Zu jeder kompletten Einrichtung 1 Bild, 1 Wanduhr oder 1 Teppich **gratis!**

Einzelne Möbel Anzahlung von **3** Mark an.

Herren- und Damen Garderobe
nur neueste Sachen, hoch-modern ... Anzahlung von **5** Mark an.

Kredithaus Krumbek
Frankfurter Allee 154
Ecke Niederbarnimstrasse.

Monatsgarderobenhaus
Türkischer, Prinzenstr. 79 am Moritzplatz

Bedeutend vergrößert! Im neugebauten Laden!
Von Kavaliere getragene Ulster, Jackett, Rock, Frack, Smoking-Anzüge, teils auf Seide gearbeitet, sowie großes Lager in neuer eleganter Herren-Garderobe.

Keine Filialen.

1 Mark
wöchentliche Teilzahlung
Lieferung elegante

Herren-Moden
fertig und nach Mass.
Garantie für tadellosen Sitz.

Jonas Kurzberg
Oranienstr. 160
zwischen Moritz- u. Oranienplatz

Bitte genau auf -Lager- u. Hausnummer zu achten.

Monats-Garderobe!

4-500 getragene Anzüge für Herren: Smoking, Frack- und Gehrock-Anzüge (auch zu verleihen), Frühjahrs- und Sommer-Anzüge, Kavaliere getragene, fast neue Sachen (a. Seide), i. jed. Figur pass. in größter Auswahl u. unübertroffen **billigen Preisen.**

1 Tr., bestmöglicher Mietm. Laden.
Wassortor-
Birsch Kiefernbaum, Straße 12/13 1

Möbel-Kredit

Beim Kauf hierfür 5 Mk. gut! Bevor Sie sich Möbel kaufen, bedenken Sie sich meine für **265** Mark zusammengelebte solide Wohnungseinrichtung an. Anzahlung 50 Mark, Abzahlung ganz nach Uebereinkunft.

Ehrlich, Alte Schönhauser Str. 82

Gewerkschaftliches.

Der wahre Charakter.

Die ganze innere Unwahrscheinlichkeit der christlichen Gewerkschaften kommt oft in den Ausprüchen ihrer Führer über Aufgaben und Charakter der Zersplitterungsorganisationen trefflich zum Ausdruck. Jetzt ist das Rätselspiel über den Charakter der christlichen Gewerkschaften akut geworden. Natürlich lauten die Urteile — der Christen sehr verschieden, ja sogar entgegengesetzt. Das erklärt sich aus dem Mangel eines wirklichen unabweisbaren Charakters. Doch hören wir: In einer am 1. März in Köln abgehaltenen Zentrumsversammlung kennzeichnet Rechtsanwalt Dr. Schrömlgen die christlichen Gewerkschaften also:

... in ihnen finden alle politischen Parteirichtungen, abgesehen natürlich von der Sozialdemokratie, Unterkunft, auch die Arbeiter, die politisch überhaupt keiner Partei angehören: Katholiken sowohl wie Protestanten. Voraussetzung ist nur positives Christentum und nationale Gesinnung.

Diese Charakterisierung fand keinen Widerspruch, wohl aber großen Beifall. Der „Bergknappe“, das Organ des christlichen Gewerkschaftsbundes, ist jedoch mit dem Urteil nicht einverstanden. Es paßt zu schlecht zu anderen Erklärungen christlicher Führer. Vor allem: wenn man für die Organisation der Arbeiter das Bekenntnis zum positiven Christentum fordert, dann müßte das logischerweise auch für die Unternehmer gelten. Die durchaus nicht positive Christlichkeit werden sogar vielfach mehr unchristlichen als christlichen Unternehmerorganisationen angehören, die gegen christliche und unchristliche Arbeiter mit der gleichen Heftigkeit kämpfen, werden aber von den christlichen Zersplitterern der Arbeiterchaft nicht nur nicht bekämpft, sondern ausdrücklich verteidigt. Die Forderung des Bekenntnisses zum positiven Christentum stempelt daher die christlichen Gewerkschaften allzu deutlich zu dem, was sie sind: Zersplitterungsorganisationen zum Vorteil des Kapitals! Daher verwarf der „Bergknappe“ den Schein zu wahren. In der Nr. 10 vom 7. März schreibt er:

... Von den christlichen Gewerkschaften ist nie von den Aufzunehmenden ein Bekenntnis zum positiven Christentum verlangt. ... Ausdrücklich wurde beim Zentralitätsstreik 1901 mit großer Würde die positive-christliche Richtung abgelehnt.

Diese allzu freie Interpretation hat nun wieder einen anderen Christenmenschen in seiner Gemütsruhe gestört. Er befehlt den „Bergknappen“ in der „Kölnischen Volkszeitung“ (Nr. 77), nachdem er vorher entrüstet die Frage aufwirft, „seit wann es überhaupt ein interkonfessionelles Christentum gibt“, in folgender Weise:

... Weil aber die Worte positives Christentum im katholischen und evangelischen Lager nicht übereinstimmend aufgefaßt werden ... haben die christlichen Gewerkschaften schon vor mehr als einem Jahrzehnt ... die Formel geprägt und bis heute davon festgehalten, daß die gewerkschaftliche Wirksamkeit die religiöse und nationale Ueberzeugung ... zu respektieren habe. Damit ist in der Sache eine positive-christliche Betätigungsbasis für die christlichen Gewerkschaften weder angenommen noch abgelehnt.

Das ist echte jesuitische Seitlönerei. Wenn die letzte Charakterisierung zutreffen würde, welchen Zweck hat dann die christliche Gewerkschaftsbewegung? Auch die freien Gewerkschaften haben eine positive christliche Betätigungspraxis weder angenommen noch abgelehnt. Sie vertreten einfach Arbeiterinteressen. Wenn es aber auf diese ankäme, dann könnten die christlichen Gewerkschaften abhandeln. Es ist für ihr Dasein nur eine Erklärung möglich: sie sollen und wollen die Arbeiterchaft zersplittern! Zum Nachteil für die Arbeiter, zum Jubel für das Kapital.

Kleines Feuilleton.

Pariser Chronik. Der Polizeipräsident von Paris hat die Direktoren der Theater, Tengelangel und Vallhäuser verständigt, daß Schaulustigungen des Kadets in dem Maß wie bisher nicht geduldet werden würden. Einleitend von Polizei wegen ist immer ärgerlich und komisch zugleich. Aber diesmal handelt es sich nicht ausschließlich um Moralisierung der Kunst. Die Sexualreizung ist ein großes bürgerliches Geschäft geworden. Vor einiger Zeit hat ein Pariser Bericht einen Prozeß zwischen einem Theaterdirektor und einem weiblichen Mitglied seiner Truppe verhandelt, das wegen der Weigerung, die Brüste zu entblößen, plötzlich entlassen worden war. Die Polizeiverfügung bricht in einen Winkel des Wäddenhandels ein. Das mag — sozial betrachtet — eine ohnmächtige und heuchlerische Aktion sein, aber der einen oder anderen Sklavinnen des bürgerlichen Klassenkampfes mag sie etwas Entwürdigung ersparen. Die Künstler werden gut tun, den Protest den betroffenen Geschäftsinhabern zu überlassen. Das Kadete kann künstlerisch sein, ja zum Element mancher Künste gehören. Aber in einer Gesellschaft, die die Künste prostituiert, wird es auch der Prostitution dienen. Der Schaden, den die Polizeibehörde anrichtet, ist für niemand groß. Nicht einmal die Gemeinde der Exhibitionisten kann sich beklagen. Ihr bleibt zu ausreichender Befriedigung die Presse. Vom Morgen bis in die Nacht erscheint jetzt mindestens alle zwei Stunden ein frisches Blatt, das genau berichtet, wie und wann Frau Gailouz geschlafen, geliebt usw. hat. Manche Berichterstatter beschwerten sich allerdings heftig, weil man die Befragten auf den Gängen des Justizpalastes von ihnen nicht ganz nach Belieben anglopfen und auf die photographische Platte bringen lassen will. Jegliche Verdrüßlichkeit gehört ihnen, ihrer schmutzigen Keugier und Frechheit, der Skrupellosigkeit ihres Unternehmers.

Brutale Schaulustigungen — gegen diesen unabweislichen Zug der bürgerlichen Verfallsära werden aber keine polizeilichen Verbote auskommen. Jos Jeonette und Carpentier — der Kampf zwischen den beiden Größen der Vogeltanz hat Paris trotz der Konkurrenz der Rochette-Enquete in unerhörte Bewegung gebracht. Fautouils wurden mit 50, 80, ja 100 Fr. bezahlt, der „Zweite Platz“ kostete 25 und 30 Fr., und der Vorrat reicht nicht. Die wackeren Bourgeois, die lieber alles in der Republik drunter und drüber werfen, ehe sie ein paar Frank Einlommensteuer bezahlen, tragen trotz des bejammerten Niedergangs der Geschäfte mit freudiger Dinggabe ihre Goldstücke und Banknoten zur Kasse des Vog-Theaters. 150 000 Frank sind an diesem Abend eingeflossen! Welch erhebendes Bild einer Opferwilligkeit, die bezeugt, daß sich die Interessen des Bürgers nicht in banausischer Befriedigung leidlicher Genüsse erschöpfen. Die Römer der Niedergangszeit forderten Brot und Spiele zum Geschenk. Die modernen Bourgeois, voll unerfättlicher Begier nach nervenerregenden Darbietungen, bezahlen ihre Spiele mit dem Brot, das sie den Arbeitenden rauben.

Theater.

Jeffing-Theater. Frank und Lilli Wedekind im „Simon“. Wedekind, der eine ganze Reihe selbstgeschaffener Helden schon gespielt hat, trat am Donnerstag mit seiner Frau zu-

Berlin und Umgegend.

Die Aussperrung der Marmorarbeiter.

In einer am Donnerstag abgehaltenen stark besuchten Versammlung der Marmorarbeiter führte Winkler aus: Die Aussperrung, welche die Unternehmer mit drohenden Gebärden angekündigt hatten, ist da. Das Ergebnis ist, daß 167 Marmorarbeiter ausgesperrt sind, dazu kommen 12 Arbeitslose, während 275 organisierte Marmorarbeiter in Arbeit stehen. Also nur wenig mehr als ein Drittel der in Berlin beschäftigten organisierten Marmorarbeiter ist ausgesperrt. Daß dieser Erfolg für die Unternehmer keineswegs ermutigend ist, zeigt ihr ganzes Verhalten. Sie haben sich schuttsuchend an die Öffentlichkeit, besonders an den Verband der Baugeschäfte gewandt, der dem Verband der Steinmetzgeschäfte den Rücken zu decken sucht. In der Niederhaltung der Arbeiterbetreibungen haben die Unternehmer die gleichen Interessen. Der Verband der Steinmetzgeschäfte hat an seine Mitglieder ein Rundschreiben verfaßt, worin es heißt: „Nach langen Bemühungen sind die Tarifverhandlungen gescheitert.“ Das ist nicht zutreffend. Eigentliche Verhandlungen haben gar nicht stattgefunden. Die Unternehmer stellen sich von vornherein auf den Standpunkt, daß sie jede Verbesserung des Tarifs ablehnen, ja sie haben sogar Verschlechterungen angeboten.

Weiter heißt es in dem Schreiben der Unternehmer, die Arbeiter hätten Forderungen gestellt, die mit Rücksicht auf die ungünstige Geschäftslage unannehmbar seien. Als die unerhörteste Forderung wird die Verweigerung der Leberstunden bezeichnet.

Wenn sich die Unternehmer der Marmorindustrie auf die ungünstige Konjunktur berufen, so ist das mindestens eine starke Uebertreibung. Die Marmorindustrie hat unter der geschäftlichen Krise bei weitem nicht so gelitten, wie andere Branchen des Baugewerbes. Man kann nur sagen, daß in der Krisenzeit der weitere Aufstieg der Marmorindustrie verhindert wurde. Zurückgegangen ist sie nicht. — Wenn die Unternehmer in ihrem Rundschreiben sagen, wir fordern eine Verkürzung der Arbeitszeit von 9 auf 8 Stunden, so ist auch das nicht richtig, denn wir haben ja im Interesse einer friedlichen Vereinbarung unsere ursprüngliche Forderung der achtstündigen Arbeitszeit zurückgezogen und statt dessen die 8 1/2 stündige Arbeitszeit gefordert. Dementsprechend haben wir auch unsere als Ausgleich für die Arbeitszeitverkürzung geforderte Lohn-erhöhung herabgesetzt. Sie beträgt jetzt nur noch 5 Pf. pro Stunde. Es ist also durchaus nicht richtig, wenn die Unternehmer in ihrem Rundschreiben sagen, wir fordern eine wesentliche Lohnerhöhung. Es ist auch nicht richtig, daß wir hinsichtlich der Vergütung von Jahrgeld und Jahrgeld weitgehende Forderungen gestellt haben. Unsere Forderungen gehen nicht über das hinaus, was alle anständigen Firmen schon seit Jahren gezahlt haben. — Die Behauptung, daß wir die Leberstunden verweigern, muß als glatter Schwindel bezeichnet werden, denn davon steht nichts in unseren Forderungen. Wir wollen die Leberstunden nur auf ein möglichst geringes Maß beschränken und fordern deshalb, daß nicht mehr als 4 Leberstunden in der Woche gemacht werden. In dieser Forderung müssen wir aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit festhalten; die Beschäftigung der Steinarbeiter ist so gesundheitschädlich, daß eine möglichst kurze Arbeitszeit geboten erscheint.

Wir haben in der Sandsteinbranche seit 15, in der Marmorbranche seit 7 Jahren den Tarif stets auf friedlichem Wege erneuert und verbessert. Wir konnten deshalb annehmen, daß die Unternehmer unser Mitbestimmungsrecht bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen anerkannt haben. Für einzelne Unternehmer trifft das auch zu. Aber in ihrem Verband haben die Schwarzmacher die Oberhand bekommen. Sie bekämpfen unsere Forderungen schon deshalb, weil sie uns das Mitbestimmungsrecht freitig machen. Damit werden sie aber keinen Erfolg haben. Wie den Unternehmern in der Marmorindustrie, so sind wir auch den Unternehmern in der Sandstein- und Grabsteinindustrie entgegengekommen, indem wir unsere Forderungen herabzogen. Aber die Unternehmer dieser Branche teilen uns ebenfalls mit, daß sie einstimmig beschloßen haben, auf ihrem bekannten Standpunkt zu verharren, also nichts zu bewilligen.

Wie lange wollen sie verharren? Wir können es abwarten. Die Unternehmer der Grabsteinindustrie werden jetzt, wo das Geschäft geht, gar nicht an Aussperrung denken. Die kleinen Unternehmer dieser Branche können sich durch die Erfolglosigkeit, welche sie den Großunternehmern im Verband der Steinmetzgeschäfte leisten, nur selbst schaden. Sie dürfen nicht vergessen, daß sie zum großen Teil

auf Käufer aus Arbeiterkreisen angewiesen und einem Konkurs nicht gemächten sind. Nicht viel günstiger sieht es für die Unternehmer in der Sandsteinbranche. Sie klagen immer über die Konkurrenz der Kunststeinindustrie. Wenn die Sandsteinunternehmer nicht arbeiten lassen, dann werden bringende Arbeiten in Kunststein ausgeführt werden. Da der Kunststein ja auch bearbeitet werden muß, so bleibt uns diese Arbeit auf alle Fälle, aber die Unternehmer der Sandsteinbranche würden um ihren Profit kommen. Sie können also durch eine Aussperrung nur Schaden haben. — Für uns ist die Situation im allgemeinen nicht befriedigend. Wir werden uns von der einmal gewonnenen Position nicht zurückdrängen lassen. So gern wir eine weitere friedliche Entwicklung unserer Verhältnisse gesehen hätten, so fest werden uns die Unternehmer finden im Kampf für die Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Die Versammlung nahm die Ausführungen des Referenten mit Beifall auf und beschloß dann, zur Stärkung des Kampffonds eine Extraktsteuer zu erheben, und zwar von den Steinmetzen 1,50 Mk., von den Schleifern, Fräsern usw. 1 Mk., von den Hilfsarbeitern 50 Pf. wöchentlich. Zu den aus der Zentralkasse gezahlten Unterstützungen der Aussperrten wird die Lokalkasse einen Zuschuß von täglich 50 Pf. und für jedes Kind wöchentlich 30 Pf. zahlen.

Tariffbewegung im Friseurgewerbe.

Die tarifreifen selbständigen Friseure hielten dieser Tage in den „Sophienböden“ eine Versammlung ab, um zu der Tarifkündigung Stellung zu nehmen. Wie der Obmann der Tarifkommission Herr Jurisch mitteilte, ist der Vertrag vom Verbands der Friseurgehilfen ordnungsgemäß gekündigt und gleichzeitig ein neuer Vertrag vorgelegt worden. Der neue Vertrag sei bereits durchberaten und solle jetzt zur endgültigen Beschlußfassung unterbreitet werden. Die Kündigung sei hauptsächlich erfolgt, um Unklarheiten des alten Vertrages zu beseitigen und den verschiedensten Positionen eine bessere präzisere Fassung zu geben. Die wenigen, zum Teil kleinen Belastungen konnten ruhig mit in Kauf genommen werden. Der Vertrag wurde nunmehr von Position zu Position beraten. Die Forderung der Gehilfen auf Einführung einer je 15 Minuten dauernden Frühstück- und Vesperpause, welche in die Zeit zwischen 9—11 Uhr und 3—5 Uhr gelegt werden soll, wurde abgelehnt. Der Vertreter der Organisation wies darauf hin, daß die Arbeitszeit von 7 Uhr früh bis 9 Uhr abends dauere und nur durch eine 1 1/2 stündige Mittagspause unterbrochen wäre. Durch den Umstand, daß verschiedene Arbeitgeber den Gehilfen das Verzehren des mitgebrachten Frühstücks im Geschäftsfloß verbieten, aber das Verlassen des Raumes auch nicht gestatten wollen, sei die Forderung gerechtfertigt. Zugestimmt wurde der Forderung auf Erhöhung des Lohnes von 1,75 Mk. auf 2 Mk. für Aushilfen in der Zeit von 6—9 Uhr und auf 3 Mk. für Aufstieg, Kartentag usw. Für Betriebe, die unter dem ortsüblichen Preis bedienen, erhoben sich die Lohnsätze um 20 Proz. Bei dieser Gelegenheit wurde der Wunsch geäußert, die Gehilfenorganisation möge sich für die Preisgestaltung interessieren. Der Vorschlag, von jedem Tarifkontrahenten jährlich 1,80 Mk. für Unkosten der Tarifkommission und zum Zweck der öfteren Veröffentlichung der Verträge zu erheben, wurde ebenfalls abgelehnt. Allen übrigen Positionen wurde zugestimmt. Die Gehilfenorganisation wird sich demnächst mit den Zugeständnissen beschäftigen.

Achtung, Cascañete! Die Differenzen im Café Friedl, Belle-Alliance-Platz 9, sind durch einen Tarifvertrag beseitigt. Die Sperrre ist aufgehoben. Die Ordnungswaltung.

Achtung, Schilderhalter, Lackierer! Bei den Differenzen (eigentlich Aussperrung) bei der Firma Büntow, Müllerstr. 3, ist nun die Situation folgende: Eingetretten sind Jos. Kente, Biel, Arthur Rosmal, Mehlhoff, Kiefener, Koch, Max Schulze, Sternische, alles Schilderhalter, welche auf ihr gesetzliches Recht, sich zu organisieren und ihre eigenen Verhältnisse zu bessern, verzichten. Der Betrieb der Firma Büntow ist nunmehr zu einem Sammelpunkt aller in Berlin vorhandenen „nützlichen Elemente“ in der Schilderhaltereigenschaft geworden. Nur schade, daß die Firma nicht größere Räume zur Verfügung hat, um diese Vögel zu vervollständigen, denn es wäre uns nur gedient damit. Herr Büntow als Inhaber des Geschäftes, sei er nun ausgegert durch die jetzige Situation oder eventuell durch andere Verhältnisse, scheint ganz nervös geworden zu sein. Einem Arbeitsnachweis, welchen er in den letzten Tagen entließ, weil er mit den

Sammen in seinem neuesten Werke auf. An die wilde Kraft und die Eiferinhaltsmartern des geblendeten Philisterfeindes, denen Raylers glühendes Gemühen auf der Bühne den Schein lebendigen Atems eingehaucht, hatte er sich nicht herangezogen. Er gab den König Og, den obersten der Fürsten, der die ob ihres Verrats an Simon gepriesene Delila als Königin heimführt und beim Hochzeitsmahle erscheint. Man wird im Stück aus Og so wenig klug, wie aus den übrigen gekörnten Hauptern. Der Oberkönig soll wohl unter diesen Karren so etwas wie ein Mann und im letzten Akt ein Beispiel des Jäharenwahnsinn sein, wirkt aber, groß zurecht gezeichnet, nur als tote Puppe für Simons Leid und Delilas Verruchtheit. Wenn Bedekind mehr in dem Manne gesehen — und das muß wohl der Fall sein, weshalb hätte er ihn sonst wohl spielen wollen —, hat er das Geheimnis als Darsteller so wenig wie als Dichter angedeutet. Man merke nichts von innerem Zusammenhang und von Entwicklung. Nur die Routine, durch die sein Vorgänger die Rolle weniger peinlich machte, fehlte. Bedekind hat dozierender, wortladender Verstandesheit, der seinem wunderlichen, im Grund pedantischen Schwärmer Bettmann in „Hidalla“ so charakteristisch zu Gesicht stand, zerscherte hier in der Figur eines asiatischen Despoten auch noch das letzte flüchtige Illusion.

Frau Lilli Bedekind, die man bisher nur aus keinen Rollen in ihres Mannes Dramen kannte, gab diesmal Ueber-raschendes. Im ersten Akte wurde der Eindruck durch das nicht genügend kräftige Organ begrenzt. Im zweiten aber und im dritten wuchs sie für mein Empfinden mit des Dichters Intentionen ganz und gar zusammen. Das indische Eigennützigkeit, die Sinnlichkeit, die Uferständigkeit der Sensation, Hochmut, Laune, verschlagene Raubtier-tüde, das schillernde in wechselnd bunten Lichtern durcheinander. Die schlank, samtige Gestalt, der weiche, von keinem Anhauch eines ernstlichen Gedankens oder tieferen Gefühls getriebene Reiz des Auges fügten sich dem Bilde in wunderbarer Weise ein. Man glaubte ihr die Macht, das Glück, den garstigen Zerstörungstrieb, in dem sie sich ergoß.

Das Deutsche Künstlertheater hat in seinen Repertoire- und sonstigen Akten zu einem probaten Mittel gegriffen: es hat den klassischen Schwan: „Der Raub der Sabinerinnen“ wieder hervorgeholt und damit ins Schwarze getroffen. Und Brahm's, der literarische Ähn des Künstlertheaters, hat zu der Aufnahme dieses Stammsüdes aller Provinzbühnen, im voraus seinen Segen gegeben — da er es selber ins Leistungstheater einschickte. Die Brüder Schönthan, von denen der jüngere Franz ja erst voriges Jahr gestorben ist, sind also auch in Berlin mit ihrem besten Einsatz noch lebendig. Freilich was an dem lustigen Ding sterblich ist, die Familiengeschichte und die inzwischen hundertfach zu Tode gegebten Verwicklungen, bleiben tot. Aber unsterblich ersicht über allem anderen die Gestalt Striebes, des Schmierendirektors. Schauspielers großen Namens haben Witz und Eigenart an ihn verschwendet: aber ich kann mir nicht denken, daß ihn einer vollstättiger und lebfrischer gestaltet hat denn unser Jakob Tiedike. Ebenso komisch wie menschlich war diese Schöpfung aus dem Vollen, nicht erkünstelt und ins Tragische gezeitert, noch ins Possenhafte herabgedrückt. Seine Erscheinung schon wedte das beflagelteste Lachen, und wenn er im schönsten Sächsisch seine Humore spielen ließ, dann war keine Rettung mehr vor anstößender Ausgelassenheit.

Das neben Tiedike die anderen Darsteller verblieben, ist nicht 167 Schand; ein Striebs ist den Schönthans nur einmal geglikt. Der didaktische Oberlehrer und Pantoffelheld, den Karl Forell während unbedinglich zeichnete, der Hausdrache, das junge Lustspielpaar und der verliebte Vadsch — sie alle sind konventionelle Figuren. Sentia Söneland gab dem theaterbegeisterten Dienstmannchen ihren Stich ins Grotesk-Komische und hatte damit Glück beim Publikum. Schade, sagte jemand, der das Stück zum erstenmal sah, daß nicht auch die Frau Striebs persönlich mitwirkte. In der Tat, es wäre nicht auszubedenken. . . .

Musik.

Deutsches Opernhaus Charlottenburg. Mit Rheingold sind wir in den Bannkreis der Rabelungen-Tetralogie eingetreten, des gewaltigsten Werkes Richard Wagners. Mit dieser Schöpfung trat Wagner gänzlich außer allem Bezug zum Theater und Publikum. Das Revolutionsjahr 1848/49 bezeichnet für ihn den Brennpunkt, in dem sich die Scheidung seines Schaffens vollziehen sollte. Nur aus der Sehnsucht des inneren Menschen, mit andern Worten aus der Musik, konnte nach seiner Ueberzeugung das neue Kunstwerk oder das Wort „Ton-Drama“ hervorgehen. Aus dem dunklen unbewußten Drange zum Rein-Menschlichen mußte sich Wagner mühsam zum bewußten Schaffen emporarbeiten. Die Idee der Tetralogie ist aus diesem Geiste des revolutionären Zeitalters und des von diesem stark befruchteten Künstler geboren, wenn sie auch erst während der schmerzlichen Ertragsjahre vollends zur Frucht reifte. Wagner griff zum germanischen Mythos, nicht um dessen Götter- und Heldengestalten überlieferungsmäßig zu schildern, sondern diese in reiner Menschlichkeit vor uns hinzustellen. Und dazu schuf er sich eine eigene Sprache, die aus der Alliteration und dem kurzen Stabreim gewonnen wurde. Die Charakterisierung der Handlung durch den Gesang, namentlich durch das Orchester und die Motive zählt ferner zu den Merkmalen des Wort-Ton-Dramas. Die Dichtung „Rheingold“ wurde zuletzt geschrieben; doch zuerst komponiert. Der Kernpunkt dieses Werkes läßt sich am kürzesten so festlegen: Mit der Entdeckung des Goldes erreichte das goldene Zeitalter sein Ende. Zwar lebten die Götter, Niesen, Zwerge und Menschen vorder auch nicht immer friedlich miteinander. Doch seitdem das Gold dem Erdinneren entrisen war, da machte es seinen Huch fühlbar. Dieser Grundgedanke ist bedeutungsvoll für das ganze Vorpiel.

Ob man sich dieses Moments vollauf bewußt gewesen, ob man sich darüber klar war, wie wichtig für den nachfolgenden „Ring“ gerade eine großzügige Gestaltung des „Rheingolds“ sein müsse — die erste Aufführung hat diesen Beweis nicht erbracht. Drei Faktoren sind hier von gleicher Wichtigkeit: Musik, Handlung und Dekoration. Nun stand zwar das erste Bild, die Rheingötterergüsse, technisch hoch und wirkte „bezaubernd schön“. Nüchtern verfehlt waren aber das zweite und vierte Bild. Wo blieb die Götterburg? Wo das Rheintal? Und wo die Regenbogenbrücke? Nicht umsonst bestimmte Wagner, daß Wotan beim ersten Erörten des Rotangemotivs ein vom Fasner beim Einpacken des Rabelungen-horts vergessenes Schwert aufnehmen und gegen die Burg schwingen müsse. Damit ist angedeutet: Heldentum gegen Goldesmacht, ein

Ausländigen gesprochen haben sollte, hat er seine Arbeitsbescheinigung nachgeworfen. Einem Streikposten hat er lässlich angegriffen! Wegen eines anderen Kollegen, welcher auch als ruhiger und sachlicher Mensch bekannt ist, und der nur seine Pflicht erfüllt, indem er Posten stand, ohne daß er auch nur den geringsten Anlaß dazu gab, von Herrn Büntow die ordinärsten Redensarten gefallen. Der Kollege war zu anständig, in diesem Zusammenhang zu erwidern. Er hätte auch als anständiger Arbeiter gar keine Worte gefunden, die gebrauchten Redensarten zu übertrumpfen! Snigges „Umgang mit Menschen“ scheint Herrn Büntow unbekannt zu sein. Oder sollte das der Ton im Umgang mit den Arbeitswilligen sein. Von den Ausländigen sind bereits einige anderweitig untergebracht. Die Werkstube ist für organisierte Kollegen gesperrt.

Verband der Vorkellnarbeiter usw. Jahreshalle Berlin.
Küftung, Tapezierer! Die Sperre über die Titima Fischer u. Wedel (Matratzenfabrik), Brückenstr. 13a, ist aufgehoben. Die Schlichtungskommission.

Deutsches Reich.

Deutsche Versammlungs-freiheit.

Vor kurzem sollte in Dresden in einer Glasarbeiter-Versammlung über: „Die Moral der gelben Verbände“ ein Vortrag gehalten werden. Als den Polizeibeamten auf Grund des Vereinsgesetzes der Eintritt zu der Versammlung verweigert wurde, weil sie keine politische war, lösten die Beamten die Versammlung turband auf, und mit einem Aufgebot von etwa 20 Gendarmen wurden die Teilnehmer auseinander getrieben. Außerdem erhielt der Vorsitzende der Versammlung zwei polizeiliche Strafmandate, weil er den Beamten keinen „angemessenen Platz“ eingeräumt und die Versammlung nach der Auflösung nicht sofort verlassen habe. Auch der Referent soll 100 M. und der Schriftführer 50 M. Strafe zahlen. Gegen das ganze Verbot ist Einspruch erhoben worden.

Ausland.

Ein vernünftiger Richter.

Am 24. Februar kam es in Genf zu einem Konflikt zwischen Streikbroder und einigen freilebenden Tischlern. Auf Befehl der Tischlermeister verhafteten die Polizisten einige Streikende, die sich nun dieser Tage vor dem Polizeirichter wegen „Belästigung“ Arbeitswilliger zu verantworten hatten. Polizeirichter Veillon fand aber, daß erstens die Verhaftungen einseitig auf Befehl der Tischlermeister erfolgt wären, und daß zweitens bei solchen Anlässen die gegenseitige Aufregung zu berücksichtigen sei und es verhältnismäßig wäre, wenn die Angeklagten möglichst leicht bestraft würden. Aus diesen Gründen verurteilte er die meisten Angeklagten nur zu 5 Frank Buße; ein Urteil, das angenehm von anderen in ähnlichen Fällen ergangenen Gerichtsentscheidungen abwich.

Vorsicht für Seefahrtslustige!

Von der Sektion der Seeleute des Belgischen Transportarbeiterverbandes erhalten wir folgende Zuschrift: „Schon seit längerer Zeit erscheinen in den deutschen Zeitungen Annoncen wie folgt:

„Junge Leute, welche bereit sind, zur See zu fahren als Koch oder Kellner, finden Stellen mit einem dreimonatlichen Lohn von 1200 und 1500 M. auf Schiffen...“ u. s. w. Meldungen an: Paul Rodtrod, 16 Place de la Commune, Antwerpen, Belgien.“

Wir machen darauf aufmerksam, daß diese Annonce reiner Schwindel ist. Die Sache ist in Händen der Staatsanwaltschaft Antwerpen. Alle Mitteilungen über diese Sache erbitet: Schutzverein der Seeleute, Antwerpen, 8 St. Pieterskloster.

Die Agitation der italienischen Eisenbahner.

Rom, 25. März. (Sig. Ber.) Die Bewegung der Eisenbahner hängt an die öffentliche Meinung und die Regierung lebhaft zu beschäftigen. Seit Wochen ist bekannt, daß das Personal der Staatsbahnen bis zum 15. April eine Antwort auf die Forderungen seines Memorandums erwartet. Das „Giornale d'Italia“, das seit dem Wechsel des Kabinetts an Stelle der „Tribuna“ das

freie Menschengeschlecht, an dem der Goldstuch machtlos sein soll. Dann die Russl. Warum verdeckte man das Dreifache nicht? Ruh dem der Kapellmeister absolut gesehen werden? Ignaz Waghalter gelang es nicht, die Russl nach ihrem Gehalt herauszuarbeiten; aller Klang ging verloren. ganze Partien waren vermischt.

In der Aufführung standen der Botanik Karl Braun und Julius Liebans Rime obenan. Da ist Wagnerischer Stil. Den Loge hatte Alfred Woly denn doch zu auffällig als eine Art männlichen Serpentinanleger aufgeputzt. Die beiden Riesen brachten für ihre Ungeklärtheit nicht das entsprechende stimmliche Kraftmaß mit. Julius Noether war gut als Wettergott. Das aus seinem Hammerschlag hervorsprende Gewitter allerdings wirkte dekorativ sehr mittelmäßig. Edward Raudl (Alberich), Luise Schröter, Elisabeth Böhm v. Endert, Luise Mars-Lüders fügten sich angemessen ein. Das zweite (Klage-) Terzett der Rheindäcker (Kertha Stolzenberg, Kath. Jüttner, Feida Wares) klang schön. Die Arbeitshöhle der armenigen Klavischen Abteilungen konnte nicht gerade überzeugen. Uebrigens hätte das Ambobmotiv breiter, wichtiger klingen müssen.

Notizen.

Theaterchronik. Im Theater am Kollendorfplatz wurde wegen technischer Schwierigkeiten die für Sonnabend angelegte Premiere „Der Jurgaton“ verschoben werden. Statt dessen geht „Die schone Helena“ von Offenbach in Szene.

Die Freie Hörschule Berlin hat soeben ihr Frühjahrsprogramm erscheinen lassen. Es enthält über 70 Vortragsreihen und 5 Einzelvorträge. Alles Nähere ist aus dem Programm zu ersehen, das in allen Bibliotheken, Reschallen und bei Koester u. Wolff kostenlos ausgegeben wird.

Der Streit um die Kaiserleite. Als beim letzten Wettkamp um die vom Kaiser gelieferte Kette der Kölner Männergesangsverein die mehrmals behauptete (auch bereits einmal gelöste) Kette an den Berliner Redergergsangsverein verlor, entstand ein Sturm im patriotischen Wasserläse. Die waderen Männer erklärten, nicht mehr mitzuin zu wollen und kündigten beinahe die Kaiserleite auf. Jetzt ist der uralte Streit aus neue entfacht, da die Rheinisch-Westfälische Zeitung mit Bestimmtheit behauptete, ein inwärtigen verlorener Preisrichter habe aus persönlicher Animosität die Kölner um die Kette gebracht. Nun brennt das Feuerchen wieder lichterloh!

Später Religionsunterricht. Der „Dresdener Anzeiger“ berichtet aus einem westböhmischen Bezirke: Ein Vater, der sich weigerte, sein Kind in den Religionsunterricht zu schicken, legte gegen eine Aufforderung des Bezirksbehörden Berufung ein, wobei die Sache bis an das Unterrichtsministerium ging. Vor kurzem fiel nun die Entscheidung: das Kind sei in die Religionsstunde zu schicken. Das wird aber nicht mehr möglich, da das Kind sich inzwischen — verheiratet hatte.

Die Hauptache. Der neuen Monarchie Albanien fehlt so gut wie alles außer dem Firne. Aber einen unerwünschten Bestandteil jeder guten Monarchie hat es sich rechtzeitig angeeignet: eine Nationalhymne. Ein italienischer Kapellmeister hat sie (auf Kredit?) geliefert und eine italienische Kapelle macht sich jetzt ab, sie den zwar nicht angekannten, aber heftigsten doch treuen Söhnen der Berge beizubringen.

Annunziens Expedition verloben. Annunzen hat sich definitiv entschlossen, seine Südpolexpedition erst nächstes Jahr anzutreten. Sein Schiff, die „Trom“, muß ins Dod.

offiziöse Blatt des Ministeriums des Innern ist. Berechnet die Mehrausgabe, die die Forderungen des Personals einschließen, auf 65 Millionen Lire jährlich. Das Kabinet Violitti hat wohl nicht umsonst diesen kostlichen Stachel im Ministerstübchen seines Nachfolgers gelassen, ohne sich darum Sorgen zu machen. Jetzt ist die Preis für eine befriedigende Antwort recht kurz geworden. In einer Eisenbahnerversammlung, die am 24. März in Neapel stattfand, wurde bereits von den Vertretern der süditalienischen Eisenbahner der Streit für den 15. April beschlossen. Weiter beschlossen die Versammlungsteilnehmer die Verschmelzung aller süditalienischen Sektionen der „Föderation der Eisenbahner“ mit den Sektionen des „Eisenbahnersyndikats“, wodurch die Vereinheitlichung der Eisenbahnerorganisationen, die bei den jüngsten Verhandlungen der beiden Zentralen mißglückt ist, durch die Einzelsektionen verwirklicht wird. Der direkte Anstoß zu dieser Einigung kommt von dem Kampf, zu dem sich das Personal der italienischen Staatsbahnen rüft.

Die staatsbürgerliche Erziehung in Deutschlands Schulen.

Die Vereinigung für staatsbürgerliche Bildung und Erziehung hatte zu einem staatsbürgerlichen Erörterungsabend im Bürgeraal des Rathauses eingeladen. Dort sprach Professor Dr. Hedler-Hamburg über seine Beobachtungen bei einer staatsbürgerlichen Studienreise durch Deutschland, Oesterreich und die Schweiz. Die Oberlehrerbehörde in Hamburg hat ihn zu dieser Reise veranlaßt. Er habe gesehen, daß die Regierungen die Gleichgültigkeit gegenüber der staatsbürgerlichen Erziehung und dem staatsbürgerlichen Unterricht, dieser nationalen Kulturfrage, abgelegt haben. Der Kernpunkt dieser Frage ist: Wie ist der Staatsgedanke, also das Aufgehen des einzelnen in der Allgemeinheit, in den Mittelpunkt der ganzen Erziehung zu stellen. Die staatsbürgerliche Erziehung geschieht zunächst durch die Familie, was zwar vielfach, jedoch mit Unrecht, bestritten wird. Er habe überall beobachtet, daß viele der älteren Schüler mit fertigen Ansichten über staatsbürgerliche Fragen in die Schule kommen. Der Redner sieht darin einen Zwang für den Lehrer zur Unparteilichkeit bei der Behandlung staatsbürgerlicher Stoffe. Der Lehrer werde sich behaupten bleiben, daß hinter jedem Schüler ein Eiterndes mit bestimmter politischer Anschauung stehe, die zu versehen er Gefahr läuft, wenn er sich zur Parteilichkeit hinneigt läßt. Jetzt sei die Unterrichtsmethode in der Staatsbürgerkunde ganz verschieden. Nach seiner Meinung müsse die Staatsbürgerkunde nicht in einer bestimmten Unterrichtsstunde getrieben, sondern der ganze Unterricht in allen Fächern müsse staatsbürgerlich durchtränkt werden. Nicht nur der Geschichtsunterricht, sondern auch der Geographie- und Deutschunterricht, ja sogar die Rechnenstunde und die Naturkunde seien dazu geeignet. Er legte das an Beispielen dar. Ueber die Verteilung der Arbeit müsse sich das Lehrerkollegium einigen, ein von oben gegebenes Schema könne nichts nützen. Um das aber möglich zu machen, seien Verbesserungen in der Ausbildung der Lehrer nötig; heute wüßten viele Lehrer nicht von diesen Dingen. Der Redner unterscheidet zwischen staatsbürgerlichem Unterricht, von dem er bisher in der Hauptsache gesprochen, und staatsbürgerlicher Erziehung. Unsere Erziehung fördere in der Hauptsache egoistische Tugenden, wie Ordnung, Fleiß, Mut, Geduldsgewandtheit usw. Nun sei es nötig, auch auf die Förderung staatsbürgerlicher, sozialer Tugenden, der Einordnung in ein größeres Ganzes hinzuwirken. Als hervorragendes Mittel zur Erreichung dieses Zieles, das vor allem Herckensteiner immer wieder propagiert, nannte er u. a. die Selbstverwaltung und die eigene Verantwortlichkeit der Schüler. Er habe auf seiner Reise mehrere große Schulen gesehen, die sich dieser Mittel zur allseitigen Zufriedenheit bedienen. In einigen Schulen traft nicht der Lehrer, sondern das Schülergericht; der Lehrer erscheint dort nur als Zeuge. Zwischen beiden Extremen, der Demokratie der Schüler und der absoluten Herrschaft des Lehrers, gäbe es die mannigfachen Abänderungen. Weiter empfahl der Redner die freien Vereinigungen der Schüler zu Spiel und Sport. Vängere interessante Ausflüge machten er über die Naturerfahrungen in der Schweiz. Von den Jugendorganisationen erschienen ihm die von politischen Parteien gegründeten und geführten als eine Gefahr für einen objektiven staatsbürgerlichen Unterricht. In dieser Gefahr entgegenzuwirken, sei der Ausbau des unparteilichen staatsbürgerlichen Unterrichts und der staatsbürgerlichen Erziehung in allen Schulen notwendig.

Die nachfolgende Diskussion zeigte nur, daß bei den Anhängern staatsbürgerlichen Unterrichts noch recht große Unklarheit über Wert, Weg und Ziel dieser Arbeit besteht.

Kein vernünftiger Mensch wird gegen eine wirklich unparteiliche Einführung der Schüler in das Verfassungswesen und eine objektive Darlegung der verfassungsmäßigen Rechte des Staatsbürgers in den Schulen etwas einzusetzen haben. Auch mit der Erweckung sozialer Tugenden kann jeder einverstanden sein. Wir können für unser Teil sogar geltend machen, daß wir auf dem besten Wege waren, durch Einrichtung von Jugendorganisationen diese Aufgabe nach Kräften zu fördern. In den proletarischen Jugendorganisationen war die Selbstverwaltung durch die Jugendlichen so gut durchgeführt, wie in keiner bürgerlichen Jugendorganisation. Unsere Jugendvereine fielen aber dem Polizeifabel zum Opfer und sein bürgerlicher Schulreformer, sein bürgerlicher Freund der staatsbürgerlichen Erziehung öffnete den Mund, um gegen die Forderung einer Einrichtung, die wie keine andere geeignet war, staatsbürgerliche, soziale Tugenden in der Jugend zu pflegen, Front zu machen.

In Preußen, wo der Polizeifabel unsere Jugendorganisationen geschuld, glauben wir auch nicht an die Möglichkeit einer objektiven Staatsbürgerkunde in den Volksschulen. Wir dürfen den staatsbürgerlichen Unterricht in der Volksschule nicht isoliert betrachten, sondern im Zusammenhang mit dem ganzen Unterricht, vor allem im Zusammenhang mit dem Geschichts- und Religionsunterricht. Nach diesem Unterricht ist das Wohl und Wehe des Volkes abhängig von der Gnade Gottes und dem Tadel der Hohenzollern. Verfassungsrechtliche Bestimmungen und verfassungsmäßige Rechte sind danach als auch nur der Güte der von Gott inspirierten preussischen Könige zu danken. Sie sind mithin keine Waffe in den Händen des Volkes, kein Mittel, das Wohl des Volkes auch gegen die Krone und die sonstigen herrschenden Gewalten zu wahren. Sie müssen angewandt werden im Geiste der Hohenzollernlegende. In der preussischen Volksschule wäre die Einführung der Staatsbürgerkunde ohne eine durchgreifende Reform des ganzen Schulwesens unzulänglich und schmerzhaft. Und in den meisten anderen Bundesstaaten ist es nicht viel besser.

Wenn wir also einen staatsbürgerlichen Unterricht in der Volksschule und Fortbildungsschule in Preußen bekommen, dann müßten wir sehr auf der Hut sein. Dann muß sich die Arbeiterklasse dessen entsinnen, was Herr Dr. Hedler über die Bedeutung der Familien- und staatsbürgerlichen Erziehung für den staatsbürgerlichen Unterricht gesagt hat!

Aus der Partei.

Gemeindevorwählerfolge.

In Westerhüttel (Kirchspiel) Landgemeinde Eddelaf in Dittmarschen wurde bei der Wahl in der dritten Klasse der Genosse Wilhelm Ludwig mit 29 Stimmen gewählt; die Gegner erhielten zusammen nur 16 Stimmen. Somit senden unsere Genossen den ersten Sozialdemokraten in das dortige Gemeindeparlament.

In Fahrstedt bei Warne (Dolstein) wurde der zweite Genosse in die Gemeindevorwähler gewählt.

Mit 14 gegen 10 Stimmen wurde auch in Süderau (Kreis Steinburg, Dolstein) zum ersten Male ein Genosse, der Arbeiter Ernst Köhler, als Gemeindevorwähler gewählt.

In Bürgerwiesen (Danzig-Land) siegten am Donnerstag bei den Gemeindevorwählerwahlen unsere beiden Genossen Rehberg und Katt in der dritten Klasse mit 101 Stimmen gegen die bürgerlichen Kandidaten, die es nur auf 55 Stimmen brachten. Das eine Mandat wurde neu geholt, während das zweite in der Erstwahl zu verteidigen war.

Der erste sozialdemokratische Bürgermeister in Holland.

Die Amsterdamer Stadtverordnetenversammlung wählte den Genossen Wiebaut als „Verhouter“, als stellvertretenden Bürgermeister. Wiebaut, der der radikalen Parteirichtung angehört und Mitglied des Parteivorstandes ist, erhielt von 89 Stimmen 2, während auf den Genossen Wliegen 8 und auf den liberalen Kandidaten 11 Stimmen entfielen. Wiebaut wird mit dem wichtigen Posten des Wohnungswesens und der Arbeitsbedingungen der städtischen Angestellten betraut. Im Wohnungswesen Amsterdams tut eine kräftige Reformpolitik besonders not. Wiebaut redigiert seit Jahren das kommunistische Parteiblatt.

Sozialistische Blindenliteratur.

Von der „Neuen Zeit“, Organ zur Pflege sozialistischer Weltanschauung unter den Blinden Deutscher Zunge“ sind die Nummern 2 und 3 des 5. Jahrganges erschienen. Die Hefte haben u. a. folgenden Inhalt:

Unser Endziel (Fortsetzung). Der Panamakanal. Die Sprache des Fortschritts (Schluß). Der Verbrecher: Von Dr. A. Lipschütz. Kaiserinnenleben. Feuilleton: Kollele von Oskar Baum. Aus der Gegenwart: Alfred Russel Wallace. Javern. Hierzu die wissenschaftliche Beilage.

Der Verkaufspreis des Hefes, das in Braille'scher Kurzchrift gedruckt wird, beträgt bei sechsmonatlichem Erscheinen pro Jahr 3,00 M. für Deutschland und Oesterreich-Ungarn und 4,50 M. für die übrigen Staaten. Die Zeitschrift wird nicht im Buchhandel vertrieben, sondern ist nur durch A. Wenzl, Berlin N., Wiesenstr. 10, zu beziehen. Dorthin sind auch alle begünstigten Anfragen und Bestellungen zu richten. Die Parteigenossen werden gebeten, alle ihnen etwa bekannten Blinden auf das Organ aufmerksam zu machen.

Durch die oben genannte Stelle ist auch das in Blindendruck erschienene „Kommunistische Manifest“ zu beziehen. Der Preis für die drei Hefte, die zusammen 130 Seiten umfassen, beträgt einschließlich der Versandkosten 1,75 M.

Der soeben veröffentlichte Jahresbericht der holländischen Partei bringt, wie vorauszuwählen war, erfreuliche Daten über den Fortschritt der Partei im Wahl- und Kampfaber 1913. Die Mitgliederzahl steigerte sich von 15.567 auf 25.880, also um mehr als 64 Prozent; die Zahl der Ortssektionen stieg von 294 auf 982. Unter den heutigen Mitgliedern sind 3011 Frauen, also 13 Prozent. Von den neuen Mitgliedern wurden 838 in der Roten Woche im November gewonnen. Die Zahl der sozialdemokratischen Parlamentarier vermehrte sich von 7 auf 15, die Zahl unserer Vertreter in den Provinzialparlamenten von 24 auf 42, in den Gemeindevorständen von 171 auf 247. Dabei ist zu beachten, daß von unserer Seite nur in 177 von den 1138 Gemeinden an den Gemeindevorwähler teilgenommen wurde. In diesen Gemeinden hatten 82 Sozialdemokraten sich einer Wiederwahl zu unterwerfen; es wurden im ganzen 126 unserer Kandidaten gewählt. Die Buchhandlung der Partei hatte einen Umsatz von 3361 Gulden an Verkauf.

Gewinniger Festzug. Die Polizeidirektion in München hat den von der Arbeiterklasse geplanten großen Festzug durch die Straßen Münchens anlässlich des zu Pfingsten stattfindenden Arbeiterfesterfestes genehmigt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein mißglückter reaktionärer Plan.

Infolge eines Mißverständnisses legte der Genosse Wilhelm Ende in Neugersdorf bei der letzten Gemeindevorwählerwahl den Namen eines bisherigen Genossen unter den Wahlaustrif, ohne hierzu von dem Genossen autorisiert worden zu sein. Wegen „Unrubensfühlung“ wurde gegen Ende ein Strafverfahren eingeleitet und er zu drei Tagen Gefängnis verurteilt. Weiter entzog ihm der Gemeinderat die Rechte als Gemeindevorwähler. Eine Beschwerde hiergegen verwarf sowohl die Amtshauptmannschaft als auch der Bezirksausschuß. Erst das Oberverwaltungsgericht hat den Beschluß des Gemeinderats aufgehoben und die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auferlegt.

Aus Industrie und Handel.

Der Schrei nach dem Fiskus.

Da die Anstimmigkeiten im Kohlenyndikat die Erneuerungsverhandlungen in Frage stellen, wenden sich die privaten Beten lebhafter als je mit der Bitte um Hilfe an den Fiskus, von dessen Haltung allerdings wesentlich die Erneuerung abhängt. Der Fiskus nun will nur dann beistehen, wenn die privaten Beten sich geeinigt haben. Von einzelnen Unternehmern, die ein großes Interesse an der Erneuerung haben, wird daher zum Teil mit nicht ganz lauterem Mittel gearbeitet, um die widerstrebenden Beten zum bedingungslosen Anschluß zu zwingen. Jetzt wird sogar die offenbar frei erkundene Nachricht verbreitet, der Staat wolle ein Zwangszahlenyndikat (ähnlich dem Kalisyndikat) schaffen. So äußerte sich in der Gewerksammlerung der Zeche König Ludwig der Orbanenverbandvorsitzende:

„Die Ausschüsse und die weiteren Ergebnisse des laufenden Jahres sind abhängig von der baldigen Erneuerung des Kohlenyndikats. Zu einem Verkauf der Bergwerksprodukte in ungelohem, freiem Wettbewerb, also ohne Syndikat, darf die Staatsregierung es nicht kommen lassen; sie wird vielmehr, falls die Verhandlungen zur Erneuerung des Syndikats ergebnislos bleiben sollten, rechtzeitig eine Zwangsorganisation schaffen und zwar in einer Form, die auch den Hüttenbeten nicht erwünscht sein dürfte. Die Folgen davon sehen wir täglich beim Kalisyndikat. Darum wird man zu den genannten Vertretern unseres Bergbaus das Verlangen haben dürfen, daß sie einen Weg zu einer Verständigung auch finden werden. Das Ziel kann selbstverständlich nur erreicht werden bei gutem Willen und einiger Beschränkung auf allen Seiten. Die Vertragserneuerung hat keineswegs Zeit bis Ende 1913, sondern sie muß wegen der unersättlich großen Förderung der aufstrebenden Beten unbedingt vor Mitte dieses Jahres erfolgen.“

Oesterreichische Schatzscheinausleihe.

Dem Vorbilde des Deutschen Reiches und Preußens folgend, will Oesterreich seinen neuesten großen Geldbedarf in Form langfristiger Schatzscheinausgaben befriedigen. Es sollen für 396,6 Millionen Kronen Schatzscheine ausgegeben werden, die serienweise ausgelöst und spätestens nach 15 Jahren völlig zurückgezahlt sein sollen. Die Regierung überläßt die Schatzscheine einem Bankensortiment zu 94% Proz. Die Anleihe wird zu 6 Proz. zur Subskription ausgesetzt werden, wobei der Finanzminister außerdem gewisse Vergütungen für Spesen usw. an das Sortiment leistet. Die Subskription wird stattfinden in Oesterreich, Deutschland, Holland und in der Schweiz, und zwar in Deutschland bei der Deutschen Bank, dem Bankhaus Mendelssohn u. Co., der Direktion der Disconto-Gesellschaft und dem Bankhaus S. Weichroder.

Die Bedingungen sind aber für die Regierung recht ungünstig. Trotzdem 4% Proz. Zinsen gezahlt werden, bekommt die Regierung von vornherein nur 94% statt 100. Die Banken erhalten außer einem Zwischengewinn von 1/2 Proz. noch Extravergütungen. Trotz der augenblicklichen Geldknappheit muß der österreichische Staat also unvorteilhaft hohe Zinsen zahlen. Das ist, abgesehen von der allgemeinen schlechten finanziellen Lage Oesterreichs, darauf zurückzuführen, daß diese Anleihe ohne Zustimmung des österreichischen Parlaments (auf Grund des § 14 — Reichsstaatsparagrafen) erfolgt. Vor einigen Tagen hat sich daher selbst die „Börsliche Zeitung“ veranlaßt gefühlt, deutsche Kapitalisten vor dem Erwerb der neuen österreichischen Anleihe zu warnen; sie schrieb:

In Deutschland wird man den neuen österreichischen Schatzscheinen wohl mit einer gewissen Zurückhaltung gegenüberstehen, ohne darum päpstlicher sein zu wollen als der Papst. Diese Schatzscheine ohne parlamentarische Genehmigung in einem Lande mit parlamentarischer Verfassung sind ein so rein österreichisches Spezifikum, daß man sie am liebsten auf Oesterreich als Emissionen beschränkt sähe. Nicht daß zu befürchten wäre, der österreichische Staat könnte sich etwa einer übernommenen Schuldverpflichtung entziehen, das werden auch die rabiatesten Ostrationspolitiker ihm nicht zumuten wollen; aber wir glauben, daß in diesem besonderen Falle die Oesterreicher besser daran tun, auch die finanzielle Seite der Frage unter sich abzumachen, anstatt das Ausland zur Mitwirkung einzuladen.

Wohlschärfer ist das Urteil des „Oesterreichischen Volkswirts“, der geradezu von dem „verderblichen Charakter der Anleihe als eines Spielpapiers“ spricht, der die Differenz zwischen Ausgabe- und Rückzahlungskurs für die zuerst ausgelassen und zurückgezählten Scheine große Gewinne verspricht. Die Zerschneidung bemängelt ferner:

„Der eigentliche Sinn des § 14 ist ja nur, der Regierung zu ermöglichen, ohne Zustimmung des Parlamentes, einen plötzlichen eintretenden Bedarf als Vorwegnahme bekannter, in Kürze fälliger Staatseinnahmen decken zu können. Hier aber handelt es sich erstens um eine langfristige Schatzscheinemission, und dann noch dazu in einer Höhe, die aus den normalen Budgeteinnahmen nicht mehr bestritten werden kann, also um ein direkt verfassungswidriges Vorgehen, wenn sie ohne parlamentarische Zustimmung erfolgen soll. Außerdem verfügt die Regierung über keinerlei budgetäre Mittel zur Tilgung der Schatzscheine, die also zweifellos durch Aufnahme neuer Anleihen konsolidiert werden müssen.“

Sapag und Lloyd.

In der Generalversammlung der Hamburg-Amerika-Linie machte der Aufsichtsratsvorsitzende einige Mitteilungen über die schwedische Schiffsahrt. Er führte u. a. aus: Die Konjunktur habe auch bei den Linientreedern den Höhepunkt seit einigen Monaten für die meisten Verkehrsgebiete überschritten und eine langsam absteigende Richtung eingeschlagen. Diese zeitweilige Verminderung des Weltverkehrs habe die Gesellschaft vorausgesehen und entsprechende Vorsorge für die Zukunft getroffen. Die Verhandlungen über die Erneuerung der Kartelle seien noch nicht zu Ende geführt. Man beschäufte sich mit der Fertigstellung der rechnerischen Grundlagen, die durch den beabsichtigten Beitritt der kanadischen Linien eine völlige Verschiebung erfahren. Weitere Mitteilungen könnten hierüber nicht gemacht werden, auch nicht über die gleichfalls noch in der Vorbereitung befindliche Betriebsgemeinschaft mit dem Norddeutschen Lloyd, da es sich nicht um eine Neuordnung der Beziehungen auf allen denjenigen Verkehrsgebieten handele, auf welchen sich die beiden Gesellschaften gemeinsam betätigen. In der Diskussion bekannte sich Generaldirektor Vallin erneut als Gegner jeder Schiffsahrtsubvention.

Soziales.

„Kauschmeißer“ Handlungsgehilfe?

Die Herrlichkeit und Zurückgebliebenheit unseres Arbeiterrechts hinter den wirtschaftlichen Gestaltungen zeitigt oft die Streitfrage, ob ein Arbeiter gewerblicher Arbeiter, ob er Handlungsgehilfe, ob er landwirtschaftlicher Arbeiter, ob er Gesinde ist, oder ob er einer anderen Kategorie von Arbeitern angehört, z. B. Bureauangestellter, Privatsekretär, technischer Beamter ist. Und doch hängt von der Beantwortung dieser Frage die rechtliche Stellung des Arbeiters ab. Sie ist oft eine andere für den gewerblichen als für den kaufmännischen oder für den in der Landwirtschaft oder im Gesindedienst oder in einem Bureau Arbeitenden. Für den gewerblichen Arbeiter ist neben dem Bürgerlichen Gesetzbuch die Gewerbeordnung, für den Handlungsgehilfen das Handelsgesetzbuch, für den landwirtschaftlichen Arbeiter und für den Bureauarbeiter das Bürgerliche Gesetzbuch, für das Gesinde eine der vielen Gesindeordnungen maßgebend. Zuständig für den gewerblichen Arbeiter ist das Gewerbeamt, für den Handlungsgehilfen das Kaufmannsgericht, für alle übrigen das ordentliche Gericht (Amts- und Landgericht), für das Gesinde hier und da als Vorentscheidungsbehörde die Polizeibehörde zuständig.

Aus dieser Mannigfaltigkeit der materiellrechtlichen Vorschriften und der Zuständigkeit der Gerichte erwächst oft eine gewisse Unsicherheit für den sein Recht verfolgenden Arbeiter.

Sünftig ist, wie unsern Lesern erinnerlich, über die Zuständigkeitsfrage lebhaft gestritten. Ein Ende könnte diesem laienförmigen Wirrwarr nur durch endliche Vereinheitlichung des Arbeiterrechts gemacht werden.

In die Kategorie der Grenzstreitigkeiten fiel ein dieser Tage vor dem Berliner Kaufmannsgericht entschiedener Fall. Als Kläger trat ein Hüne von Gestalt auf, der den Beruf eines „Kauschmeißers“ hatte. Gerichtet war die Klage gegen den Inhaber des Cafés Ernst im südlichen Teil der Friedrichstraße. Der Hauptbetrieb in diesem Lokal wickelt sich nach der Darstellung des Klägers in der Zeit von 1/8 Uhr früh bis um 12 Uhr mittags ab. Während dieser Zeit bestand die Hauptaufgabe des Klägers darin, mit den

Gästen Zechen zu machen und betrunkenen Herren und Damen an die frische Morgenluft zu befördern. Diese kraftentwickelnde Tätigkeit, für die der Hüne freies Essen und Trinken und 200 M. monatlich in barem Gelde bekam, sah der Beklagte als eine kaufmännische Tätigkeit an und klagte als „Handlungsgehilfe“ vor dem Kaufmannsgericht. Dieses sprach indessen dem „Kauschmeißer“ seine Handlungsgehilfentätigkeit ab und kam zur Abweisung der Klage wegen Unzuständigkeit des angerufenen Gerichts. Kläger sei Gewerbegehilfe. Wegen der Höhe seines Einkommens, über 200 M. monatlich, könne er auch nicht vor dem Gewerbeamt klagen. Bei der Höhe des Klageobjekts, 2300 M., müsse er beim Landgericht klagen.

Die Entscheidung des Kaufmannsgerichts ist nicht bedenkenfrei. Gewerbeamtliche Gehilfe ist der, der gewerbliche Leistungen verrichtet, während ein Handlungsgehilfe kaufmännische Dienste zu verrichten hat. Kaufmännische Dienste sind solche, die sich wesentlich auf den Umsatz von Waren beziehen. Danach kann es recht zweifelhaft erscheinen, ob der „Kauschmeißer“ in der Tat gewerbliche Dienste und nicht vielmehr kaufmännische zu verrichten hat. Seine Tätigkeit bezieht sich auf den Umsatz der Waren und die Bedienung der Kunden, ist also eine kaufmännische Tätigkeit. Freilich ist dem entgegengehalten, daß Kellner, die bis zu einer Entscheidung des Reichsoberhandelsgerichts oft gar zum Gesinde gerechnet und erst seit jener Entscheidung als Gewerbegehilfen anerkannt wurden, nichts mit Be- und Verarbeitung von Waren zu tun haben, wohl aber mit dem Umsatz der Waren.

Die recht häufig schwankende Entscheidung, ob jemand gewerblicher oder Handlungsgehilfe, erübrigte sich, wenn wir endlich ein einheitliches Arbeiterrecht hätten. Leider sind wir weit davon entfernt. Das Streben der herrschenden Klasse geht auf Aufrechterhaltung der kunterbunten Unterscheidungen, weil diese eine Rechtsunsicherheit der Arbeiter fördern.

Beilegung des Breslauer Kertzevereits.

Die Vergleichsbedingungen sind folgende: Angelassen sind 110 Kertze zur freien Arztwahl. Auch bei den Spezialärzten herrscht freie Arztwahl, allerdings nur auf Ueberweisung durch Kassenärzte. Die bisherigen Kertze verlassen nach einer Abfindung am 1. April Breslau. Beim Vergleich hat also der ärztliche Terrorismus des Kertzeverbandes gesiegt.

Verhöhnung armer Krüppel.

Die Anaptschaftsberufsgenossenschaft darf wohl den Ruf in Anspruch nehmen, auf dem Gebiete der Rentenversicherung bahnbrechend vorangehen zu sein. Vor 3 Jahren ließ sie bereits bei Rodum eine eigene große Anstalt errichten, die „Vergmannsheil“ getauft, bei den Bergarbeitern bald in den Ruf einer bösen Rentenqueckschele geriet. Sicher nicht mit Unrecht! In „Vergmannsheil“ wurden Unfallverletzte, bei denen man sich günstige Wirkungen in bezug auf das Erwerbsfähigwerden versprach, nach allen Regeln der Wissenschaft gerettet, geknetet, geknetet, kurzum wie Objekte mancherlei Experimente behandelt, die bei den Bergarbeitern Angst und Schrecken erregten. Singu kam eine rigorose Spruchpraxis. Das Wort Rentenqueckschele hatte in Bergarbeiterkreisen schon vor 15 Jahren seine heute allgemein übliche Bedeutung. Daß die Anaptschaftsberufsgenossenschaft schon seit diesen Jahren eine verhältnismäßig kleine Quote dauernd erwerbsunfähiger Unfallverletzte aufwies, verdammt sie sicherlich dem von ihr geschaffenen System. Die Behandlung Verletzter im „Vergmannsheil“ spielte dabei eine Hauptrolle. Als nun in den letzten Jahren zu dem Erwerbsfähigwerden nach besonderen, für die Verletzten sehr oft ungewöhnlich schmerzhaften und sogar in ihre Selbstbestimmungsrecht über ihren Körper einschneidenden Verfahren noch die Theorie von der Angeordnetung sehr gründlich in die Praxis umgesetzt wurde, da konnte es nicht fehlen, daß sowohl die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle wie auch solcher mit dauernd erwerbsvermindernden Folgen zurückging. Und es mutet wie bewußter Hohn an, es klinge wie ein Frohlocken über das famose Funktionieren der Rentenqueckschele, wenn man nun im offiziellen Organ der Anaptschaftsberufsgenossenschaft, dem „Kompas“, folgendes liest:

„Trotz der schweren Unfälle, die sich beim Bergbau ereignen, hatten im Jahre 1912 bei der Anaptschaftsberufsgenossenschaft 73 Proz. aller Unfälle nur vorübergehende Erwerbsunfähigkeit zur Folge und 27 Proz. dauernde Erwerbsunfähigkeit. Bei allen gewerblichen Berufsgenossenschaften waren die Unfallfolgen nicht so günstig; es entfielen auf vorübergehende Erwerbsunfähigkeit 64,8 Proz. und auf dauernde 35,2 Proz.“

Daß sich im Bergbau verhältnismäßig viel schwere Unfälle ereignen, wird nicht bestritten; man beugt es sogar stark, um die guten Erfolge bei der — Rentenverweigerung besser heraustreten zu lassen. Gerade so, als wenn es sich um einen Geschäftsbetrieb handele und der Leiter seine Methode der Gewinnmache in das rechte Licht rückt. Bei der Anaptschaftsberufsgenossenschaft hieß, auf 1000 Arbeiter berechnet, die Zahl der Verletzten von 138,70 im Jahre 1911 auf 140,25 im nächsten Jahre; die der entschädigten Unfälle aber nur von 14,55 auf 15,46, dagegen die der Unfälle mit tödlichem Ausgang von 2,02 auf 2,35. Wenn es trotz der unzweifelhaften Zunahme der schweren Unfälle gelang, die Renten für dauernde Erwerbsunfähigkeit zu vermindern, so hat man allerdings, vom Standpunkt des Kapitals betrachtet, alle Ursache, darüber zu jubeln; die Arbeiter jedoch können solches Jubeln nur als Hohn über ihr Elend, über ein den armen Krüppeln zugefügtes empörendes Unrecht empfinden.

Berichtszeitung.

Ein Pseudokriminalbeamter.

Die Schandaten eines falschen Kriminalbeamten, durch die ein Mann zum Selbstmord getrieben worden war, lagen einer Anklage wegen unbefugter Amtsannahme, verübter Erpressung, Betruges und Siegelbruchs zugrunde, welche gestern die erste Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Vesse verhandelte.

Angelagt war der aus der Unterhändlerfirma vorgeführte Kartoffelhändler Edmund Spang. — Der schon vielfach vordem angeklagte Spang hatte am 30. November v. J. vor dem Grundstück der Gärtnischen Maschinenfabrik an der Frankfurter Chaussee eine Frau, die dort mit einem kleinen Handwagen war, bis ihr ein Mann einen mit Kohlen gefüllten Sack über den Jahn warf. Auf ihre Bitte half er ihr sogar nach, den Sack auf den Wagen zu laden, um dann sofort zu dem Fabrikportier zu gehen und ihm mitzuteilen, daß sieben ein in der Fabrik beschäftigter Arbeiter Kohlen gestohlen habe. Da er sich als Kriminalbeamter ausgab, gab ihm der Portier einen Kutscher mit, damit er den Dieb unter den Arbeitern ausfindig machen und seine Personalien feststellen solle. Der angeklagte Kriminalbeamte fand auch den Dieb in der Person des Arbeiters Syre heraus

und unterzog ihn einem kurzen Verhör, um dann mit dem Vermerken, daß er „zum Dienst“ müsse, das Fabrikgrundstück zu verlassen. Er ging dann schnurstracks nach der Wohnung des Spang, wo er die Gekerkte antraf. Dieser gegenüber gab er sich ebenfalls als Kriminalbeamter aus und erklärte, wenn sie 8 M. bezahle, so wolle er die Sache niederschlagen. Die Frau in ihrer Verzweiflung suchte auch ihre paar Groschen zusammen und händigte dem Erpresser 1 M. aus mit dem Bemerkten, daß dies ihr ganzes Geld sei und ihre Kinder nun hungern müßten. Sie versprach, von dem Kommandanten des Pseudokriminalbeamten eingeschüchtert, sich das übrige Geld zusammenzuborgen und es ihm am nächsten Tage auszuhandigen. Inzwischen hatte sich auf dem Fabrikgrundstück eine erschütternde Tragödie abgespielt. Der von dem falschen Kriminalbeamten festgestellte Arbeiter Syre ging, aus Furcht wegen des Diebstahls an den wenigen Groschen wertigen Kohlen ins Gefängnis zu kommen, in einen Schuppen und erhängte sich. Als man sein Verschwinden bemerkte, ahnte man sofort schlimmes; als man ihn fand, war er bereits eine Leiche. Als der Frau dieser tragische Ausgang mitgeteilt wurde, brach die ihres Ernährers Verarmte mit lautem Aufschrei ohnmächtig zusammen.

Die Anklage legte dem Angeklagten ferner einen gegen einen Schuhmacher in Lichtenberg verübten Betrug zur Last, bei dem er, ebenfalls in der Rolle eines Kriminalbeamten, ein Paar Stiefel auf Kredit entnommen und nicht bezahlt hatte. In dem letzten Fall der Anklage hatte der Angeklagte gegen eine Frau Rosner eine Erpressung verübt, indem er in der Wäsche eines „Kauschmeißers“ bei ihr erhascht, mit Siegelmarken, die er von seinen eigenen gepfändeten Sachen abgerissen hatte, deren Sachen verpackte und unter der Drohung, diese Sachen noch an demselben Tage abholen und verpackern zu lassen, 11 M. von ihr erprechte.

Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 1 1/2 Jahren. Das Gericht verurteilte den Angeklagten, mit Rücksicht auf seine Vorstrafen, zu 1 Jahr Gefängnis.

Eine gebrochene Ordnungsfäule.

Die Strafkammer II des hiesigen Landgerichts hat den Rentanten Reimers der Spar- und Darlehenskasse des Gutsbezirks Jarbe, der Nebenbesitzer eines Grafen Reventlow, wegen Vergehens gegen das Genossenschaftsgesetz, Veröffentlichung falscher Bilanzen und Unterschlagung zu sieben Monaten Gefängnis und 1500 Mark Geldstrafe verurteilt. Weiter wurde ihm auf die Dauer von fünf Jahren die Fähigkeit abgesprochen, öffentliche Ämter zu bekleiden.

Der Beurteilte hatte die Kasse um große Summen geschädigt — durch die Zeugnisaussagen vor Gericht wurden 66 000 M. Fehlbeträge festgestellt; das Gericht nahm aber in seinem Urteil an, daß der Angeklagte nur für 20 000 M. verantwortlich sei. Er hatte im „Landwirtschaftlichen Wochenblatt“ falsche Bilanzen veröffentlicht und der Generalversammlung falsche Angaben über das Vermögen der Kasse gemacht. Als ein Revisor des Verbandes der Genossenschaften solche Unordnung fand, daß eine Revision unmöglich war, erhielt Reimers von der Geschäftsstelle des Verbandes in Kiel die Aufforderung, die Bücher einzusenden. Er rebete darauf dem Aufforderung vor, die Geschäftsstelle des Verbandes in Kiel wolle den Verband nur brüden, und der Aufsichtsrat stellte ihm darauf eine Bescheinigung aus, daß die Bücher auf Beschluß des Aufsichtsrates nicht eingefandt werden sollten. Schließlich erging an Reimers eine Verfügung des Amtsgerichts, die Bücher vorzulegen. Darauf erklärte Reimers, seine Frau habe die Bücher verbrannt. Tatsächlich sind sie auch verbrannt worden. Von der Anklage der Urkundenfälschung wurde der Angeklagte jedoch freigesprochen, weil diese Tat seiner Frau zur Last falle. Diese sei aber nicht zurechnungsfähig, denn sie sei stark epileptisch.

Wie wenig der Vorstand der Kasse sich um diese kümmerte, möge folgendes Beispiel zeigen: Es war der wichtige Beschluß in einer Vorstandssitzung gefaßt worden, die Höchstdarlehenssumme von 3000 auf 30 000 M. zu erhöhen. Ein Vorstandsmitglied hatte das Protokoll mit unterschrieben. Vom Vorsitzenden des Gerichts gefragt, ob das seine Unterschrift sei, erklärte er, das wisse er nicht mehr. Ueberhaupt wußten die Vorstandsmitglieder vor Gericht „von nichts“. Der Beurteilte genoß in dem Bezirk großes Ansehen und war die rechte Hand des Grafen Reventlow. Er hielt stramm zum Bunde der Landwirte, zu den Konservativen und war konservativer Wahlmacher bei Reichstags- und Landtagswahlen. Im Auftrage des Grafen mußte er die konservativen Redner und Kandidaten auf den Agitationsreisen begleiten. Der Verteidiger des Angeklagten brachte einige recht interessante Briefe aus seiner Wappe zur Verlesung. Aus einem Brief des Grafen an Reimers ging hervor, daß Graf Reventlow gern Mitglied des Abgeordnetenhauses werden möchte. Das ist bis jetzt nicht gescheit. In einem anderen Brief kommt der Wunsch des Grafen zum Ausdruck, Reichstagsabgeordneter zu werden, wenn Graf Wlodek ausscheidet. Dieser Wunsch ist in Erfüllung gegangen. Die Verlesung mehrerer solcher Briefe, die zeigen, wie die oßholsteinischen Junker Wahlen machen, wurde schließlich vom Vorsitzenden verhindert. Die oßholsteinischen Junker machen natürlich ob des Zusammenbruchs eines ihrer Werkzeuge betrübte Gesichter.

Der ungetreue Rechtsanwalt.

In dem Prozeß gegen den Rechtsanwalt v. Brehmer wurde gestern die Beweisaufnahme geschlossen. Das Gericht beschloß, den Zeugen Niemand nicht zu verurteilen, da er bezüglich der den Gegenstand der Anklage bildenden Straftaten der Teilnahme verdächtig sei. — Staatsanwalt Herdt ließ einige Fälle der Anklage fallen, beantragte dagegen das Schuldig wegen Untreue und Unterschlagung in drei Fällen. Der Staatsanwalt beantragte gegen v. Brehmer ein Jahr Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft in vollem Umfange, gegen den Mitangeklagten Löwenberg wegen Betruges 6 Monate Gefängnis und wegen unbefugter Amts- und Titelanhaltung 6 Wochen Haft. — Rechtsanwalt Dr. Halbert gab ohne weiteres zu, daß die Verleumdung des Angeklagten eine unbewusste war und in seinem Bureau eine Lotteriewirtschaft herrschte, machte aber eine ganze Reihe persönlicher und tatsächlicher Momente geltend, die zu einer mildereren Beurteilung des Angeklagten führen müßten, um so mehr, als bei rechnerischer Feststellung sich nur eine Summe von 478 M. ergebe, die der Angeklagte im schlimmsten Falle lukriert haben könne.

Nach kurzer Beratung kam das Gericht zu folgendem Urteil:

Das Gericht habe bezüglich des Angeklagten v. Brehmer nur einen Fall der Anklage, und zwar den Fall Verleumdung, in welchem Untreue vorliege, für nachgewiesen gehalten. In den übrigen Punkten habe das Gericht mangels ausreichenden Beweises auf Freisprechung erkennen müssen. Bezüglich des Strafmaßes sei verhandelt worden, daß in dem Fall Verleumdung kein Schaden entstanden sei und die Erben des Geld zurückgehalten haben; ferner, daß der Angeklagte völlig zusammengebrochen und deshalb weniger widerstandsfähig war. Andererseits sei strafschwerend, daß v. Brehmer einem Stande angehöre, der dazu berufen sei, der Wahrheit zum Recht zu verhelfen, und daß er das in ihm gesetzte Vertrauen mißbraucht habe. v. Brehmer sei deshalb zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt worden, die durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurden. Mit Rücksicht auf die festgestellte ungläubliche Lächerlichkeit in der Handhabung seiner Geschäfte habe das Gericht ihm die Fähigkeit zur Verleumdung öffentlicher Ämter auf 2 Jahre abgesprochen. Bei Löwenberg wurde als strafschwerend angesehen, daß er sich in sehr dreister Weise öffentlich als Referendar ausgegeben habe. Wegen ihn lautete das Urteil wegen Betruges und Amtsannahme auf 6 Wochen Gefängnis und 4 Wochen Haft. — Der Angeklagte v. Brehmer wurde sofort auf freien Fuß gesetzt.

Achtung!

Brauereiarbeiter!

Achtung!

Sonntag, den 29. März, vormittags 11 1/2 Uhr,
im Lokal Neue Welt, Hasenheide 108/114 (großer Saal)

Allgemeine Brauereiarbeiter - Versammlung.

Tagesordnung:

Bericht der Lohnkommission über das neueste Angebot der Unternehmer. Diskussion. Beschlussfassung.

Zu dieser Versammlung sind alle in den Lagerbierbrauereien, Rälzereien, Rälzbierbrauereien und Bierniederlagen Verks und der Umgegend beschäftigten und den unterzeichneten Organisationen angehörenden Arbeitnehmer sämtlicher Kategorien eingeladen.

Kollegen! Agitiert für einen Massenbesuch dieser Versammlung.

Kollegen! Erscheint pünktlich, da uns der Saal nur bis 2 1/2 Uhr zur Verfügung steht.

Mitgliedsbuch oder Mitgliedskarte berechtigt zum Eintritt!

Ohne gutstehendes Mitgliedsbuch oder Karte wird unter keinen Umständen der Eintritt gestattet.

Die Einberufer:

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter. Deutscher Transportarbeiterverband. Verband der Maschinisten und Heizer. Deutscher Metallarbeiterverband. Verband der Böttcher. Deutscher Holzarbeiterverband. Verband der Maler und Lackierer. Verband der Kupferschmiede. Verband der Sattler. Allgemeiner Deutscher Gärtnerverein. Ortsverwaltungen Berlin.

NB. Weitere Bekanntmachungen zu dieser Versammlung erfolgen nicht. Die Vertrauensmänner werden aufgefordert, für Bekanntgabe dieser Einladung Sorge zu tragen. D. O.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85.

Telephon: Amt Norden 1987, 1229, 9714, 185.

Montag, den 30. März, abends 8 1/2 Uhr, in den Musikfestsälen, Kaiser-Wilhelm-Strasse 31 (großer Saal):

Branchen-Versammlung
aller in den Bauhölzerei- und Geldschraubetrieben Berlins und Umgegend beschäftigten Kollegen.

Tagesordnung:

1. Vortrag. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Montag, den 30. März, abends 6 Uhr, im Lokal „Englischer Hof“, Alexanderstr. 27c:

Versammlung
sämtlicher Kollegen für die Betriebe zur Herstellung gelochter Bleche.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Meus. 2. Branchenangelegenheiten (Wahl eines Mitgliedes der Branchenkommission). 3. Verschiedenes.

Montag, den 30. März, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelsufer 15 (Saal III):

Versammlung
aller in Alfenside- und Messingwaren-Fabriken beschäftigten Drücker Berlins und Umgegend.

Einziger Punkt der Tagesordnung: Branchenangelegenheiten.

Achtung! Gürtler. Achtung!

Montag, den 30. März, abends 5 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstrasse 58/59:

Große Versammlung
aller in den Betrieben der Militär-effektenbranche tätigen Kollegen und Kolleginnen.

Tagesordnung: 1. Unsere nächsten Aufgaben. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung muß jeder einzelne erscheinen, insbesondere die Kollegen von Matthes & Schwabo, Couvreur und Immo & Sohn.

Die Ortsverwaltung.

Steinarbeiter!!

Dienstag, den 31. März, abends 8 Uhr, in der „Neuen Philharmonie“, Köpenicker Str. 96/97:

Kombinierte Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht von der Konferenz. 2. Neuwahl der Geschäftsleitung. 3. Wahl der Delegierten zum Verbandstage. 4. Die eventuelle Aussperrung der Sektion I.

Die Kollegen beider Sektionen sind verpflichtet, vollständig und pünktlich zu erscheinen.

Die Bezirksversammlungen fallen diesmal aus.

Die Ortsverwaltung.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Immer noch Pichelswerder,
an der neuen Heerstraße
beim Alten Freund.

Möbel
In wirklich erstaunlicher Auswahl erhält ein Jeder auf
Credit
bei niedrigstem Preis fast
ohne Anzahlung
Moderne 1- u. 2-Zimmer-Einrichtungen
von 250 bis 2000 M. — von 15 M. an.
Einzeln Möbel-Ersatzstücke
Anz. von 5 M. an
Teppiche, Portieren, Stoppdecken
Gardinen, Läufer
Betten Grattel
2 Bettvorleger
C. Wachsmann & Co.
15 Reinickendorfer Str. 15
neben der Feuerwache
Aufg. Ravenstraße.

Möbel-Angebot.
Solide Möbelfirma liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzeilmöbel gegen mögliche Zinsvergütung bei keiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Anfragen: Postkarte 806. Postamt 27. Keine Kassierer. Größte Kulanz.

Von **1** Mark
wöchentliche
Teilzahlung
an liefert
**elegante fertige
Herren-
Garderobe**
Anfertigung nach Mass mit
Garantie für tadellosen Sitz
Besichtigung meiner grossen
Läger in
fertiger Garderobe
engl. und deutschen Stoffen,
ohne Kaufzwang erbeten.
Vorzeiger dieser Annonce
erhält 5 Prozent Rabatt
Julius Fabian, Gr Frankfurter Str 37, II
Turmstr. 18 I, kein Lad.
Schneidermeister Kottbuser Str. 14 nur 2. Etg.

Vornehme
Herren-Moden
fertig und nach Maß
**Garantie: Tadelloser Sitz,
feinste Verarbeitung!**
Auf Wunsch Wochenrate von 1 M. an
J. Kurzberg & Co.
Maß-Schneiderei
Rosenthaler Strasse 36 I
Reinickendorfer Str. 4 I
Gegründet 1898

Große Berliner Straßenbahn. Bilanz am 31. Dezember 1912.

Aktiva.	Mark
Bahnkörper	74 714 188,82
Bahnhöfe und Werkstätten	24 143 249,08
Wagen	39 313 921,30
Konzessionen nach Abschreibung von	18 956 300,—
Rabatten	24 437,26
Mobilien	38 856,33
Utenilien	1,—
Verbe	1,—
Geschirre	1,—
Dienstkleidung nach Abschreibung von	369 705,77
Bestände an Bau- und Betriebsmaterialien	8 785 508,82
Konto-Korrent, Verschiedene Guthaben	10 760 234,22
Barbestand	462 794,56
Wertpapiere und Hypotheken	469 581,70
als Rationen bei Behörden	11 716 666,82
als Anlage des Reservefonds	24 428 216,82
Ulgungsfonds	668 116,65
Beamten-Rationalfonds	8 598 929,76
Aktien der Allgemeinen Berliner Omnibus K.-G.	218 187 590,03

Passiva.	Mark
Aktienkapital	100 082 400,—
4 1/2 % Schuldverschreibungen	44 449 500,—
Davon unbezogen	11 538 000,—
4 1/2 % Schuldverschreibungen	25 000 000,—
Davon unbezogen	3 067 000,—
Hypotheken	1 736 000,—
Unbezogene Dividenden	14 033,75
3 1/2 % Unbezogene getündigte Schuldverschreibungen	1 449,50
4 % Unbezogene getündigte Schuldverschreibungen	621 706,50
Rückstellung für Zinsen der 4 1/2 % Schuldverschreibungen	411 243,75
Reservefonds	11 716 212,78
Ulgungsfonds	24 428 389,98
Talonsteuer-Rückstellung	565 000,—
Bebeitrag-Rückstellung	150 000,—
Beamten-Rationen	680 738,80
Postpflicht-Versicherungsfonds	1 235 723,40
Konto-Korrent	4 325 437,15
Erneuerungsfonds I	5 275 392,95
Erneuerungsfonds II	1 827 312,50
Längige Betriebsverpflichtungen	908 380,—
Gewinn- und Verlustrechnung	9 373 578,99
	218 187 590,03

Gewinn- und Verlustrechnung.	Mark
4 1/2 % Schuldverschreibungen-Zinsen	1 967 990,—
4 1/2 % Schuldverschreibungen-Zinsen	273 799,06
Hypotheken-Zinsen	70 441,75
Gewinnabfertigungen	962 999,36
Ulgungsfonds	500 000,—
Talonsteuer-Rückstellung	120 000,—
Bebeitrag-Rückstellung	150 000,—
Postpflicht-Versicherungsfonds	350 000,—
Erneuerungsfonds I	2 500 000,—
Erneuerungsfonds II	550 000,—
Vertragmäßige Abgaben an die Gemeinden	3 256 674,37
Saldo	9 373 578,99
	19 385 483,02

Haben.	Mark
Gewinn-Vortrag aus 1912	17 612,24
Zinsen	437 091,98
Betriebsentnahmen	45 775 318,04
Betriebsausgaben	26 844 538,74
	18 930 779,80
	20 132 243,18

Berlin, den 28. Februar 1914.
Die Direktion.
Dr. Wassow. Meyer. Dr. W. Mücke. Otto.
Nach vorgenommener Prüfung der Belege und Bücher der Gesellschaft beschließen wir hiermit die ordnungsmäßige Führung der Bücher und die Uebereinstimmung der vorstehenden Bilanz, sowie der Gewinn- und Verlustrechnung mit denselben.
Berlin, den 13. Februar 1914.
Oskar Zwickau, öffentlich angehänger, beidigter Bücherrevisor.
Emil Krynitz, gerichtlicher Bücherrevisor.

Sie kaufen vorteilhaft
MÖBEL
auch auf
KREDIT
im Spezial-Geschäft von **WILHELM MISCHE**
Große Frankfurter Straße 45-46
gegenüber Markusstraße.

Die Hebung der allgemeinen Volksgesundheit durch Turnen der Frauen und Mädchen

hatte eine am Donnerstagabend in den „Industriefesthallen“ abgehaltene Versammlung auf der Tagesordnung. Etwa 400-500 Ritters und junge Mädchen und auch viele Männer waren der Einladung des Turnvereins „Fichte“ gefolgt, der versprochen hatte, die Notwendigkeit planmäßiger Leibespflege für die Berliner Arbeiterinnen eingehend vor Augen zu führen. Seit Jahren macht der obige Verein die größten Anstrengungen, auch dem weiblichen Proletariat die großen Vorteile des Turnens zugänglich zu machen. Im Vorjahre waren bereits 800 Turnerinnen als Mitglieder gewonnen, die größte Zahl, die überhaupt ein Turnverein aufzuweisen habe. Diese Arbeit im Interesse der allgemeinen Volksgesundheit wurde jah unterbrochen durch die politische Erklärung des Vereins und die Ausweisung aller Jugendlichen, auch der weiblichen, aus den Turnhallen. In eingehender Weise legte Genosse P. eine, der das erste Referat übernommen hatte, dar, daß die pure Angst des Bürgertums alle kulturellen vernichtet, die die Arbeiterklasse aus eigener Kraft zustandzubringen sucht. Mit den faßlichsten Argumenten und Schikanen sucht man nicht nur jede geistige Bewegung, sondern auch die körperliche Ausbildung des Volkes zu hemmen, was er im einzelnen nachwies. Die Jugend werde mit Prügel und Faust dafür bestraft, daß sie ihren Körper in einem Arbeiterturnverein kräftig und stark mache. So werde diese neue Generation mit einer Erbitterung gegen die heutigen Gesellschaftszustände erfüllt werden, die dem Klassenstaat auch die letzte Sympathie raube.

In einem zweiten Referat führte Genosse B. H. den Anwesenden in eindringlichen Worten vor Augen, daß es eine Ehrenpflicht für die Arbeiterklasse sei, gesunde Ritters zu schaffen, die imstande sind, gesunde Kinder und mutige Kämpfer dem Proletariat zu beschicken. Von den herrschenden Klassen werde rücksichtslos auf die Volkserziehung hingearbeitet; dabei muß jetzt schon jedes erste Kind in Berlin bei der Einschulung zurückgestellt werden, weil es körperlich oder geistig zurückgeblieben ist. Diesen Zuständen kann nur die Arbeiterklasse selbst ein Ende bereiten, wenn sie mit aller Macht darauf hinarbeitet, daß nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen kräftig und gesund werden. In den sechs Abteilungen des Vereins können noch eine ganze Reihe von Frauen und jungen Mädchen aufgenommen werden, und der Turnverein „Fichte“ wird es sich zur Ehre anrechnen, sobald das Bedürfnis vorhanden sei, auch weitere Abteilungen ins Leben zu rufen. Die Diskussion ergänzte noch vielfach die Referate. Nach einem kräftigen Appell des Vorsitzenden an die anwesenden Frauen und Mädchen, sich durch die mannigfachen Schwierigkeiten und Vorurteile, die der Entwicklung des Frauen- und Mädchenturnens noch im Wege stehen, nicht einschüchtern zu lassen, denn es gelte einem Kulturwerk im Dienste des ganzen Volkes, fand die imposante Versammlung ihren Abschluß.

Parteiangelegenheiten.

Schöneberg. Die Krematoriumsbesichtigung in Baumgartenweg ist auf Sonntag, den 5. April, verschoben.

Wilmerdorf. Am Montag, den 30. März, abends 8 1/2 Uhr, im Viktoriagarten, Wilhelmstraße 114: Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Jahresbericht und Resultat der letzten Woche. 2. Kassenbericht. 3. Neuwahlen des Vorstandes, der Funktionäre und Kommissionen. 4. Unsere Kasse. 5. Parteiangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert.

Reichenhagen a. O. Heute Sonntag, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei A. Wänke, Bahnhofstr. 27. Aufstellung eines Kandidaten zur Gemeindeverordnetenwahl. Wahl eines Expediteurs.

Stadtwalde. Heute abend 8 1/2 Uhr: Generalversammlung im Lokal von Witte. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Vorstandswahlen. 3. Vereinsangelegenheiten.

Berliner Nachrichten.

Patriotischer Schund in der Schule.

Unfreiwillige Ruhe gestattet mir, einige Stunden des Vormittags ziel- und planlos durch die Straßen hiesiger königlicher Haupt- und Residenzstadt zu bummeln. Da fällt mir ein, daß mein Siebenjähriger heute um 12 Uhr aus der Schule kommt, und da ich gerade in ihrer Nähe bin, steuere ich auf sie los, um mit meinem Sproßling gemeinsam den Heimweg anzutreten.

Ich stehe einige Minuten die Nase durch das Gitter des Schulhofes und sehe den Atemübungen zu, die in ihrer Massenhaftigkeit und sorgfältigen Ausführung mein Interesse erregen. Dann ein Glockenzeichen, und aus der Turnhalle marschiert im Stachschritt und mit mehr Gebrüll als Gesang die VII O-Klasse und mit ihr mein Sohn dem Ausgange zu.

Trotz des mehr lauten als schönen Gesanges unterscheide ich zunächst nur einzelne Worte des Textes, wie „Soldaten sein... der Herr Offizier... Grenadier... Tambour und Pfeifer“. Aha, ein Soldatenlied, denke ich. Warum soll die Jugend nicht von Kampf und Streit, Sieg und Tod singen? Freilich, Herwegh, Villenron fallen mir ein, dazu unsere Forderung, die Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit.

Sie kommen näher und nun verstehe ich jedes Wort des Textes. Die die Grenadiere eines Leibregiments brüllt die kleine Schar:

Der Feind ist für Mädchen gut, wir brauchen das Gewehr, und kommt der Feind in seiner Wut an unsere Grenzen her, dann brauchen wir das Schwert nicht faul und schlagen ihn auf große Maul. Dann läuft er wie ein Hase.

Aber nicht nur den äußeren Feinden können sie blutige Rache; denn sie singen weiter:

So tut ein jeder seine Pflicht fürs liebe Vaterland, und wer's nicht tut und schämt sich nicht, dem ist es eine Schand. Der kommt uns nur nicht zu nah, wenn wir jetzt rufen mit Hurra: Der Kaiser Wilhelm lebe!

Und hinaus geht's auf die von der warmen Frühlingssonne freundlich beschienene Straße. Die kriegerische Stimmung ist verfloren; die Kindesnatur gewinnt wieder die Oberhand. Zwei haben am Rande des Bürgersteiges ein Topfloch entdeckt und spielen vor dem Nachhinein schnell noch eine Partie Rixdorfer. Ein anderer ruft seinem Freunde beim Abbiegen in eine Nebenstraße zu: Ich'n hübschen trapp, Raxe, und komm an die Revolver Ecke, wir wollen Pferd spielen!

Im Geiste sehe ich die kleine Schar schon, wie sie sich nachmittags auf dem Blase tummelt, wie sie den Trudelreifen schlägt, den Kreisel treibt oder auf ihren Rollschuhen läuft, alles Beschäftigungen, die mir einem Siebenjährigen bekömmlicher erscheinen als Franzosenfresserei und Sozialistenmord.

Aber nicht nur der Inhalt, sondern auch die Form der Nieder machte mich nachdenklich. Ich erinnerte mich der jahrzehntelangen Arbeit des Hamburger Prüfungsausschusses, der im Verein mit vielen anderen einen erbitterten und erfolgreichen Kampf, wenn auch nicht immer gegen den Schundinhalt, so doch gegen die Schundform unserer Jugendschriften führt, dachte auch daran, daß die „Jugendschriftenwarte“ regelmäßig wenigstens durch die Finger der Berliner Lehrerschaft geht.

Es liegt auch nicht der Mißgriff eines einzelnen vor, denn, wie ich erfuhr, wird das Lied seit Jahren in mehreren Klassen gesungen. Sollte sich unter den 16 und mehr Lehrern der Schule keiner finden, der den Schundcharakter der Nieder erkennt? Oder wird auch in der Schule wie vielerorts im Staate Preußen Schmutz in Gold verwandelt, dadurch, daß man ihn in Schwarz-weiß-rotes Papier wickelt? Und was sagen die Schulbehörden dazu?

Die Baugenossenschaft „Ideal“

hat ihre Kleinhausfiedelung in Orly wieder um einen neuen Gebäudelomplex vergrößert, der bis auf einen Teil der Innenarbeiten fertiggestellt ist und am 1. April bezogen wird. Die neuen Bauten bestehen aus einer zusammenhängenden Reihe von 10 Einfamilienhäusern mit je 3 Zimmern, Küche, Bad, Keller, Boden und Hausgarten sowie einem dreigeschossigen Eckhaus mit 10 Zweizimmer- und 5 Einzimmerwohnungen nebst Küche, Bad und Loggia, aber nur zum Teil mit Garten.

Ein Vergleich der Neubauten mit den bereits von 182 Familien bewohnten älteren Häusern läßt erkennen, daß die Baugenossenschaft bestrebt ist, in immer vollkommenerer Weise ihre Aufgabe zu lösen: Auf großstädtischem Baugelände, dessen hoher Preis durch das System der Mietskasernen bestimmt ist, Kleinhäuser zu errichten, in denen der Arbeiter gesunder, behaglicher und nicht teurer wohnt als in den großstädtischen Mietskasernen mit ihren mannigfachen Mängeln, welche die Erfahrungen, welche die Bauleitung sowie die Bewohner der zuerst aufgeführten Häuser gemacht haben, sind bei der Anlage der neuen Gebäude nutzbringend berücksichtigt worden. Infolgedessen konnten manche Fortschritte in bautechnischer Hinsicht sowie in der Ausnutzung des Raumes durchgeführt werden. Auch der künstlerischen Ausbildung der Architektur ist bei den Neubauten in hohem Maße Rechnung getragen. Ein Blick auf das dreigeschossige Eckhaus an der Eberstadt- und Pinski-Allee beweist das. Hier hat der leitende Architekt Carl Walders mit beherrschenden Mitteln eine vornehm-künstlerische Wirkung erzielt. Kein angelegter Schmutz, sondern lediglich eine gefällige Ausgestaltung der architektonischen Gliederung, die sich aus dem Zwecke des Gebäudes ergibt, rufte diese überraschende Wirkung hervor. Lauschige Erker und Loggien erhöhen die Behaglichkeit der Wohnräume.

Daß ein Unternehmen wie die Orlyer Kleinhausfiedelung mit mancherlei Schwierigkeiten, namentlich finanzieller Natur, zu kämpfen hat, ist selbstverständlich, besonders wenn man die seit Jahren gedrückte Lage des Geldmarktes berücksichtigt. Dazu kam für die Baugenossenschaft „Ideal“ noch ein anderer Umstand, der beim Abschluß des letzten Geschäftsjahres ihre Lage als kritisch erscheinen ließ. Ueber 400 Mitglieder hatten ihre Mitgliedschaft gekündigt. Die Rückzahlung der Geschäftsanteile der Auscheidenden bildet eine unerwartete Belastung des Etats des neuen Geschäftsjahres. Außerdem machte sich eine buchnmäßige Wenigerung notwendig, welche die Bilanz für das abgelaufene Geschäftsjahr ungünstig beeinflusste. Die frühere Geschäftsleitung hatte nämlich in gutem Glauben die für das letzte Quartal des alten Geschäftsjahres zu zahlenden Hypothekenzinsen, die aber erst zu Anfang des neuen Geschäftsjahres gezahlt wurden, nicht in des Passiven des alten, sondern des neuen Geschäftsjahres aufgeführt. Die jetzige Geschäftsleitung hielt es im Interesse einer übersichtlichen Bilanzstellung für notwendig, diese Zinsen immer unter den Passiven des alten Geschäftsjahres zu buchen. Deshalb mußten also beim diesmaligen Geschäftsabschluss die Zinsen nicht für vier, sondern für fünf Quartale auf die Passiven übernommen werden. Für diese nur einmal auftretende rein buchmäßige Mehrbelastung mußte Dedung geschaffen werden. Die Geschäftsleitung schlug deshalb vor, für das abgelaufene Geschäftsjahr keine Dividende zu verteilen und von den Geschäftsanteilen der Mitglieder 80 Proz. abzuziehen. Als die Sachlage durch die Veröffentlichung des Geschäftsberichts bekannt wurde, nahmen einige Tageszeitungen davon Notiz in einer Weise, die den Anschein erweckte, als ob die Geschäftsleitung der Baugenossenschaft eine recht ungünstige wäre. Inzwischen hat die Generalversammlung der Baugenossenschaft die Vorschläge der Geschäftsleitung einstimmig gebilligt. Dadurch ist die kritische Lage der Baugenossenschaft mit einem Schlage beseitigt worden. Die unmittelbare Folge dieser Sanierung war die, daß die Geschäftsleitung neue Kreditquellen erschließen konnte, wodurch eine gesunde Fortentwicklung der Baugenossenschaft gewährleistet wird. Den Mitgliedern konnte deshalb auch in Aussicht gestellt werden, daß ihnen die abgeschrieben 80 Proz. ihrer Anteile nach und nach wieder gut geschrieben werden, so daß diejenigen, welche der Baugenossenschaft treu bleiben, keinen Verlust zu befürchten haben.

Gegenwärtig sind auf dem Orlyer Gelände die Fundamentierungsarbeiten für einen neuen Baublock im Gange, der zum 1. Oktober fertiggestellt wird.

Aus den Kreisen der ausgeschiedenen Mitglieder sind uns verschiedentlich Klagen zugegangen darüber, daß beschlossen worden sei, die Rückzahlungsfrist der Guthaben anstatt in sechs Monaten, wie das bisher statutengemäß festgelegt war, erst in 12 Monaten zu bewirken. Ferner wird bemängelt, daß der Vorstand denjenigen, die bestimmt ihr Geld haben wollen, sich wohl bereit erklärt habe, bis zum 24. März die Hälfte der Guthaben zurückzugeben, wenn eine Erklärung unterschrieben wird des Inhalts, den Rest des Guthabens bis Ende September in der Kasse der Baugenossenschaft zu belassen. Die Beschwerdeführer sind der Ansicht, daß nach ihrem Austritte die Aenderung der Satzungsbestimmung nicht auf sie Anwendung finden könne. Im Interesse einer objektiven Würdigung haben wir geglaubt, auch die Meinung der Ausgeschiedenen wiedergeben zu sollen.

Eisenbahnverkehr nach Vororten.

Ueber den Ausbau der Vorortstrecken Vierzwerder - Prohnau (Nordbahn) und Tegeler - Wellen wird in der Begründung des Eisenbahnleihegesetzes folgendes ausgeführt: Die Notwendigkeit der Herstellung besonderer Vorortgleise auf der Nordbahn bis Oranienburg ist bereits früher dargelegt worden. Der Ausbau der Strecke bis Permsdorf ist auf

Grund der bewilligten Mittel bereits in Angriff genommen worden. Die Ueberlastung der Ferngleise und die betrieblichen Mängel, die sich aus der Abhängigkeit der Vorortzüge von den Fernzügen ergeben, machen die Durchführung der Vorortgleise zunächst die Vorkerforderlichkeit. Der Personen- und Güterverkehr auf der Hauptbahn mit Vorortverkehr Tegeler - Wellen steigt so, daß er in absehbarer Zeit auf einem Gleise nicht mehr bewältigt werden kann. Bei dem beschriebenen geplanten zweigleisigen Ausbau ist die ganze Strecke hochzulegen, weil dann aus Gründen des Betriebes, des Verkehrs und der Wirtschaftlichkeit Wegeübergänge in Schienenhöhe nicht mehr zulässig ist. Die Baukosten einschließlich Grundenerwerb sind vorläufig zu 17 400 000 M. ermittelt; der Ausbau selbst kann zurzeit noch zurückgestellt werden. Aus wirtschaftlichen Gründen ist es aber notwendig, einen Teil des Grunderwerbs baldigt durchzuführen, weil die später zu erweiternden Bahnhöfe durch die rasch fortschreitende Bebauung eingeengt werden und das von der Bahn berührte Gelände auch an anderen Stellen ständig im Werte steigt. Die Kosten des Grunderwerbs sind zu 5 000 000 M. veranschlagt, wovon zunächst 2 000 000 M. für dringliche Erwerbungen angefordert werden.

Ueber die Herstellung besonderer Verbindungsgleise zwischen den Stationen Jungfernheide und Fürstenbrunn des Berliner Nordbahns heißt es in der Begründung: Die Siemenswerke am Ronnenbamm bei Bahnhof Fürstenbrunn beschäftigen zurzeit etwa 24 000 Arbeiter und Angestellte. Diese Zahl wird infolge der Verlegung weiterer Geschäftszweige nach dort in Kürze noch wesentlich steigen. Weit über die Hälfte der Betriebsangehörigen wohnt in Charlottenburg und Berlin, namentlich im Verkehrsgebiet des Nordbahns und der Leichter Bahn, und benützt die Eisenbahn zur Fahrt nach und von der Arbeitstätte. Solange der Verkehr sich in mäßigen Grenzen hielt, war es möglich, die den Hauptverkehr anbringenden Nordbahnzüge bei Bahnhof Jungfernheide auf die Leichter Bahn zu leiten. Seit zwei Jahren aber mußte diese Maßnahme mit Rücksicht auf die Kreuzung von Fahrstrahlen aufgegeben werden. Damit sind den Ringzügen ankommenden Reisenden mühen nun, um nach Fürstenbrunn zu gelangen, in Jungfernheide oder Büttlichstraße auf die Züge der Leichter Bahn umsteigen. Dieser Uebergangsverkehr ist störend und nicht frei von Gefahren für die Reisenden, die sich während der Hauptverkehrszeiten zu Tausenden auf den Bahnsteigen drängen, um in den häufig vollbesetzten ankommenden Zügen nach Plätzen zu suchen. Der Umsteigeverkehr kann deshalb namentlich bei weiterer Verkehrssteigerung nicht mehr aufrecht erhalten werden. Um Abhilfe zu schaffen, sollen die Nordbahngleise über Jungfernheide hinaus bis Fürstenbrunn verlängert und in Fürstenbrunn Abteilgleise für die Wagenzüge des Massenverkehrs geschaffen werden. Damit wird zugleich für die Leichter Ferngleise, die Ringbahn nach Westend und die Bahnhöfe Westend, Charlottenburg und Brunowald die notwendige Entlastung eintreten. Die Kosten der Verbindungsgleise sind zu 5 900 000 M. veranschlagt. Die Strecke Lindenwalde - Jüterbog, die zweigleisig betrieben wird, soll viergleisig ausgebaut werden, weil diese Strecke täglich mit 234 Zügen belastet ist.

Arbeitszeit und Bemannungsvorschriften in der Dinnenschiffahrt.

Aus Anlaß der Bootkatastrophe bei Rügen haben wir einer Zuschrift aus Schifferkreisen Raum gegeben, in der auf die Lage der Schiffer, insbesondere auf die lange Arbeitszeit und auf die mangelhafte Ausführung der Bemannungsvorschriften hingewiesen wurde. Auf diese aus Mannschafskreisen kommenden Mitteilungen geht uns eine Zuschrift von einem Schiffsführer zu, die wir ebenfalls wiedergeben wollen. Es heißt darin u. a.:

Die hiesigen Schlepddampfer, welche den Schlepplienst zwischen Fürstenberg und Berlin vermitteln, machen im Monat zwei, höchstens drei Fahrten zwischen den beiden Orten. Nehmen wir drei Fahrten nach Fürstenberg a. O. und drei Fahrten Fürstenberg-Berlin an. Jede Fahrt dauert 18-20 Stunden für die ganze Strecke mit leeren Anhängern, für dieselbe Strecke mit beladenen Anhängern 25-28 Stunden. In den Schleusen wird gekleust das Winterhalbjahr früh von 5 bis abends 9 Uhr, im Sommerhalbjahr von 4 Uhr früh bis 10 Uhr abends. Also liegt in jeder Fahrt eine Nachtruhpause von fünf Stunden. Außerdem hat der Schiffsführer keine Pausen beim Durchschleusen der Fahrzeuge an den Schleusen; es kommen vier Pausen in Betracht, jede Pause dürfte eine Stunde betragen.

Rechnet man die Pausen der Durchschleusung mit zur Dienstzeit, so dürfte bei jeder Fahrt eine Arbeitszeit von 20 Stunden herauskommen: im ganzen Monat 6 x 20 = 120 solcher Arbeitsstunden.

Es liegen nun zwischen jeder Fahrt mehrere Tage, an denen das Schiff auf seine Schlepptour wartet, um wieder Schlepphanhang zu bekommen. An diesen Tagen ist die Schiffsmannschaft zwar nicht dienstfrei, jedoch kann jeder Mann für seine leiblichen und geistigen Bedürfnisse so viel tun, wie er will. Es besteht keine geregelte Arbeitszeit, auch ist auf solch' einem kleinen Schiff gar keine Arbeit vorhanden.

Was die Frage der Schiffsbesatzung betrifft, so schreibt die Polizeiverordnung bei Dampfern über 75 HP vier Mann Besatzung vor, bei Dampfern unter 75 HP drei Mann Besatzung. In der Schleppeinnahme sind aber beide Arten Dampfere fast gleich. Ausgeleitete Schiffsmannschaft kann gar nicht verwendet werden, da der Vorker des Dampfers noch nicht mal für die Vorkerlinge Arbeit hat, sondern die ganze Tätigkeit erstreckt sich nur auf Schiffswaschen, Los- und Festbinden sowie Schornsteinlegen; zur Vertretung des Schiffsführers wird er im allgemeinen gar nicht verwendet. Der Schiffsführer muß während der Fahrtzeit stets die Aufsicht über die Fahrt ausüben, er kann den jungen Menschen ans Ruder lassen, darf sich jedoch als umsichtiger Führer nicht allzuweit vom Steueruder entfernen.

Was die Gefahren auf dem Wasser betrifft, so heißt es in der Zuschrift ferner: „Auf den bei Berlin liegenden Gewässern tummeln sich im Sommer täglich sehr viele kleine Gondeln mit Personen, welche im allgemeinen nichts von der Quantierung solcher Boote verstehen, auch keine Ahnung haben, daß sie ins Fahrwasser der Dampfere mit Schlepplügen geraten. Dann werden sie kopflos und rudern öfters direkt in einen Schlepplügel hinein. Ich könnte hunderte solcher Fälle anführen, von denen ich Augenzeuge war.“

Zu dieser Darlegung ist zu bemerken, daß sie nicht im mindesten widerlegt, was in unserer ersten Veröffentlichung über die Arbeitszeit u. dgl. gesagt ist. Diese allgemeine Behauptung kann nicht durch einen Hinweis auf eine bestimmte kurze Strecke, wie in der obigen Zuschrift dargelegt ist, beseitigt werden. Ob es richtig ist, daß auf diesen Schiffen so wenig zu tun ist, wie mügeteilt, wissen wir nicht, es wird aber von bestimmter Seite bestritten. Wichtig ist der Hinweis auf das oft leichtfertige Rudern, aber das von uns bereits gestern das Richtige gesagt worden ist.

So wenig also im ganzen gegen die oben abgedruckten Darlegungen einzuwenden sein dürfte, so wenig sind sie geeignet, für das Weiterbestehen der ungeregelten, vielfach unmenschlich langen Arbeitszeit der Mannschaften Zeugnis abzulegen.

Dem Rügenider Bootunglück. Steuermann Volzenhagen und Bootsmann Valentin sind gestern mittig vom Untersuchungsrichte-

auf freien Fuß gesetzt worden. Vom Untersuchungsrichter wird angenommen, daß die Schuld des Zusammenstoßes auf beiden Seiten gelegen hat.

Es scheint aber auch an geeigneten Verordnungen für den Kurs der Fährer, für die Begegnung mit Schlepplügen und dergleichen gemangelt zu haben. Das Igl. Wasserbauamt ist jetzt damit beschäftigt, Bestimmungen auszuarbeiten, die für die Folge ein Unglück wie das letzte verhüten sollen. Die Vorschläge des Wasserbauamts werden dem Regierungspräsidenten in Potsdam überandt und sollen dann mit der Wirkung einer Polizeiverordnung veröffentlicht werden.

Vom städtischen Schlacht- und Viehhof.

Auf dem Schlacht- und Viehhof herrscht heute noch das gesetzlich unzulässige Trucksystem. Dieses System besteht darin, daß ein Teil der Meister ihre Gefellen zum Teil mit Schlachtabfällen ernährt und dazu führt, daß hier und da bessere Fleisch- und Fleischteile mitgenommen werden. Die Fleischer-Zunft verlangt nun von der Stadt, daß Personen, die wegen Diebstahls bestraft sind, das Betreten des Schlachthofes verboten wird. Im Kuratorium fragen unsere Genossen, ob dieses Verlangen auch auf Meister ausgebeugt werden soll, die sich das gleiche Delikt haben zu schulden kommen lassen. Eine Kontrolle, welche die Meister vor Diebstählen schützt, wird die Stadt erst dann üben können, wenn die Meister das skandalöse, ungesetzliche Trucksystem beseitigen. Bemerkenswert ist auch die Feststellung der Tatsache, daß auf dem Schlachthofe Lebende Schweine gestohlen worden sind, weil die Meister sich nicht genügend oder gar nicht um ihr gekauft Vieh kümmern.

Die Omnibusse mit Fünfpfennigsteilreden sind ein beliebtes und stark benutztes Beförderungsmittel. Um so unverständlicher ist es, daß einer ganzen Anzahl dieser Wagen noch alle Vorrichtungen fehlen, die den Passagieren bei dem Ein- und Aussteigen einen Halt bieten. Täglich kann man in derartigen Wagen beobachten, wie sehr solche Vorrichtungen vermehrt werden. Instinktiv fassen die Hände der Kommenden und Gehenden bei den Schwankungen des Wagens nach der Decke, oder sie suchen an den Lehnen der Bänke einen Halt. Aber überall finden sie nur glatte Flächen, und die Folge ist, daß die Mitfahrenden Büsse und Stöße abbekommen. Das Anbringen einiger Messingstangen an den Decken der Wagen und auf den Lehnen der Bänke verursacht doch wahrhaftig nur geringfügige Kosten. Die Direktion der Omnibusgesellschaft möge deshalb schleunigst das beim Bau der Wagen Versäumte nachholen.

Vermißte Kinder.

Das Verschwinden zweier Kinder harret noch der Aufklärung. Es handelt sich um den zehnjährigen Sohn des Arbeiters Gladow vom Kottbuser Damm 3 und die 7½ Jahre alte Tochter Margarethe des Schlossers Kuske aus der Behringstraße 12 zu Treptow-Baum- schulenweg. Der kleine Gladow ist am vergangenen Sonntag von einem Ausflug der Schülerabteilung der Turnerschaft nach Straus- berg-Höhenfließ verschwunden. Die Nachforschungen nach dem Knaben sind seitdem in großem Umfang jeden Tag betrieben worden. Die Turnlehrer, Kriminalbeamte und Einwohner der Gegend, der Vater und andere Angehörige haben, zum Teil mit Spür- hunden, das ganze Gelände mit allen Waldungen im weiten Umkreise und auch den Strausberger See mit einem Motorboot sorgfältig abgesehen, aber keine Spur von dem vermißten Knaben gefunden. Es ist kaum anzunehmen, daß der Vermißte verunglückt sei oder planlos im Wald umherirre, vielmehr rechnet man jetzt eher damit, daß er zu unlauteren Zwecken verschleppt worden ist.

Ebenso liegt es wohl bei Margarethe Kuske, die am 21. d. M. von ihrer Mutter abends zum Einholen ausgesandt wurde. Hier ist der mutmaßliche Verschlepper auch gesehen worden. Es ist ein Mann, der sich nach Bekundung mehrerer Zeugen auf dem Wochen- markt an der Baumjulenstraße und in dessen Nähe wiederholt aufhielt. Seine Mädchen durch Versprechen von Geschenken an sich lockte und mitunter bis in die Läden hinein, die sie aufsuchten, verfolgte. Mit diesem Manne hat man die kleine Kuske abends um 8½ Uhr auf dem Heimweg vom Einholen noch zusammen gesehen. Seitdem fehlt von ihr jede Spur, und auch der Mann ist seit dem Abend in der Gegend nicht mehr aufgetreten und auch sonst bisher nicht mehr zum Vorschein gekommen. Alle Nach- forschungen sind auch in diesem Falle bisher erfolglos geblieben. Der mutmaßliche Verschlepper ist ein Mann von etwa 30 bis 35 Jahren, mittelgroß und unterseht. Die meisten Leute haben ihn sich nur oberflächlich angesehen. Nach übereinstimmender Be- scheinigung hat er einen starken blonden Schurzbart und ein blaßes Gesicht. Er trug einen dunklen Paletot, einen schwarzen, steifen Hut und weiße Wäsche. Das vermißte Mädchen ist ein kräftig entwickeltes hübsches Kind, etwa 1,30 Meter groß. Es hat blondes

Haar, blaue Augen und ein frisches rundes Gesicht und trug zuletzt ein rotes Cheviotkleid, schwarze Strümpfe und braune halbe Spangenschuhe.

Beisetzung eines Opfers der Köpenicker Bootskatastrophe.

Auf dem Köpenicker Friedhof fand am Freitag nachmittag um 3 Uhr unter großer Beteiligung der Bevölkerung die Beerdigung des der dortigen Bootskatastrophe zum Opfer gefallenen Fräulein Margarete Gildenspennig aus der Stubenrauchstraße statt, des erst 29 Jahre alten jungen Mädchens, dessen tragisches Schicksal es gefügt hat, daß es an seinem Geburtstag und kurz vor der Verlobung den Tod in den Fluten finden mußte. Vom Trauerhause in der Dammvorstadt aus, wo der mit Blumen und Kränzen bedeckte Sarg aufgebahrt war, wurde die Leiche in feierlichem Zuge unter Vorantritt der Stadtkapelle mit Trauermärschen zum Friedhof geleitet. Vertreter der Chemischen Fabrik Spindlersfeld und Abordnungen von Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen des Stabissements schritten hinter den tief gebeugten Angehörigen. Pastor Wolf-Köpenick hielt eine zu Herzen gehende Trauerrede; dann wurde der Sarg unter Choralmusik mit Gebet und Segen in die Gruft gesenkt.

Am heutigen Sonabend nachmittag um 5½ Uhr wird die Beerdigung der übrigen Opfer des Unglücks erfolgen. Hierbei werden die städtischen Behörden der Nachbarstadt und die Fabrik Spindlersfeld durch Abordnungen vertreten sein. Die Toten werden auf dem Köpenicker Friedhof bis auf Fräulein Elise Kucklinat in einem gemeinsamen Grabe die letzte Ruhestätte finden. Fräulein K. wird auf demselben Friedhof, jedoch auf Wunsch ihrer Angehörigen, an besonderer Stelle beigesetzt. — Ueber die Beisetzung der Frau Martha Steinhaus aus Friedrichshagen, deren Leiche bisher noch nicht von der Staatsanwaltschaft freigegeben worden war, ist endgültige Bestimmung noch nicht getroffen worden. Auch sie wird jedoch aller Voraussicht nach in dem Köpenicker Massen- grab ebenfalls ihre Ruhestätte finden. Erwähnt sei, daß die Verstorbene, welche im Alter von 56 Jahren gestanden hat, eine 88 Jahre alte Mutter hinterläßt, die in der Tochter die einzige Stütze verloren hat.

Zusammenstoß zweier Straßenbahnzüge.

Ein Zusammenstoß zweier Straßenbahnzüge, durch den eine längere Verkehrsstörung eintrat, ereignete sich am gestrigen Freitag mittag gegen 1¼ Uhr an der Ecke der Veilmer und Hermann- straße in Neudöln. Der Fahrer Sigelkow, der den aus einem Motor- und Anhängewagen bestehenden Zug der Linie 58 führte, fuhr über die Straßenkreuzung und wurde von dem Motorwagen Nr. 1368 der Linie 15 angefahren. Bei dem Zusammenstoß ent- gliederte der Motorwagen Nr. 1368 und prallte gegen einen Gas- handelwagen, der umbrach. An dem Motorwagen wurde die Kuppe- lung, an dem Anhängewagen 2663 der Vorderpetron beschädigt. Nach dem Zusammenstoß meldeten sich fünf Personen, die über innerliche Schmerzen klagten und sich in ihre Wohnungen begaben. Die meisten dürften einen Verbrennung erlitten haben. Die durch den Zusammenstoß eingetretene Störung des Straßenbahnverkehrs dauerte etwa 20 Minuten. Der Verkehr der Wagen nach Neu- döln wurde durch die Bismarckstraße, in der Richtung nach Berlin durch die Fulda- und Kaiser-Friedrich-Straße aufrecht gehalten.

Fabrikbrand in der Köpenicker Straße. Gestern abend kurz nach 7 Uhr wurden zwei Löschzüge der Berliner Feuerwehr nach der Köpenicker Straße 115 gerufen, wo im dritten Stock des vierten Quergebüdes ein großer Fabrikraum der Fabrik für Schußcreme und Bedarfsvervielfachungsmittel von Urban u. Bösch, G. m. b. H., in Flammen stand. Das Feuer fand an den Waren- vorräten reichliche Nahrung und bedrohte auch die benachbarten Fabrikbetriebe. Die Wehr gab deshalb aus vier Schlauch- leitungen Wasser, die von Dampfstrahlen gespeist wurden. Der Löschangriff wurde anfangs durch eine starke Rauchschwübelung sehr erschwert, so daß schließlich auch ein Rauchschuttpapparat in Benutzung genommen werden mußte. Obgleich enorme Wasser- mengen verspritzt wurden, konnte doch nicht verhindert werden, daß der Fabrikraum zum größten Teil abbrannte. Ueber die Ursache des Feuers ist nichts ermittelt, da es erst nach Geschäfts- schluß zum Ausbruch kam. Die vollständige Abföschung mit den Aufräumungsarbeiten zog sich bis in die Nachtstunden hin.

Die Flugvorführungen Pogodis werden heute nachmittag 4¼ Uhr und am morgigen Sonntagnachmittag in Johannisbad erfolgen.

Die Geschäftsstelle des Deutschen Arbeiter-Mandolinistenbundes befindet sich vom 1. April ab Graudenzter Str. 9, 1 Treppe, bei Robert Nieger.

Die nächste Märchenvorlesung in der öffentlichen Vefehalle der Deutschen Gesellschaft für ethnische Kultur, Rungestr. 25, findet am Sonntag, den 29. d. M., nachmittag von 4-5 Uhr statt. Der Eintritt ist frei. Kinder und Eltern willkommen.

Zeugen gesucht. Personen, welche gesehen haben, wie eine kranke Frau am Donnerstag, den 26. Februar, mittags 11 Uhr 41 Minuten auf Bahnhof Schönhauser Allee, beim Besteigen des Nordringes da- durch verunglückte, daß der Zug sich zu früh in Bewegung setzte, werden gebeten, ihre Adresse an Drejerer, Rigarengeßchaft, Widert- straße 155, ev. telephonisch Amt Norden 10 009, zu geben.

Aus aller Welt.

Einsturzkatastrophe an der Nordseeschleuse.

Beim Abmontieren einer Seilbahn, die bei Bruns- bütteleoog die neue Nordseeschleuse überspannt, ereignete sich Freitag vormittag ein schwerer Unfall, dem fünf Ar- beiter zum Opfer gefallen sind. Als ein mit einer Anzahl Arbeiter besetzter Laufwagen sich gerade über der Schleuse be- fand, gab ein Stützbock nach und alle Arbeiter fielen ins Wasser. Unglücklicherweise stürzte der eiserne Stütz- bock gerade in der Richtung der Arbeiter. Fünf Verunglückte wurden als Leichen geborgen, außerdem sind drei Ar- beiter schwer und zwei Arbeiter leicht verletzt. Auf welche Gründe das Eintreten des Trägers zurückzuführen ist, kann im Augenblick nicht gesagt werden; eine Untersuchung ist eingeleitet.

Untergang eines französischen Dampfers.

Benige Meilen von seinem Bestimmungshafen entfernt ist der französische Dampfer St. Paul an der südöstlichen Küste Australiens auf einen Felsen gelaufen und gesunken. Der Dampfer befand sich, wie ein Telegramm des Logds meldet, auf einer Fahrt nach Sydney und wollte den Hafen von Brisbane anlaufen. Bei der Einfahrt in den Hafen lief er auf einen Felsen auf, der den Schiffsboden so schwer beschädigte, daß der Dampfer nach kurzer Zeit sank. Achtzehn Personen sind er- trunken, elf Ueberlebende wurden durch einen Lotsendampfer gerettet.

Arbeiterunruhen in Petersburg.

In der russisch-amerikanischen Gummifabrik von Treu- golin in Petersburg, wo viele Arbeiter und Ar- beiterinnen infolge von Benzindämpfen an Vergiftungs- erkrankungen erkrankt sind, ist es zu Unruhen ge- kommen, die am Freitag in mehreren Kundgebungsversuchen ihren Ausdruck fanden. Die Arbeiter bewarfen die Polizei, welche die Menge zerstreuen wollte, mit Steinen und ver- wundeten vier Polizeibeamte.

Banditenwesen in Rußland.

Durch einen Ueberfall auf die Postanstalt der sibirischen Stadt Kowotischerlask werden wieder einmal die russischen Sicher- heitszustände trefflich illustriert. Zehn bewaffnete Ban- diten überfielen am hellen Tage die Postanstalt und versuchten die Kasse, in der sich zurzeit 100 000 Rubel befanden, aus- zurauben. Sie festelten die Postbeamten und machten sich an die Arbeit. Ihr Treiben wurde jedoch von Privatleuten bemerkt, die die Polizei alarmierten. Zwischen den zur Hilfe eilenden Poli- zisten und den Banditen entspann sich ein heftiger Kampf, in dessen Verlauf zwei Polizisten getötet wurden. Es ge- lang den Banditen zu entkommen.

Schwere Stürme an der atlantischen Küste.

Seit einigen Tagen wüthen an der französischen Küste ganz außerordentlich schwere Stürme. Aus allen Hafenstädten kommen Nachrichten über Schiffskatastrophen.

Der Transportdampfer „Maipu“ mit 106 Mann Besatzung meldete gestern nach Vrest, daß er sich infolge Maschinenavarie in großer Gefahr befinde. Ein deutscher und ein englischer Dampfer sind sofort zur Unterstützung abgegangen. Ueber dreißig Menschen sind in den verschiedenen Orten beim Sinken von Fischerbooten ums Leben gekommen. Der Material- schaden in den Häfen selbst ist sehr bedeutend.

Kleine Notizen.

Grubenunfall im Ruhrgebiet. Auf der Zeche „Johann Deimels- berg“ in Steele stieg Freitagmorgen ein mit drei Berg- leuten besetzter Förderkorb so heftig auf die Sohle auf, daß die Insassen herausgeschleudert wurden. Ein Bergmann wurde ge- tötet, die beiden anderen schwer verletzt.

Gerüstensturz. Freitag nachmittag stürzte in Heidelberg ein Holzgerüst einer im Bau befindlichen Brücke ein und begrub acht Arbeiter unter sich. Ein 27 Jahre alter Arbeiter wurde tot unter den Trümmern herbeigezogen, während die anderen sieben schwere Verletzungen erlitten. Das Unglück ist auf das Rutschen eines Querbalkens zurückzuführen.

Stiller

Gegr.
1867



Zentrale: C., Jerusalemer Str. 32-35

Potsdamer Straße Nr. 2	Oranien - Straße Nr. 161
Tauentzien-Straße 19a	Gr. Frankfurter Str. 123
Tauentzien-Straße 7b	Chaussee-Straße 114-115
Friedrich-Straße Nr. 75	Schöneberg, Haupt-Str. 146
König-Straße Nr. 25-26	Neukölln, Berg-Straße 25
Rosenthaler Straße Nr. 5	Charl., Wilmersdorfer Straße 45

Sweigniederlassungen: Magdeburg · Halle · Cassel
Hamburg · Lübeck · Rostock · Danzig · Königsberg
Posen · Bromberg · Götting

Alein-Verkaufs-Stellen an vielen anderen Plätzen.

Die letzten Moden

finden Sie bei uns zuerst vertreten. Wir studie- ren und beobachten alle Mode-Erscheinungen des In- und Auslandes. Ein Besuch wird Sie von der Vielseitigkeit unserer Waren überraschen

Stiefel mit feinfarbigem Chevreaux-Ledereinsätzen grau, beige und braun für Damen und Herren.

Interessante Damen-Halbschuh-Neuheiten
Kinder-Stiefel in reizenden Ausführungen

Hauptpreislagen für moderne Damen- und Herren-Stiefel

8⁷⁵ 10⁵⁰ 12⁵⁰ 14⁵⁰ 16⁵⁰

Wahlverein Friedenau.
Unser allberechtigter Genosse
Emma Töle
zu ihrem 90. Geburtstag die
berzlichsten Glückwünsche!
Die Genossinnen u. Genossen
des Ortes.

Zur Silberhochzeit unserer
Genossen
Möble und seiner Gattin
die herzlichste Gratulation.
Die Mitglieder des 105. Bezirks.

Todes-Anzeigen

**Kranken-, Sterbe- und Zuschuß-
kasse für männliche Personen
aller Berufe Groß-Berlin.**
Am Mittwoch, den 25. März,
verstarb das Mitglied
Gustav Gause.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 30. März, nach-
mittags 4 Uhr, auf dem Geli-
senau-Kirchhof in Nordend statt.
294/4 Der Vorstand.

**Verband der Buch- und Stein-
druckerei- Hilfsarbeiter
und Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.**
Am 28. März verstarb nach
kurzem Krankenlager unser Mit-
glied
Fritz Grosser
im Alter von 37 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 28. März, mittags
12 Uhr, vom Trauerhause aus
auf dem städtischen Friedhof,
Röhler- und Seelitz-Gräber.
27/10 Die Ortsverwaltung.

Am 26. März verschied sanft
nach kurzer Krankheit unser lieber
Onkel, der Tischler 14596
Gustav Krafft
im 86. Lebensjahre.
Um stille Beileid bitten
Paul Thomas und Frau
geb. Herbst
Budower Straße 6.
Die Beerdigung findet am
30. März, nachm. 4 1/2 Uhr, von
der Halle des neuen Luise-nt-
Kirchhofes aus statt.

Mit allen Bekannten zur
Nachricht, daß mein lieber Vater,
unser guter Vater, Schwieger-
vater und Großvater, der Konditor
Emil Vogel
im Alter von 60 Jahren nach
langem Leiden verstorben ist.
Um stille Teilnahme bitten die
Hinterbliebenen
Minna Vogel
nebst Kindern, Enkeln und
Schwiegerkindern.
Die Beerdigung findet morgen
Sonntag, nachmittags 4 Uhr, auf
dem Kirchhof der Zion-Gemeinde
in Nordend statt. 14656

Deutscher Buchhändler-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern die traurige
Nachricht, daß unsere Kollegin
Hedwig Marschalleck
nach kurzem Leiden verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonn-
abend, den 29. März, nach-
mittags 4 Uhr, auf dem Fried-
hof Pantow, Kirchhof 3, Schön-
holz, statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
33/12 Die Ortsverwaltung.

Möbel-Gross
gibt 1 eleganten Teppich gratis!
Mit 15 Mark Anzahlung und kleinster
Abzahlung liefere Stube und Küche.
Einzel-Möbel mit 3 Mark Anzahlung.
Möbel-Kredithaus Frankfurter Tor
Große Frankfurter Straße 1.
Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit.
Insarat mitbringen! Wert 5-10 Mark.
Sonntags geöffnet.

Durch das Ableben meines ersten Hausdieners
Herrn Karl Meyer
habe ich einen sehr schmerzlichen Verlust erlitten. — Mit
größerer Liebe und Interesse war er 38 Jahre lang erst für
meinen Vater, dann für mich tätig, ein Vorbild des Fleißes
und treuester Pflichterfüllung. — Ehre seinem Andenken.
Berlin, 26. März 1914.
Hans Sprinz, in Firma: A. Marcuse & Co.

Am 25. März verschied plötzlich unser erster Hausdiener
Herr Karl Meyer
im Alter von 60 Jahren.
38 Jahre lang war der Verblichene in unermüdetlicher Arbeit
und Treue für unsere Firma tätig.
Das Andenken dieses pflichterfüllten Mannes wird uns
unvergesslich sein.
Berlin, 26. März 1914.
Das Personal der Firma A. Marcuse & Co.
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 29. März,
nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des St. Thomas-Kirchhofes
in Neukölln, Hermannstraße, aus statt.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meiner
lieben Frau, unserer guten Mutter,
Schwieger- und Großmutter
Anna Crispian geb. Lobitz
sagen wir allen Verwandten, Freunden
und Bekannten unseren herzlichsten
Dank. 10224
Hermann Crispian
nebst Kindern.

**Kaufmännische Kranken- u.
Sterbekasse von 1885 (Ver-
sicherungsverein a. Gegenf.)**
Geschäftsstelle SO. 16 Reanderstr. 4.
General-Versammlung
am Montag, den 27. April er.,
abends 8 1/2 Uhr, in den Kränhallen,
Kommandantenstr. 58/59.
Tagesordnung:
1. Jahres- und Kassenbericht.
2. Bericht des Aufsichtsrats und
Entlastung des Vorstandes.
3. Festsetzung der Entschädigung für
die Vorstands- und Aufsichtsrats-
mitglieder.
4. Anträge laut §§ 29 und 35 der
Satzungen. 294/3*
5. Beschlüsse.
Aufnahmapapiere, Auskünfte durch
die Geschäftsstelle, Reanderstr. 4.
Hugust Wehn, Vorsitzender.
Wilhelm Böcker, Kassierer.

**Ortskrankenkasse
der Buchbinder und verw.
Gewerbe in Berlin.**
Auf unser Wahlzettel vom
28. Februar d. J., betreffend die
Wahl der Vorstandsmitglieder aus
den Gruppen der Arbeiter und
der Buchbinder, in welchen auch zur
Eingetragenen von Vorschlagslisten auf-
gefordert wurde, sind seitens der
Arbeitgeber sowohl wie der Ver-
sicherten nur je eine Liste eingereicht,
und sind diese Listen vom Vorstand
der Kasse gemäß § 9 der Wahl-
ordnung als gültig anerkannt und
die darin bezeichneten Personen
als gewählt betrachtet. Die auf den
31. März d. J. anberaumten Wahlen
finden daher nicht statt.
Als gewählt gelten folgende Per-
sonen:
Aus der Gruppe der
Arbeitgeber: **Vorsichtoren:**
Paul Grohmann, Rich. Bürgberger,
Hermann Haubold, Karl Gottschmann,
Bruno Wilschke, Friedrich Keefe,
Lugo Gehe, Bruno Sommer,
Paul Hauptmann,
Anna Friedrich,
Karl Klappenbach,
Otto Röll.
Einsprüche gegen die Wahl sind
bis zum 30. April beim Kassenvorstand
oder beim Versicherungsamt der
Stadt Berlin anzubringen.
Berlin, den 28. März 1914.
K. Gottesmann, Vorsitzender.
F. Koese, Schriftführer.
271/1

Bruchbandagen
Leibbinden, Geradenhalter,
Irrigateure, Spritzen etc.,
Suspensorien, sowie
alle Artikel z. Krankenpflege
empfehlen
Fabrikant Pollmann,
jetzt Berlin N., Lothringstr. 60.
Eigene Werkstatt. Lieferant für
Krankenkassen. Fachgem. Bedienung.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme sowie die zahlreichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Vaters und Vaters
Fritz Fredrich
sagen wir allen Freunden und Be-
kanten sowie den Kollegen der
Brauereien Pakenhofer und Engel-
hardt unseren besten Dank. 14606
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meiner
lieben unermüdetlichen Frau sage ich
allen Verwandten, Freunden und
Bekanten, sowie der Firma S. Feder
und den Herren Einfassern von
der Filiale Rotbuhler Damm, meinen
innigsten Dank. 14535
Fritz Brehme nebst Hinterbliebenen.

Pfingstreise nach Oberitalien.
Vom Deutschen Metallarbeiterverband Stuttgart wird
über Pfingsten eine sechstägige Reise ab Stuttgart nach
Oberitalien veranstaltet, an der sich auch Mitglieder anderer Organi-
sationen beteiligen können. Im Reisekosten werden pro Teilnehmer für
Fahrt 3. Klasse mit Sonderzügen, für die Schiffsahrt auf dem Lago
maggiore, Luganer- und Comer-See, für Fahrt auf dem Monte Generoso,
für Logement in guten Hotels mit Frühstück, Mittag- und Abendessen inkl.
Wein, Führung und Trinkgelder insgesamt **75.00 M.** erhoben.
Die Reise beginnt am 31. Mai früh in Stuttgart, geht über Schaff-
hausen—Jülich—Gothard nach Pallanza am Lago maggiore. Nach zwei
Tagen beginnt eine Rundreise auf allen drei Seen, bei der in Lugano
oder auf dem Monte Generoso übernachtet wird. Die Rückfahrt erfolgt
über Sion—Büschberg—Luzern—Luzern und endet am 4. Juni abends
in Stuttgart.
Teilnehmer müssen bei der Anmeldung den Betrag von 3 R. zu den
Reisekosten anzahlen, die Reisekosten sind bis längstens 10. Mai zu ent-
richten. Da nur eine bestimmte Anzahl von Teilnehmern zugelassen wird,
ist baldige Anmeldung an die Geschäftsstelle in Stuttgart, Ranzel-
straße 33, erforderlich. 115/10

Westmann
Mohrenstrasse 37a (Ecke Kolonnaden)
Gr. Frankfurter Str 115 (nahe Andreasstr.)
**Für den Osterbedarf zu
ermässigten Preisen.**

Kostüme	Mäntel
Blaue Kammgarn . . . von M. 15 — an Blusen-Fassons . . . von M. 18 — an Schwarz-weiß . . . von M. 21 — an Seiden-Kostüme . . . von M. 36 — an Modelle . . . von M. 50 — bis 150 — Kleider . . . von M. 12 — bis 185 —	Tuchmäntel . . . von M. 18 — an Sportjacken . . . von M. 8 — an Molte-Bhosen . . . von M. 15 — an Seiden-Mäntel . . . von M. 27 — an Modelle . . . von M. 36 — bis 136 — Röcke u. Blusen von 3 — bis 136 —

Eigene Fabrikation. Alle Größen vorrätig.

Winter-Konfektion
Püschmäntel 33. — bis 100. — sonst 70. — bis 250. —
Ulster . . . 8. — bis 45. — sonst 24. — bis 132. —
Pelzmäntel 100. — bis 500. — sonst 300. — bis 1300. —
Sonntag geöffnet 12—2 Uhr.

Oskar Wollburg
56-57 Brunnenstrasse 56-57
Frühjahrs-Kostüme
aus modernen Karrieren und einfarbigen Stoffen in nur
schönen Fassons

14 ⁵⁰	22 ⁰⁰	35 ⁰⁰	48 ⁰⁰ M.
------------------	------------------	------------------	---------------------

Sportjacken u. Uebergangsmäntel
schwarz und farbig, auch 1/2 lang,
8⁵⁰ 13⁷⁵ 24⁰⁰ M.

Mädchenmäntel u. Kleider
in entzückenden Neuheiten.

Nur eigene Fabrikation, kein Zwischenhandel,
daher Auswahl und Preise unvergleichlich.
Auch fachkundige Bedienung, so daß jeder
Nichtkennner vor Uebervorteilung geschützt wird.
Änderungen sofort und gratis.
Auf Wunsch Maßanfertigung.
Großes Stofflager.

Sport-Jacke M. 8.50 Kostüm M. 24.75

**Lichterfelder Kranken- und
Sterbekasse für sämtliche
Berufsweige (Ersatzkasse).**
Gemäß §§ 87/88 der Kassensatzung
bringen wir hierdurch zur Kenntnis,
daß die
General-Versammlung
für das Jahr 1914
am Sonntag, den 24. Mai 1914,
vormittags 9 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus zu Berlin,
Engelauer 15,
stattfindet.
Die Generalversammlung hat sich
mit der Abnahme der Jahresrechnung,
der Entlastung des Vorstandes, der
Wahl der Kassensatzung, mit An-
trägen zur Kassensatzung und Be-
schwerden von Mitgliedern usw. zu
beschäftigen.
Die Abgesonderten werden durch
besondere Einladungen benachrichtigt.
Gleichzeitig wird hierdurch bekannt
gemacht, daß als Vorsitzender der
Aufsichtsrats (§ 33), Herr Otto
3 h i e, Berlin - Steglitz, Schloß-
straße 104, gewählt worden ist.
270/19 Der Vorstand.

Heideschloß Hohenbünde
zum
„Gutenberg“
Schönster
Ausflugsort
für
Vereine
usw.
Stat. Erkner
Romantisch
an Spree u.
Wald geleg.
Sommer-
Wohnungen
Eigene Motorbootverbindung mit Erkner
Besitzer Alb. Lehmann.
Kartoffeltag Fr. Blut- u. Leberwurst

Sohlleder,
im Aufschnitt und Gruppen la
offertiert **A. Schlesinger,**
45/10 Prinzenstraße 73.
Achtung!
6-700 Anzüge sowie
getragene
Sommerpaletots u. Älster
Monatgarderobe
in feinsten Stoffen Berlin
gearbeitet, teils auf Seide, für
jede Figur passend, verkauft zu
äußerst billigen Preisen
Nathan Wand
129 Stalder Str. 129.
Hochbahnhofs-Kaufhaus.
Bitte im eigenen Interesse auf
Hausnummer zu achten.
Wb. II: Neue Garderobe.

Spezialarzt
Dr. med. Wockensuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage).
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Mäßige Preise.
Sprechst. v. 8-8, Sonntags 9-11

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69, Laden
Wichtig
für jeden preußischen
Steuerzahler
Führer
durch das preußische
Einkommensteuer-Gesetz
Vom
Arbeitersekretär Rud. Wissell
mit 19 Tabellen
für Rechner.
Preis 30 Pf.

Möbel-Cohn
1. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 58 | 2. Geschäft: Grüner Weg 109
Bitte, genau auf meine Hausnummern zu achten!

Möbel auf Kredit

Riesen-Auswahl

Stube und Küche	2 Stuben und Küche	Modern. Einrichtung
2 Bettstellen 1 Kleiderschrank 1 Spiegel 1 Spiegelgondel 1 Tisch, 2 Stühle 1 Küchenschrank 1 Küchentisch 1 Küchenstuhl 1 Küchenrahmen	2 Bettstellen 2 Matratzen 1 Waschtollette 1 Kleiderschrank 1 Wäschespind 1 Trumeau 1 Sofa, 1 Tisch 4 Stühle und 1 farbige Küche	1 mod. Kleid.-Schrank 1 mod. Vertiko 2 engl. Bettstell. 2 Matratzen 1 Waschtollette 2 Nachtschränke 1 Pl.-Sofa, 1 Umb. 1 Tisch, 4 Stühle 1 md. farb. Küche
von 15 Mark	von 35 Mark	von 45 Mark
Anzahlung an Wochenrate 1.50 M. an	Anzahlung an Wochenrate 2-3 M. an	Anzahlung an Wochenrate 3-4 M. an

Moderne Herren-, Speise-, Schlaf- und Wohnzimmer
in jeder gewünschten Art von 40 Mark Anzahlung an.
Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an.
Liefere auch auswärts. Abzahlung ganz nach Wunsch.
Käufer einer Wohnungs-Einrichtung erhält einen eleganten Teppich gratis,
Insarat mitbringen! Wert 5 M. Sonntags 12-2 geöffnet.

Größte Rücksicht bei Krankheit u. Arbeitslosigkeit

Central-Haus Jägerstr. 13 I.
Conc. Leihhaus
Von Kavalieren wenig getragene sowie in Versatz gewesene
Jacketanzüge, Rockanzüge, Paletots u. Ulster, 12, 15,
18, 20, 25 bis 36 M., Prima, Ferner Gelegenheitskäufe in
neuer Maßgarderobe enorm billig. Riesenposten Kostüme
und Damen-Mäntel, auf Seide, enorm billig. Extraangebot
in Lombard gewesener Brillanten, Uhren und Goldwaren zu
enorm billigen Preisen.
„Vorwärts“-Leser erhalten 10 Proz. extra.

Extra-Angebot!! MÖBEL-Beiser

2 Minuten vom Untergrundbahnhof Schönhauser Tor. Lothringer Strasse 67 2 Minuten vom Untergrundbahnhof Schönhauser Tor.

Stube u. Küche	Anzahl.	2 Stuben u. Küche	Anzahl.	2 Stuben und Küche	Anzahlung	1 modernes Schlafzimmer	Anzahlung	Modernes Schlafzimmer	Anzahlung
bestehend aus: 2 Bettstellen 1 Tisch 2 Matratzen mit 2 Stühlen 2 Kellkissen 1 Küchenschrank 1 Kleiderschr. 1 Küchentisch 1 Spiegel 1 Küchenstuhl 1 Spiegelspd. 1 Küchenrahmen	10	In moderner Ausführung 1 Kleiderschr. 1 Trumeau 1 Wäschespind 1 Sofa 1 Waschtollette 1 Tisch 2 Bettstellen 4 Stühlen u. 2 Matratzen mit 1 farb. kompl. Kissen Küche	20	In Nussbaum u. moderner Ausführung 1 mod. Kleiderschr. 1 Pilschsofa 1 modernes Vertiko 1 modern. Umbau 2 engl. Bettstellen 1 Tisch 4 Stühle 2 Matratzen 1 moderne, kompl. 1 Waschtollette 1 farbige Küche 2 Nachtschränke	45	1 Ankleidschr. 1 Waschkommode m. Marm. 2 Bettstellen 1 Anschraubspiegel 2 Matratzen 1 Handtuchständer 2 Kellkissen 1 Handtuchständer 2 Stühle	25	Modernes Wohnzimmer Modernes Speisezimmer Modernes Herrenzimmer	40 60
Wochenrate 1.50 M. Mark		Wochenrate 2.00 M. Mark		Wochenrate 3.00 M. Mark		Wochenrate 2.50 M. Mark		Wochenrate 4 M. Mark	

Sämtliche in diesem Inserat angeführten Gegenstände werden auch tatsächlich bei der angegebenen Anzahlung verabfolgt!

Möbel ohne jegliche Anzahlung!

gabe an meine ausbezahlten Kunden sowie Beamten.

Einzelne Möbelstücke sowie farbige Küchen

In moderner Ausführung Wochenrate **1 Mark** an

Teppiche, Dekorationsgegenstände ohne Anzahlung!
in grosser Auswahl

Lieferung auch nach auswärts.

Sonntag von 12-2 Uhr geöffnet.

Eine richtige Einkaufsquelle, wo Sie
gute Möbel
erhalten, ist schwierig zu finden. Besonders
auch auf Teilzahlung
müssen Sie unbedingt genau darauf achten,
ohne Übervorteilung
bedient zu werden. Bei ruhiger Überlegung
kaufen Sie
nur dort, wo allein Möbel geführt werden, denn
sicher nur im
fachmännischen Einkauf, der Ihnen in einem
Möbel-Spezial-Haus
gewährleistet wird, liegt der Vorteil für Sie!

Siegmund Misch

1. Geschäft: Schönhauser Allee 6-7
(Untergrundbahnhof Schönhauser Tor)
2. Geschäft: Dresdener Straße 16
(Hochbahnhof Kottbuser Tor)

Möbel auf Kredit

Spezialität:
1- u. 2-Zimmer-Einrichtungen
Farbige Küchen und Polsterwaren
Einzelne Möbelstücke
Anzahlung schon von 5 Mark an.
F. & H. Schmidt, Petersburger Str. 23,
erste Etage.

Inserat mitbringen! Wert 5 M.

Eleg. Frühjahrsmoden
für Herren und Damen.

Hochmoderne 1 und 2reihige
Jacket- und Rockanzüge
mit gestreifter Hose.
Sport-Paletots, Ulster
ANZ. von **5 Mk.** an.

Eleg. Straßen-Kostüme
in reizenden Farben.
Wollene u. seidene gam.
Kleider, Mäntel, Blusen, Röcke
Gratis!
Jed. Herr hat od. Weste.

C. Wachsmann & Co.
Reinickendorfer Str. 15
neb. d. Feuerwehr, Aufg. Kavenstr.

Anton Boekers Festsäle

Weberstr. 17

Telephon: Amt Königsbad 134 14.
Empfehle den wertigen Vereinen und Gewerkschaften meine Säle, 100 und 750 Personen fassend, zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten, auch Sonntags, zu günstigen Bedingungen. In der Saison noch einige Sonnabende und Sonntage zu vergeben.
Ihm geneigten Zulpruch bittet

Anton Boeker.

MÖBEL-Kredithaus Luisenstadt

Am Bahnhof Köpenicker Str. 77-78 Ecke Jannowitzbrücke Nahe Untergrundbahnhof Inselbrücke Brückeinstrasse

Anzahl.	Anzahl.
2 Bettstellen	2 Bettstellen
1 Kleiderschr.	2 Matratzen
1 Spiegel	1 Kleiderschr.
1 Tisch	1 Wäscheschr.
2 Stühle	1 Trumeau
1 Küchenschrank	1 Sofa
1 Küchentisch	1 Tisch
1 Küchenstuhl	2 Stühle und
1 Küchenrahmen	1 farbige Küche

Wochenrate **1.50 M.** an — Wochenrate von **2.50 M.** an —
Moderne Schlaf-, Herren- u. Speisezimmer
Einzelne Möbelstücke Anzahlung von **3 M.** an. Wöchentlich **1 M.** an. Größte Kulanz

Sonntags von 12 bis 2 Uhr geöffnet

Salem Aleikum

(Goldmündstücke)
Salem Gold Cigaretten
Was für Sie!



Preis Nr. 3 4 5 6 8 10
3 4 5 6 8 10 P.L. Stk.

Trustfrei!

Oriental Tabak- und Cigaretten-Fabrik
Genidze, Inh. Hugo Zietz, Dresden

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstrasse 69

Der politische Streik

von
H. Laufenberg.
VII und 260 Seiten (Bd. 54 der Int. Bibliothek.)
Broschiert 2 M., gebunden 2,50 M.

Neutrale und sozialistische Genossenschaftsbewegung

von
Emil Vandervelde.
Autorisierte Uebersetzung v. Hanna Gernsheimer-Hertz.
154 Seiten. (Band 55 der Int. Bibliothek.)
Broschiert 1 M., gebunden 1,50 M.

Unser Schriftenverzeichnis versenden wir auf Wunsch gratis und franko.

Ohne jede Anzahlung!!
Reine Kaffeeer, Reine Maten!
Bettwäsche, Teppiche,
Portieren, Bilder, Gardinen,
Stores, Stepp- u. and. Decken.
MATZNER,
GutsMuthsstraße Nr. 41.

Café Meyer
Dresdener Str. 128/129.
Kaffee 10 u. 15, Bier, hell u. dunkl. 10 u. 15.
ca. 50 Zeitungen; Billard Stb. 60 u. 70.
Zahistelle der Freien Volksbühne.

Reichstag.

242. Sitzung, Freitag, den 27. März, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Lisco.

Auf Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission wird die nachgezeichnete Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Werner-Siegen (Ant.) verweigert.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs der

Novelle zum Handelsgesetzbuch betreffend die Konkurrenzklause.

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Lisco:

Die Kommissionsbeschlüsse zweiter Lesung bilden das Ergebnis sehr eingehender Beratungen. Die Verbündeten Regierungen sind den Wünschen der Kommission in großem Umfange nachgekommen. Die Kommission hat andererseits weitergehende Beschlüsse erster Lesung gelassen, es hat über die meisten Punkte der Kommissionsbeschlüsse zweiter Lesung keine Einigung erzielt werden können. Meinungsverschiedenheiten sind jetzt nur noch über drei Punkte vorhanden: 1. die Verbündeten Regierungen hatten sich im Laufe der Kommissionsberatung damit einverstanden erklärt, daß die den Handlungsgehilfen für die Dauer des Wettbewerbsverbots zu zahlende Entschädigung auf ein Drittel der den Handlungsgehilfen vertragmäßig zustehenden Bezüge bemessen wird. Die Kommission hat diese Entschädigung auf die Hälfte jener Bezüge festgesetzt. 2. hatten die Verbündeten Regierungen sich damit einverstanden erklärt, daß die Zulässigkeit der Konkurrenzklause entgegen dem Entwurf davon abhängig gemacht werde, daß die jährlichen vertragmäßigen Bezüge des Gehilfen mehr als 1500 M. betragen. Die Kommission hat sich für eine Mindestgehaltsgrenze von 1800 M. entschieden. 3. hat die Kommission im Gegentrag zur Regierungsvorlage und ihren eigenen Beschlüssen erster Lesung beschlossen, daß im Falle der Vereinbarung einer Vertragsstrafe der Gläubiger nur das Recht auf die Vertragsstrafe haben, also nicht befugt sein soll, zwischen dem Anspruch auf Innehaltung des Wettbewerbsverbots und der Einforderung der Vertragsstrafe zu wählen.

Die Verbündeten Regierungen wären äußersten Falls, wenn dadurch das Zustandekommen des Gesetzes erreicht werden kann, bereit, in dem ersten Punkte nachzugeben (Bravo!), also einer Erhöhung der sogenannten Karenzentschädigung auf die Hälfte zuzustimmen. Die beiden anderen erwähnten Beschlüsse der Kommission sind aber für die Verbündeten Regierungen unannehmbar (Bravo! rechts). Ich möchte von vornherein nicht den geringsten Zweifel darüber aufkommen lassen, daß falls die Beschlüsse der Kommission in diesen beiden Punkten nicht geändert werden, die Vorlage, wie ich nochmals scharf betone, für die Verbündeten Regierungen unannehmbar ist. Zur Begründung dieser Stellungnahme berufe ich mich auf den Kommissionsbericht. Ich will nur nochmals hervorheben, daß neben der Einführung des Grundgesetzes der bezüglichen Karenz für die Festsetzung einer Gehaltsgrenze ein Bedürfnis überhaupt nicht anerkannt werden kann, und daß die Bedenken, die gegen eine solche schematische Regelung obwalten, mit jeder Erhöhung der Grenze sich naturgemäß vermehren. Wenn ferner das Gesetz dafür sorgt, daß die Konkurrenzklause nur noch in ganz geringen sachlich gerechtfertigten Fällen zugelassen wird, und daß der Gehilfe eine Entschädigung für die Beeinträchtigung seiner Erwerbstätigkeit erhält, so darf auf der anderen Seite die Durchführung eines berechtigten Wettbewerbsverbots durch den Anstoß der Erfüllungsklage nicht verhindert werden. Das würde mit Treu und Glauben nicht vereinbar sein.

Und nun bitte ich Sie, sich einmal den Rechtszustand zu vergegenwärtigen, wie er sich bei einer Verständigung über den Gesetzentwurf in Zukunft gestalten wird. Dieser Rechtszustand ist für den Handlungsgehilfen überaus günstig. Die Konkurrenzklause ist unverbündlich, soweit sie nicht zum Schutze eines berechtigten geschäftlichen Interesses des Prinzipals dient, oder soweit sie eine unvollständige Erwerbung des Fortkommens des Handlungsgehilfen bedeutet. Sie ist ferner nur gültig, wenn sie schriftlich vereinbart ist, wenn der Gehilfe ein Gehalt von mehr als 1500 M. bezieht und wenn der Prinzipal sich außerdem verpflichtet, eine Entschädigung in Höhe der Hälfte des Gehalts zu zahlen. Dabei wird, was der Gehilfe etwa in seiner neuen Stellung bezieht, auf die Entschädigung zwar angerechnet, aber diese Anrechnung beginnt nicht schon dann, wenn die Entschädigung und der neue Verdienst zusammen das frühere Gehalt erreichen, sondern erst dann, wenn sie dasselbe um 10 Proz. teilweise sogar um 25 Proz. übersteigen. Die Folge dieser Regelung muß sein, daß die Konkurrenzklause überhaupt nur noch eine ganz seltene Ausnahme bildet, und auch in diesen Ausnahmefällen wird sie keine unbillige Härte mehr für den Gehilfen in sich schließen können. Das ist der Zustand, der durch den Gesetzentwurf erstrebt wurde. Scheitert sein Zustandekommen an den erwähnten beiden Punkten, so würde ich das im Interesse der Handlungsgehilfen auf das lebhafteste bedauern. Es würden die Gehilfen damit der Vorteile, die ihnen diese Neuregelung gewährt, beraubt. Die Verantwortung dafür würde neben den Verbänden der Handlungsgehilfen, die an unerschütterlichen Forderungen festhalten, den Reichstag treffen. Die Verbündeten Regierungen sind sich bewußt, den Wünschen der Gehilfen und der Kommission entgegengekommen zu sein, wie sie es mit den berechtigten Interessen der Prinzipale nur irgendwie für vereinbar halten können. Ich richte deshalb an das Hohe Haus die dringende Bitte, sich im Interesse der Handlungsgehilfen in den beiden Punkten auf den Standpunkt der Regierung zu stellen. Tun Sie das, dann würde, was ich besonders betone, auch die Bahn frei gemacht werden, um das Verhältnis der beiden Parteien in der Sache neu zu regeln. Eine solche Regelung wird nach Verabschiedung des Gesetzentwurfes bald in Angriff genommen werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Trimborn (Z., zur Geschäftsordnung):

Zu der durch die Erklärung des Staatssekretärs geschaffenen Lage müssen die Fraktionen Stellung nehmen. Auch ist es nicht fürberaus, eine so wichtige Frage in Ferienstimmung zu beraten. Ich beantrage deshalb Vertagung der Beratung bis nach den Osterferien.

Abg. Haase (Soz., zur Geschäftsordnung):

Es blicke dem Parlament das denkbar schlechteste Zeugnis ausstellen, wenn man meint, daß es wegen der Ferien, die einen Monat dauern werden, nicht so lange zusammengehalten werden kann, um eine so wichtige Frage zu beraten. Der Grund für den Antrag ist in Wirklichkeit ein anderer. Die Herren wollen Zeit haben, um die beschriebenen Wünsche der Kommission nach rückwärts zu revidieren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist unrichtig, daß durch die Erklärung der Regierung eine neue Situation geschaffen ist. Dieselbe Stellung hat die Regierung auch in der Kommission eingenommen, und alle Fraktionen haben zu ihrem Unannehmbar Stellung genommen oder doch nehmen können. Die Erklärung der Regierung geht jetzt ins Land hinaus, und eine Antwort soll nicht gegeben werden. Die Herren wollen in der Zwischenzeit versuchen, die Handlungsgehilfen-Verbände unter das laudinische Joch, das ihnen auferlegt werden soll, zu zwingen. Diese Politik machen wir nicht mit. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Weinhausen (Sp.):

Die Ferienstimmung allein kann für die Vertagung nicht maßgebend sein, ebenso der Wunsch, Zeit zum Umfallen zu gewinnen. Das könnten wir in zwei Stunden fertig bringen. Gerade weil wir das nicht wollen, wollen wir den beteiligten Verbänden Gelegenheit geben, zu sprechen, um ihre Interessen wahrzunehmen. Wir stehen in der Tat vor einer neuen Situation, denn in der Kommission hat der Staatssekretär nur für das Reichsjustizamt, nicht aber, wie jetzt, im Namen der Verbündeten Regierungen gesprochen.

Abg. Baffermann (natl.):

Die Erklärung des Staatssekretärs wäre an sich kein Grund zur Vertagung. Wir halten es aber nicht für richtig, eine so wichtige Frage heute zu verhandeln, denn die Verhandlung abzubrechen und nach den Ferien wieder fortzusetzen. Deshalb stimmen wir der Vertagung zu.

Abg. Frommer (L.):

Nach den Erklärungen des Staatssekretärs ist in der Tat eine neue Lage geschaffen, so daß wir Zeit haben müssen, mit den Interessenten Rührung zu nehmen.

Abg. Wiebel (Soz.):

Der Einwand des Abg. Baffermann ist hinfällig, denn wir könnten die Frage morgen noch weiter verhandeln und die Beratung zu Ende bringen. Die Erklärung der Verbündeten Regierungen ist auch in der Kommission in der denkbar deutlichsten Weise abgegeben worden. Aber jetzt soll diese Erklärung ins Land hinausgehen, um sie gewissermaßen als Revolver zu gebrauchen, den man den Handlungsgehilfen vorhalten will. Eine solche Taktik machen wir nicht mit. Die Frage ist jetzt lediglich, ob der Reichstag die Beschlüsse der Kommission, die auch von der Presse der Handlungsgehilfen gebilligt sind, aufrechterhalten will.

Abg. Hoch (Soz.):

Der Gesetzentwurf kann sehr gut in einer zweitägigen Beratung erledigt werden. Diese Zeit haben wir ausreichend. Jemand eine neue Lage der Dinge ist nicht geschaffen, denn das Unannehmbar der Regierung ist auch in der Kommission schon erklärt worden. Aber der Staatssekretär hat jetzt noch einmal die Gründe der Regierung vorgelegt, und Sie wollen nun lediglich verhindern, daß dargelegt wird, warum es der größte Fehler wäre, wenn die Handlungsgehilfen sich auf diesen Seim locken ließen. (Zurück rechts und im Zentrum.)

Abg. Waldstein (Sp.):

Wer trotz des Unannehmbar der Regierung auf dem einmal eingenommenen Stand verharren und dadurch die Vorlage zu Fall bringen will, wie die Sozialdemokraten, der wird natürlich gegen eine Vertagung sein. Wir aber wollen ein positives Ergebnis erzielen, und deshalb brauchen wir Zeit, damit die Handlungsgehilfenverbände entscheiden, ob sie das, was sie haben können, nehmen wollen.

Abg. Dr. Luard (Soz.):

Die Sache liegt viel einfacher. Die Frage ist nur, ob Sie die Latkraft und Energie haben wollen, dem Willen der Regierung sofort den Willen des Parlaments entgegenzustellen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auf politischem Gebiet haben wir solche Verschleppungsmonöber schon oft erlebt, jetzt soll dieselbe Taktik auch auf sozialpolitischem Gebiet angewendet werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daß wir Sozialdemokraten die Vorlage zu Fall bringen wollen, ist eine Unterstellung, die ich nicht für möglich gehalten hätte. Kompromiss ist schon genug in der Kommission. Das muß jetzt ein Ende haben. Stellen Sie dem Willen der Regierung den Willen des Reichstages gegenüber, die Handlungsgehilfenverbände werden dann hinter Ihnen stehen. Aber Sie verjäumen wieder einmal die Gelegenheit, das hiechen Macht, das Sie haben, durchzusetzen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Baffermann (natl.):

Die Handlungsgehilfen werden aus dieser Debatte ersehen, daß die bürgerlichen Parteien bestrebt sind, ein vernünftiges Gesetz zustande zu bringen. Von einer Verschleppung kann gar keine Rede sein.

Abg. Haase (Soz.):

Durch Herrn Waldstein haben wir eine neue Spielart von Demokratie kennen gelernt, nämlich die, welche nach einem Unannehmbar der Regierung nicht einmal in eine zweite Lesung einzutreten gewillt ist. Seinen Vorwurf, daß meine Partei den Entwurf zu Falle bringen will, brauche ich nicht zurückzuweisen, die ganze Tätigkeit meiner Partei beweist das Gegenteil. Wir wollen ein nützliches Gesetz für die Handlungsgehilfen schaffen und nicht ein solches, das auch ihre beschiedenen Wünsche über Bord wirft. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die Geschäftsordnungsdebatte schließt. Der Vertagungsantrag des Abg. Trimborn wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Es folgen

Petitionen.

Eine Petition betreffend Erleichterung des kleinen Grenzverkehrs über die holländische Grenze des Regierungsbezirks Kurich beantragt die Kommission dem Reichskanzler zur Verächtlichung zu überweisen. Ein Antrag Arnstadt (L.) beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Fischer-Sachsen (Soz.):

Die Grenzbevölkerung anderer Regierungsbezirke haben diese Vergünstigung. Sie liegt auch im Interesse aller Grenzbevölkerung, die meist arme Leute sind und ohnehin durch die Grenze unzähligen Schikanen ausgesetzt sind. Wir bitten Sie deshalb im Interesse der armen Grenzbevölkerung, den konservativen Antrag abzulehnen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Graefe (L.):

Wir haben unseren Antrag gestellt, weil der Vertreter der Regierung in der Kommission nachgewiesen hat, daß gerade in diesem Bezirk für die Vollerleichterungen kein Bedürfnis vorliegt und daß andererseits viele kleine Gewerbetreibende dadurch geschädigt würden. Wozu zieht die Kommission denn überhaupt Regierungsvertreter hinzu, wenn sie ihre Ausführungen nachher gar nicht beachtet?

Abg. Fegter (Sp.):

Den Beweis für seine Behauptung hat der Regierungsvertreter keineswegs einwandsfrei erbracht. Ich kenne die Gegend genau und muß sagen, daß seine Zahlen geradezu irreführend waren. (Hört! hört! links.) Sehr interessant ist die Behauptung der Regierung, daß die Fleischpreise jenseits der Grenze fast ebenso hoch sind wie bei uns. Wozu brauchen wir dann die Zölle? Uebrigens spielt auch ein Unterschied von 10 Pf. pro Kilo für arme Leute eine erhebliche Rolle. (Sehr richtig! links.) Uebrigens ist im Regierungsbezirk Dönabruß ganz dicht dabei an derselben Grenze der Grenzverkehr erlaubt. Ich bitte Sie dringend Front zu machen gegen die Versuche, über das Gesetz hinaus die Lebensmittel zu verteuern.

Ein Regierungsvertreter

betont dem Redner gegenüber, daß die Zahlen der Regierung auf omtlichem Material beruht hätten. — Mit dem Gesetz siehe die Verfügung durchaus im Einklang, denn das Gesetz fordere Prüfung der örtlichen Verhältnisse.

Abg. v. Graefe (L.):

Einen Beweis, daß die Zahlen der Regierung nicht stimmen, hat Herr Fegter nicht erbracht, er hat nur behauptet, sie seien nicht richtig.

Abg. Fegter (Sp.):

Ausführungsbestimmungen sind zwar im Gesetz vorgegeben, ich habe nur behauptet, daß die hier getroffenen Ausführungsbestimmungen der Absicht des Gesetzgebers nicht entsprechen. Damit schließt die Debatte.

Abg. v. Graefe (L.)

beantragt Ausschugung der Abstimmung. (Widerspruch links.)

Abg. Fegter (Sp.):

Ich mache darauf aufmerksam, daß die Karte des Hauses gut besucht ist, die Rechte aber abgesehen von einigen Koryphäen gähnende Lücken aufweist. (Sehr richtig! links.)

Der Antrag auf Ausschugung der Abstimmung wird abgelehnt, der Antrag der Kommission auf Ueberweisung der Petition zur Verächtlichung wird angenommen.

Ueber eine Petition betreffend Verbot der heimlichen (unangemeldeten) Warenvermittlung beantragt die Kommission Uebergang zur Tagesordnung.

Ein Antrag Arnstadt (konf.) wünscht Ueberweisung als Material.

Abg. Nior (Z.):

Im vorigen Jahre hat die Kommission eine Petition gegen den heimlichen Warenhandel dem Reichskanzler zur Verächtlichung zu überweisen beschlossen. Um so mehr bedauere ich ihre Stellungnahme zu der vorliegenden Petition. Einige ihrer Forderungen gehen ja zu weit. Aber deshalb sollte man diese Petition des Mittelstandes nicht glatz ablehnen, sondern dem Reichskanzler als Material überweisen. Der heimliche Warenhandel nimmt beständig zu, und dieser Schädigung des kaufmännischen Mittelstandes muß energisch entgegengetreten werden. Einzelne Beamte betreiben einen ganz schamlossten Warenvermittlungsbetrieb. Dadurch muß eine Erbitterung gegen die Beamten beim kaufmännischen Mittelstand entstehen.

Abg. von Graefe (L.):

Ich kann mich im wesentlichen den Ausführungen meines Vorredners anschließen. Alle einzelnen Forderungen der Petition machen auch wir uns nicht zu eigen, aber glatz ablehnen können wir sie nicht, schon mit Rücksicht auf die Mittelstandskreise, von der sie ausgeht.

Abg. Brey (Soz.):

Die von den Vorrednern angezogene Petition, die die Kommission zur Verächtlichung zu überweisen beschloß, wendete sich lediglich gegen den geheimen auf Gewinn gerichteten Warenhandel, diese dagegen richtet sich gegen jeden geheimen Warenhandel, auch gegen den von Angestellten und Arbeitern ohne Abzweigung auf Gewinn betriebenen. Das wollte die Kommission nicht mitmachen. Wie soll übrigens den Handwerkern geholfen werden, wenn sie bei der Warenvermittlung neue Stempelgebühren bezahlen sollen? Diese Handwerker-Rettungsaktion läuft nur wieder auf neue Lasten für den Handwerker hinaus. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schulenburg (natl.):

tritt für den konservativen Antrag ein, da die Petition immerhin einen gesunden Kern habe.

Abg. Brey (Soz.):

Der geheime Warenhandel nimmt an Umfang zu, weil alle Waren Exportpreise angenommen haben. Nun wollen Sie hier wieder Ihre Wirtschaftspolitik dadurch abhelfen, daß Sie neue Uebel hinzufügen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Diskussion schließt. Der Antrag Arnstadt (L.) wird abgelehnt.

Abg. Erzberger (Z.):

(zur Geschäftsordnung): Wenn weiter so abgestimmt werden wird, werde ich vor der nächsten Abstimmung die Geschäftsfähigkeit bezweifeln.

Abg. Ledebour (Soz.):

(zur Geschäftsordnung): Wenn Herrn Erzberger die Abstimmung „Ja“ nicht paßt, mag er doch anders abstimmen. (Große Heiterkeit.)

Vor der Abstimmung über den Antrag der Kommission bezweifelt

Abg. Dr. Cretel (L.) die Geschäftsfähigkeit des Hauses.

Das Bureau schließt sich dem Zweifel an.

Präsident Kaempf beräumt die nächste Sitzung an auf Dienstag, 28. April, 2 Uhr, mit der Tagesordnung Petitionen.

Schluß 3 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

59. Sitzung, Freitag, den 27. März 1914, vormittags 10 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Lenge.

Der Etat der direkten Steuern.

Dazu fordert ein Kommissionsantrag, daß eine Uebereinstimmung der Ergänzungssteuerhäufung mit der Wehrbeitragshäufung hergestellt werde.

Ein zweiter Kommissionsantrag fordert, daß von den 15 neu-geforderten Veranlagungskommissionen sechs gestrichen werden.

Ein nationalliberaler Antrag will dagegen die 15 Stellen bewilligen.

Ein freikonservativer Antrag ersucht um Gesetzentwürfe für die Neuordnung der direkten Steuern, sobald sich die Höhe des dauernden Bedarfs an Einnahmen aus den direkten Steuern übersehen läßt, will ferner baldmöglichst dem Mittelstande und den ärmeren Steuerzahlern die für sie in der geheimeren Steuernebel, „in der vorigen Tagung in Aussicht genommenen“ Vorteile zuwenden und eine vollständige und gerechte Veranlagung aller Einkommen und Vermögen sicherstellen. Dazu ist ein sozialdemokratischer Änderungsantrag eingegangen, welcher die Streichung der Worte „die für sie in der vorigen Tagung in Aussicht genommenen“ aus dem freikonservativen Antrag fordert. Ferner ein nationalliberaler Änderungsantrag, der die Ausschugung des Veranlagungsgegenstandes durch finanztechnisch besonders vorbereitete Beamte wünscht.

Abg. v. d. Osten (L.):

Ohne eine Spur von tatsächlichen Beweisen hat gestern der sozialdemokratische Abg. Ströbel wieder den Agrariern Steuern in vorgeworfen. Mit diesem alten Märchen, daß die Agrarier die Steuer hinterzögen, muß doch einmal endgültig aufgeräumt werden. Fälle von Steuerhinterziehung kommen überall vor; dieses Uebel kommt bei allen Parteien vor. Die Behauptung, daß wir die Steuerkommissionen nur im Osten der Monarchie gestrichen hätten, ist unzutreffend. Für eine gerechte Steuerverteilung sind wir jederzeit eingetreten. Beweis ist die Lebenshaltung gestiegen, aber gleichzeitig auch die Löhne. Die Beiträge, die die Arbeiter für die sozialdemokratische Partei leisten und für die Gewerkschaftskasse zu leisten haben, sind weit höher, als die Steuer, die der Staat von ihnen fordert.

Nebenzweck werden wir alle sozialdemokratischen Experimente mit Energie bekämpfen. Es ist auch nicht richtig, daß wir gegen die Steuerkommissionen sind, weil wir einen Mißbrauch mit der politischen Macht des Landrates treiben wollten. Gegen den freikonservativen Antrag sowie gegen den nationalliberalen Änderungsantrag haben wir schwere Bedenken. Die einseitige Vorbildung der Steuerkommissionen macht sie zu dem Veranlagungsorgan wenig tauglich; dagegen sind die Landräte die Vertrauensleute der Bevölkerung. (Sehr wahr! rechts.) Bei kleinen Einkommen unter 3000 M. sollte man die Steuerlast nicht zu sehr anheben. Die Steuerkommissionen haben lediglich das Bestreben, möglichst hohe Steuererträge herauszupressen. Dagegen treten die Landräte und Bürgermeister für das Interesse der Bevölkerung ein. Mit Recht wurde gestern darauf hingewiesen, daß die Steuererhebung eine der wichtigsten Ursachen für den Ausbruch der französischen Revolution gewesen ist. Unsere Zustände nähern sich mehr und mehr denen vor Ausbruch der französischen Revolution. Wenn die Landräte der Sozialdemokratie ein Dorn im Auge sind, so ist das nur eine Ehre für sie. (Lebhafte Beifall rechts.) Wir befinden uns auf einem gefährlichen Wege. Die Regierung scheint eine bewährliche Intention über die Mißstimmung im Volke wegen der hohen Steuern und des Uebermaßes von Gesetzen zu haben. (Lebhafte Beifall rechts. Widerspruch links.)

Finanzminister Dr. Lunge:

Den Ausführungen des konservativen Abgeordneten muß ich den entschiedensten Widerspruch entgegenbringen. Wie ein roter Faden zog sich durch seine ganze Rede die Forderung, daß das Land gegen die Steuerkommissionen wie gegen ein Uebel geschützt werden müsse. Alle seine Angriffe gegen die Steuerkommissionen sind unzutreffend. Nicht einen einzigen Beweis aus der Praxis hat er vorbringen können. (Lebhafte Beifall links. — Widerspruch rechts.) Die Steuerkommissionen genießen das gleiche Vertrauen bei der Bevölkerung wie die Landräte. Uebrigens warum werden denn nur die Steuerkommissionen angegriffen und nicht ebenso die Steuerveranlagungskommissionen, die sich aus Bürgern zusammensetzt? Sind denn das alles Nullen? (Lebhafte Beifall links.) Die Regierung will nicht an Steuern das Mögliche herauspressen, sondern Gerechtigkeit walten lassen. Da sich die Kommissionen mit allen wirtschaftlichen Verhältnissen beruhsich befassen müssen, so haben sie auch die erforderliche Verbindung mit den einzelnen Teilen der Bevölkerung. (Lebhafte Beifall links.) Ich muß also die Angriffe von konservativer Seite entschieden zurückweisen. (Lebhafte Beifall links. Unruhe rechts.) Wenn von Vielregiererei der Regierung gesprochen wird, sollten die Abgeordneten, die ganze Stöße von Gesetzen fabrizieren, in den eigenen Busen zurückgreifen. Die Sozialdemokraten befolgen eine ganz eigenartige Politik. Im allgemeinen sollten sie ein Loblied auf unsere Steuererträge anstimmen, da sie die arbeitende Bevölkerung weit weniger belasten, als die bestehenden Klassen und den Forderungen ihres Vorleseprogramms Genüge leisten. Auch die Kirchen- und Kommunalsteuern sind nach dem von ihnen geforderten Prinzip der Progression ausgebaut. Statt dessen beziehen sie sich auf die Einkommensteuertabelle, aus der sich ergibt, daß 48 Proz. der Bevölkerung überhaupt nicht veranlagt werden und daß unsere Besitzverhältnisse außerordentlich ungünstig seien; denn es geht daraus hervor, daß fast die Hälfte des Volkes ein Einkommen unter 300 M. habe. Gewiß, auch ich bin mit der Verteilung der Besitzverhältnisse nicht durchwegs einverstanden, aber, was die Sozialdemokratie weiß, jedoch nicht sagt, ist, daß unter diesen nicht veranlagten zahllose Personen in sehr guten Verhältnissen leben, z. B. die Hausfrauen und Töchter, die Studenten und viele, die Geld verdienen, es aber an die Eltern abgeben und deshalb nicht veranlagt werden. Das Einkommen der Kinder wird nicht versteuert. In zahlreichen Arbeiterfamilien gehen die Kinder und die Eltern zur Arbeit und verdienen, so daß sich

ganz nette und behagliche Verhältnisse

ergeben. (Lebhafte Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Ströbel hat sich auf das Buch des Regierungsrats Karffin bezogen (Schallende Heiterkeit rechts), der nur mit Vermutungen operiert. (Abg. Ströbel: Nein, mit amtlichem Material!) Die Statistik beweist, daß gerade die kleinen und mittleren Einkommen stark gewachsen sind, nicht so sehr die großen. Das Gleiche geht auch aus einer Statistik über die Sparkastenverhältnisse hervor. Im Jahre 1912 gab es 13,8 Millionen Sparkastenbücher und 4,4 Millionen gehörten kleinen Leuten.

Die Sozialdemokratie verlangt, das Existenzminimum solle von 100 M. auf 1500 M. heraufgesetzt werden. Selbst die Regierungsvorlage habe früher 1200 M. festgesetzt. Das ist richtig. Aber die Einkommensteuer ist in der letzten Zeit durch das Rinderpreibillgesetz wesentlich vermindert worden. Auch die Arbeiter müssen das Verantwortungsgesühl haben, daß sie mit dem Staat zusammenhängen und ihm gegenüber Pflichten besitzen. Ich habe schon früher darauf hingewiesen, wie die Sozialdemokratie die kleinen Leute heranzieht. Die staatliche Einkommensteuer beträgt etwas über 10 Pf. pro Woche, aber Ihre Gewerkschaften erheben Beiträge von 30, 40, manche sogar 50 Pf. pro Woche. Nur ein Bruchteil davon wird für Unterhaltungen verwendet, ein großer Teil für Verwaltungskosten, für Streikunterstützung. Das Vermögen der Gewerkschaften ist auf 80 Millionen Mark gestiegen. (Lebhafte Heiterkeit rechts.) Sie thesaurieren also einen großen Teil der Beiträge und legen sie auf die hohe Kante. (Lebhafte Heiterkeit links. — Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — Rufe rechts: Rufe!) Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften holen die kleinen Leute drei- bis viermal so hoch heran, wie der Staat. Wenn Sie uns Vorwürfe über Besteuerung der kleinen Einkommen machen, so gehen Sie uns mit Ihrem Beispiel voran. (Lebhafte Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — Sehr richtig! rechts.) Aber Sie werden dann Beschlag legen auf das, was der Staat weniger verlangt für Ihre Klassen. (Lebhafte Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Strombeck (S.)
begündet seinen Antrag, der eine Reihe von Mißständen beseitigen will, die sich bei der Veranlagung der physischen Personen zur Einkommensteuer herausgestellt haben.

Generalsteuerdirektor Heine:

Die erwägenswerten Anregungen dieses Antrages mögen der Staatsregierung zur Erwägung überwiegen werden.

Abg. Lehn (natl.)

wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. v. d. Osten (L.) und begründet einen Antrag auf Änderung des § 1 des Einkommensteuergesetzes, der die Referendats gemüthlicher wissenschaftlicher und künstlerischer Gesellschaften m. v. S. steuerfrei lassen will.

Generalsteuerdirektor Heine:

Der Finanzminister steht diesem Antrage sympathisch gegenüber.

Abg. Frhr. v. Jedlich (F.)

erlaubt, den Antrag v. Strombeck der Regierung als Material zu überreichen und empfiehlt den freikonservativen Antrag auf Neuordnung des direkten Steuerwesens zur Annahme. Mit Recht hat der Abg. v. Kardorff gestern davor gewarnt, daß sich die Regierung durch die Parallele dazu drängen läßt aus Populärtheorien Gesetze zu machen, die mit dem Staatswohl nicht vereinbar sind. Allerdings, hinsichtlich der Wahl- und Populärtheorien steht das preussische Abgeordnetenhaus turmhoch über denjenigen Parlamenten, die aus dem gleichen und geheimen Wahlsrecht hervorgegangen sind. Den sozialdemokratischen Antrag lehnen wir ab; denn uns liegt gerade an den Vorteilen für den Mittelstand, die in der Vorlage im vorigen Jahre enthalten waren. Die Konsumvereine sind viel besser daran, als der private Gewerbetreibende und mühten daher die gleichen Steuern zu zahlen. (Sehr gut! rechts.) Die Arbeiter zahlen viel mehr an Steuern für Zwecke, die ihnen oft schaden, als an Steuer. (Lebhafte Juruse der Sozialdemokraten: Arbeitslosenunterstützung! Krankenfürsorge!) Darum sind nicht die Sozialdemokraten, wohl aber wir legitimiert, Steuerermäßigungen für die unteren Volksklassen zu fordern. (Sehr wahr! rechts. — Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die Steuernabelle soll nicht erst kurz vor den Wahlen eingebracht werden. Aus Gründen der feuerlichen Gerechtigkeit wollen wir die Landräte nur da für die Veranlagung beibehalten, wo sie diese Arbeit leisten können. Deshalb bewilligen wir für Nordhausen und Stromberg die Kommissionen trotz der Streichung durch die Budgetkommission. (Beifall rechts.)

Abg. Cassel (Sp.)

lehnt die Anträge der Budgetkommission ab, nimmt den Antrag v. Jedlich an, fordert gleichmäßige Veranlagung im ganzen Lande durch Kommissionen mit hauptsächlich, entsprechend vorgebildeten Beamten an der Spitze und erklärt schließlich, daß ungleichmäßige Behandlung der Bürger nur die Sozialdemokratie fördere. (Beifall links.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Ströbel (Soz.)

(zur Geschäftsordnung): Ich bedauere, daß wir jetzt verhindert sind, auf die Angriffe gegen uns zu antworten, ganz besonders davon verhindert, dem Finanzminister nachzuweisen, welcher erblicher volkswirtschaftlicher Schächer es ist. Gewerkschaftsbeiträge mit Steuern zu verwechseln, und nachzuweisen, daß gerade die Gewerkschaftsbeiträge das Einkommen der Arbeiter erhöht haben. Es ist mir nun auch nicht möglich, zu zeigen, welche riesigen Summen die Gewerkschaften für ihre Mitglieder ausgegeben haben. Seit 1891 100 Millionen Mark. (Vizepräsident Vorst: Das ist nicht zur Geschäftsordnung.) Ich bedauere weiter, daß es mir nicht möglich ist, den oft geführten Beweis zu wiederholen, daß die Besitzlosen an der Steigerung der Sparkassenvermögen gar nicht oder nur zum kleinsten Teil beteiligt sind. Ich bedauere den Schluß der Debatte um so mehr, als mir dadurch unmöglich gemacht wird, nachzuweisen, daß alle Ausführungen des Finanzministers gegen mich durchaus unrichtig waren.

Hierauf wird die Einkommensteuer und die Ergänzungsteuer bewilligt. Der Antrag v. Strombeck wird der Regierung als Material überreicht. Der freikonservative Antrag und die dazu gehörigen nationalliberalen und sozialdemokratischen Zusatzanträge werden mit den Stimmen der Konservativen und einem Teil des Zentrums abgelehnt.

Ueber den nationalliberalen Antrag auf Wiederherstellung der sechs von der Budgetkommission gestrichenen Steuerkommissionen wird namentlich abgestimmt. Die Abstimmung ergibt, daß die Streichung mit 102 gegen 114 bei einer Stimmenthaltung aufrechterhalten wird. Wegen der Streichung stimmen die Sozialdemokraten, die Fortschrittler, die Nationalliberalen und die Arbeitervertreter des Zentrums. Die Voten fehlen. Ein Antrag v. Jedlich-Kardorff, für Nordhausen und Stromberg die Steuerkommissionen zu bewilligen, wird mit den Stimmen der Konservativen und des größten Teils des Zentrums gleichfalls abgelehnt. Die von der Budgetkommission beschlossene Streichung der Steuerkommissionen wird also aufrechterhalten. Eine Resolution der Kommission, in den nächsten Etat einen Betrag für Anstellung von Steuerassistenten einzustellen, wird angenommen.

Ohne wesentliche Debatte werden noch der Etat der Rente und der indirekten Steuern und der Etat der königlichen Seehandlung bewilligt.

Der Präsident Graf Schönerling-Schönowitz setzt die nächste Sitzung nach den Osterferien auf Dienstag, den 21. April, 19 Uhr mittags, fest. Auf der Tagesordnung steht das Eisenbahneinkommengesetz.

Schluß 6 Uhr.

Parlamentarisches.

Die deutsche Diplomatie.

In der am Freitag fortgesetzten Beratung des Etats für das Auswärtige Amt wurde zunächst noch immer der Fall Schlieben erörtert. Alle Redner der Linken und des Zentrums tadelten mehr oder minder heftig das Verhalten des Belgrader Gesandten und besonders der hinter ihm stehenden Regierung. Gen. Wendel und Abg. Gotthein (Sp.) nahmen Gelegenheit, die wirtschaftspolitischen Untergründe des Konflikts darzulegen und die von der Regierung vertretene, durch die österreichische Wille geführte Balkanpolitik als unhaltbar nachzuweisen. Gotthein bezeichnete die Haltung der Regierung als eine Verleumdung, die einen ausgezeichneten Posten nicht leiere, und stellte sie in eine Parallele zu der Rolle, die der Amtsvorsteher Behrman im „Oberpelz“ spielt. Selbst Abg. Dertel (L.) mußte dem Konful Schlieben das Zeugnis eines fähigen und tüchtigen Mannes ansprechen, wenn er auch die Haltung der Regierung, mit Rücksicht auf den politischen Einschlag des Falles, als korrekt anerkannte. Er blieb der einzige Verteidiger der Regierung, die anfangs durch Erklärungen ihr Verhalten zu rechtfertigen verfuhr, später aber in entscheidenden Punkten von ihrem Gedächtnis im Stich gelassen wurde und sich gänzlich in Schweigen hüllte.

In der Weiterberatung brachte Genosse Ledebour die in Nordhildesheim vor kurzem erfolgte Ausweisung zweier Damen zur Sprache, die geeignet sei, das Ansehen Deutschlands auf das empfindlichste zu schädigen. Als Staatssekretär v. Jagow erklärte, von dem Vorfall keine Kenntnis zu haben, nagelte Genosse Ledebour unter schärfster Beurteilung der kleinlichen und gehässigen Färbung des Verhaltens der Regierung als unerträglich und unbillig fest und forderte in Uebereinstimmung mit dem Abg. Gotthein (Sp.), der auf die Notwendigkeit einer den skandinavischen Völkern entgegenkommenden Politik hingewiesen hatte, die Unabhängigkeit des Auswärtigen Amtes von den Kompetenzen Preussens. Genosse Bernstein unterstützte die Forderung einer die Verhältnisse und Interessen der Nachbarstaaten respektierenden friedlichen Völkerverpolitik. Ohne wesentliche Debatte wurden die Besoldungstitel für die Gesandtschaften, Generalkonsulate und Konsulate bewilligt.

Jugendbewegung.

Ein Schlag gegen die proletarische Jugendbewegung.

Die Bezirkschulinspektion Dresden III und die Amtshauptmannschaft Dresden-Kaustadt verboten alle Feiern für die schulfremde Jugend, die nicht von Geistlichen oder Lehrern veranstaltet oder von den Bezirkschulvorstehern ausdrücklich genehmigt worden sind. Den Kindern, die solche Feiern besuchen, werden Schulstrafen, den Eltern aber Geldstrafen bis zu 60 M. angedroht. Das Verbot richtet sich natürlich in erster Linie gegen die proletarische Jugendbewegung. Die Maßnahme wird aber das Gegenteil von dem hervorzurufen, was sie bezeichnen soll.

Wetterungsbericht vom 27. März 1914.

Station	Barometer hoch mm	Thermometer Grad C	Windrichtung	Windstärke	Wolken	Temperatur im Schatten	Temperatur im Schatten	Temperatur im Schatten
Wilmshausen	744	0,0	SW	3	100	1,0	1,0	1,0
Dresden	745	0,0	SW	3	100	1,0	1,0	1,0
Berlin	743	0,0	SW	3	100	1,0	1,0	1,0
Hannover	750	0,0	SW	3	100	1,0	1,0	1,0
München	750	0,0	SW	3	100	1,0	1,0	1,0
Wien	745	0,0	SW	3	100	1,0	1,0	1,0

Wetterprognose für Sonntag, den 28. März 1914.

Himmelsklar, vorherrschend wolkig mit geringen Niederschlägen und kaltem nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbulletin

Der Landesanstalt für Gewitterkunde, mitteilt vom Berliner Wetterbureau

Wetterhand	am 26.3.	am 27.3.	Wetterhand	am 26.3.	am 27.3.
Wormel, Litz	508	+18	Saale, Grotzsch	287	-9
Wregel, Ansbach	504	-18	Saale, Spandau	183	-1
Wesche, Thorn	386	-12	Saale, Halle	181	+1
Wier, Karlsru	186	-6	Spree, Spremberg	130	-6
Wroffen	385	-8	Weser, Bestum	146	0
Wronkurt	375	-6	Weser, Hörden	819	-14
Wurthe, Schirmm	306	-10	Weser, Runden	438	-6
Wurthe, Landsberg	215	-1	Weser, Ragunilliansau	534	+2
Wurthe, Nordam	84	+4	Weser, Raud	426	-14
Wurthe, Zeitmerz	178	-11	Weser, Rölln	536	+1
Wurthe, Dresden	78	-12	Weser, Reibronn	184	+4
Wurthe, Barby	388	-8	Weser, Rausau	304	+5
Wurthe, Regensburg	321	-7	Weser, Riedel, Trier	384	+42

+) + bedeutet Regen, - Hagel, - ? Unterpagel.

Wartpreis von Berlin am 26. März 1914, nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidenten. Reis (misp), gute Sorte 00,00—00,00, Donau 00,00—00,00, Reis (misp), gute Sorte 14,00—15,00, Rindfleisch 0,00, Schweinefleisch 0,00.

Marktpreis von Berlin am 26. März 1914, nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidenten. Reis (misp), gute Sorte 00,00—00,00, Donau 00,00—00,00, Reis (misp), gute Sorte 14,00—15,00, Rindfleisch 0,00, Schweinefleisch 0,00, 60 Stück Eier 3,20—3,40, 1 Kilogramm Körner 1,20—2,40, Hafer 1,60—3,20, Gerber 1,40—3,20, Getreide 1,20—3,60, Bohnen 1,00—2,20, Schmalz 1,80—3,20, Mehl 0,80—1,60, 80 Stück Rüböl 2,50—24,00.

Ausgeschlossenen

Ist jede Uebervorteilung des Käufers bei unserem Verkaufssystem **Selbstkostenpreis + 10%** weil wir gemäß unserer beim Amtsgericht niedergelegten Statuten nicht mehr als 10% Gewinn auf den Selbstkostenpreis schagen dürfen. Da wir die Unkosten, die im Selbstkostenpreis enthalten sind, infolge unseres großen Umsatzes erheblich niedriger als üblich berechnen, so machen die Käufer tatsächlich erhebliche Ersparnisse.

Herren-Anzüge von M. 16⁹⁴ bis M. 49⁸⁷ | Herren-Paletots u. Ulster von M. 15⁷⁶ bis M. 46⁵⁸
Einsegnungs-Anzüge von M. 12⁸⁷ bis M. 35⁶³ | Knaben-Anzüge von M. 2⁷⁴ bis M. 12³¹

Spezial-Abteilung für tadellose Mass-Anfertigung

Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft

Turmstrasse 80 | Gr. Frankfurter Strasse 4 | Chausseestrasse 27 | Neukölln, Bergstr. 7-8
(Ecke Fruchtstrasse) | (nahe Invalidenstrasse)



Amol Hausmittel

Allgemein-Verichtenes

G. Nisch

Akoholfreie Getränke

Franz Abraham

Arbeiter-Broschur

Auto-Fahrerclubs

Auto-Verkehr

Auto-Anlagen

Bad An-Moabit 104

Bad Central

Bad Hefeland

Bad Kottbuscher

Bad Lindenau

Bad Ostend

Passage-Bad

Schiller-Bad

Silesia-Bad

Baden, Gummiwaren

Bäcker- u. Konditorien

Bäcker- u. Konditorien

Bäcker- u. Konditorien

Bäcker- u. Konditorien

Bäcker- u. Konditorien

Bäcker- u. Konditorien

Bäcker- u. Konditorien

Bäcker- u. Konditorien

Bäcker- u. Konditorien

Bäcker- u. Konditorien

Bäcker- u. Konditorien

Bäcker- u. Konditorien

Bäcker- u. Konditorien

Bäcker- u. Konditorien

Bäcker- u. Konditorien

Bäcker- u. Konditorien

Bäcker- u. Konditorien

Bäcker- u. Konditorien

Bäcker- u. Konditorien

Bäcker- u. Konditorien

Bäcker- u. Konditorien

Bäcker- u. Konditorien

Bäcker- u. Konditorien

Bäcker- u. Konditorien

Bäcker- u. Konditorien

Bäcker- u. Konditorien

Bäcker- u. Konditorien

Bäcker- u. Konditorien

Bäcker- u. Konditorien

Bäcker- u. Konditorien

Bäcker- u. Konditorien

Bäcker- u. Konditorien

Bäcker- u. Konditorien

Bäcker- u. Konditorien

Bäcker- u. Konditorien

Bäcker- u. Konditorien

Bäcker- u. Konditorien

Bäcker- u. Konditorien

Erscheint 2 mal wöchentlich

Bäcker- u. Konditorien

C. Kunze, Liebigstr. 1.

Carl Lindner, Wilhelmstr. 75

H. Liba, Rosenthaler-Str. 13

W. Neumann, O. Gabriel-Maxstr. 3

H. Markgraf, Charl. Goethestr. 49

R. Markgraf, Charl. Goethestr. 49

Anton Meyer, Landsbergerstr. 17

Alfred Meyer, Fuldstr. 55

G. Meißner, Weidenbergstr. 42

E. Müller, Mantelstr. 87

Max Mühl, Falkenstr. 37

Carl Neudorff, Silesiastr. 75

Wilhelm Niklas, Malplaquetstr. 6

Gustav Nielsen, Lindowstr. 9

P. Nitschke, Cadinerstr. 4

Paul Otto, Danzigerstr. 33

Robert Pötschke, Sprengelstr. 45

J. E. Pötschke, Landsbergerstr. 10

Herrn-Prager, Or. Frankfurter-Str. 2

Fr. Pribyl, Osnabrückerstr. 26

Richard Raasch, Weichselstr. 64

Fr. Richter, Liebenwalderstr. 13

Rob. Riedel, Rejzoldbrückerstr. 22

G. Riewe, Bernauerstr. 10

C. Riech, Berlin, Bernauerstr. 10

P. Radloff, Nikl. Allee 27

Osw. Raubach, Ortleiterstr. 37

Gust. Reutenberg, Metzgerstr. 11

Kurt Reuback, Franzstr. 13

P. Reinhold, Treptow-Kieholst. 17

Richard Rieger, Triftstr. 45

Otto Reitzsch, Simon-Dachstr. 1

P. Riebes, Samariterstr. 11

R. Riemer, Pannierstr. 4

Willy Rohde, Zellerstr. 11

Hubert Rösner, Triftstr. 4

Alfred Rost, Reichenbergerstr. 135

P. Sandmann, Treptow-Grätzstr. 25

Wilhelm Sauer, GutsMuths-Str. 14

W. Schaaf, Silesia-Str. 10

Emil Schaller, Schillerstr. 32

P. Schauer, Anklamer-Str. 18

P. Schirmer, Landsbergerstr. 10

Carl Schleich, O. Weinstr. 11

W. Schmidt, Liebenwalderstr. 10

Paul Schmoll, Amsterdamerstr. 5

O. Schneider, N.W. Schillerstr. 12

Willy Schneider, Kottbuscherstr. 12

Gustav Schöffel, Döbingerstr. 31

Paul Schön, Koppenhagenstr. 74

Eberhard Schönwiese, Jägerstr. 5

Paul Schröder, Reimderferstr. 27

E. Schön, Kniprodstr. 8

W. Schönwiese, Kominternstr. 54

Carl Schulz, Neukölln, Döbingerstr. 26

Paul Schürer, Hufelandstr. 25

Adolf Schulz, Florstr. 78

Bezugsquellen-Verzeichnis

Brauerei Königstadt

Ender's Brauerei

Groterjan

C. Habels Brauerei

Goldbier

Löwen-Brauerei

Münchener Brauhaus

Schloßbräu-Flaschenbier

Verlos-Brauerei Teutonia

Weissbier, C. Breithaupt

Brothfabrik

Liebling's Zerpenschleuser

Bildererhaltung, Glaser

Butter, Eier, Käse

H.P. Biedermann

Bruno Freche

Wilhelm Göbel

Gebrüder Groh

August Holtz

F. HAGEN

Gebrüder Manns

W. Pfeil, Buttergroßhdlg.

Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte

Paul Reimke on gros

Schröter, R.

Gust. Schultze & Sohn

Ohly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Molerelen

C. F. Wlenstruck

Cacao, Schokolad., Confitur

Ferdern Sie

Kakao und Schokolade Wesenberg

Cylix, G., Filialen

Seifert, E., Filialen

Cigarrenhandlungen

O. Kunze, Reichenkondorstr. 14

Carl Lange, Lindenstr. 1

F. Laumann, Reichenkondorstr. 12

O. Quire, Hol. 117, Reichenkond.-O.

Willy Radow, Camphausenstr. 4

K. Schotte, Fankow, Florstr. 94

M. Torge, Schöneberg, Kottbuscherstr. 26

Ch. Vogesen, Fank. Silesiastr. 11

Cigarrenfabriken

Damen-Konfektion

Dampf-Walchanstalt

Drogen und Farben

Hermannstr. 57

Hugo Schultz, Müllerstr. 165

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

H. J. Gummi, Photogr.-Artikel

Fleisch- u. Wurstwaren

G. A. Müller

A. Möbes Ndf.

Kohl, Holz, Briquets

Kurz, Weiß, Wollwaren

Lederhandlung

Lehranstalten

Mehlhandlungen

Bethke, Georg

Frese, Ernst

Gaage, Otto

Korn, Hugo

W. Lau, Ch. Krumme Str. 54

Molkereien

Bust. Hoppe, Spandau

Interessengemeinschaft

Markischer Milchproduzenten

Holzschuh-Pantoffelfabrik

Alle, Mützen, Pelzwar.

Herrn- u. Knaben-Mod.

J. Baer

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Herrn- u. Knaben-Mod.

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkauf.

Gühler-Honig

Hokenkamp & Neumann

Fritz Hübnar, Silesiastr. 11

Fritz Hübnar, Silesiastr. 11

Fritz Hübnar, Silesiastr. 11

Fritz Hübnar, Silesiastr. 11

Fritz Hübnar, Silesiastr. 11

Fritz Hübnar, Silesiastr. 11

Fritz Hübnar, Silesiastr. 11

Fritz Hübnar, Silesiastr. 11

Fritz Hübnar, Silesiastr. 11

Fritz Hübnar, Silesiastr. 11

Fritz Hübnar, Silesiastr. 11

Fritz Hübnar, Silesiastr. 11

Fritz Hübnar, Silesiastr. 11

Advertisement for various businesses including Max Busse, Hugo Boling, Zahnateller, and others, listing their addresses and services.

Theater und Vergnügungen

Advertisement for various theaters including Berliner, Hofe, Paffage, and others, listing their programs and showtimes.

Advertisement for theaters including Schiller-Theater O., Theater des Westens, and others, listing their programs and showtimes.

Advertisement for the Sozialdemokratischer Wahlverein, 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis, featuring a 25th anniversary festival.

Advertisement for MetropoI-Theater, featuring 'Die Reise um die Erde in 40 Tagen'.

Advertisement for Sängerchor VORWÄRTS-SÜD OST, featuring a concert on March 29, 1914.

Advertisement for Glou 66, Berliner Konzerthaus, featuring a double concert.

Advertisement for the Zirkus Alb. Seumann, featuring various circus acts and shows.

Advertisement for the Zirkus Barum-Schau, featuring various circus acts and shows.

Advertisement for the Zirkus Alb. Seumann, featuring various circus acts and shows.

Advertisement for the Zirkus Barum-Schau, featuring various circus acts and shows.

Advertisement for URANIA, featuring a high-voltage exhibition.

Advertisement for the Zirkus Busch, featuring a gala sports performance.

Advertisement for the Volks-Theater Neukölln, featuring various theatrical performances.

Advertisement for the Trianon-Theater, featuring various theatrical performances.

Advertisement for the Passage-Panoptikum, featuring a large English teddy bear.

Advertisement for the Folies Caprice, featuring various theatrical performances.

Advertisement for the Casino-Theater, featuring various theatrical performances.

Advertisement for the Theater in der Königsgräber Straße, featuring various theatrical performances.

Der Bergarbeiterverband als politischer Verein erklärt.

Bodum, 26. März. (Eig. Ber.)

Vor dem hiesigen Schöffengericht wurde heute der Prozeß gegen den Vorsitzenden des Asten Bergarbeiterverbandes verhandelt, denen ein Verstoß gegen das Reichsvereinsgesetz zur Last gelegt wird.

Von den angeklagten Vorstandsmitgliedern war der zweite Vorsitzende Husemann persönlich zur Verhandlung vor dem Schöffengericht erschienen. Das Verfahren gegen den ersten Vorsitzenden Sasse ist in Rücksicht auf seine Immunität als Abgeordneter eingestellt worden. Als Zeugen sind erschienen die Gewerkschaften Huc und Sasse, als Sachverständige sind von der Verteidigung geladen der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes Leipart und des Metallarbeiterverbandes Ad. Cohen, beide in Berlin. Auf Antrag der Anklagevertretung sind geladen der Polizeikommissar Goehrlke und Polizeikommissar Klann. Auf die Vernehmung der Zeugen Jaromil und Athon ist verzichtet worden. Gegen die Vernehmung des Polizeierats Goehrlke als Sachverständiger hat die Verteidigung mit Erfolg Einspruch erhoben, indem sie geltend machte, daß derselbe aus den verschiedensten Gründen befangen sei.

Gegenstand der Verhandlung ist der Einspruch der Angeklagten gegen einen Strafbefehl von je 10 M. wegen Aufnahme bzw. Duldens von Mitgliedern unter 18 Jahren. Zu Beginn der Verhandlung machte Husemann geltend, daß der Verband nur insoweit sich mit sozialpolitischen Fragen beschäftigt, als dies seine wirtschaftlichen Ziele erfordert. Der Verteidiger ergänzte diese Erklärung noch dahin, daß der Bergarbeiterverband auch insoweit auf gelegentliche Inanspruchnahme der gesetzgebenden Körperschaften angewiesen sei, als ein großer Teil der für den Verband in Frage kommenden Arbeiter in fiskalischen Betrieben beschäftigt ist.

Die

Beweisaufnahme.

Die mit der Vernehmung des Polizeikommissars Klann begann, gestaltete sich für die Anklage außerordentlich dürftig. Der Zeuge begann mit dem Verlesen des Statuts des Bergarbeiterverbandes, eine Lection, in der er schließlich vom Vorsitzenden mit dem Bemerkten unterbrochen wurde, er möge Tatsachen anführen, aus denen der politische Charakter des Verbandes geschlossen werden könne. Darauf erklärte der Zeuge, der Verband sei der „Internationalen Bergarbeiterföderation“ angeschlossen. Dem hielt der Verteidiger sofort entgegen, daß es sich da nur um eine lose Zusammenkunft handle, an deren Beschlüsse die teilnehmenden Verbände nicht gebunden seien.

Vom Vorsitzenden aufgefordert, Tatsachen aus dem allgemeinen politischen Gebiet für den politischen Charakter des Verbandes anzugeben, beruhte der Zeuge auf die Neutralität, daß der Vorsitzende des Verbandes Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sei, daß die übrigen Vorstandsmitglieder und Funktionäre des Verbandes zumeist zugleich Vertrauensposten in der sozialdemokratischen Partei inne hätten, als Redner auftraten und so weiter. Als der Verteidiger erklärte, daß das doch alles kein Beweis für den sozialdemokratischen Charakter des Verbandes sei, verlas der Zeuge ein Zirkular des Verbandsvorstandes an die Funktionäre, worin diesen mitgeteilt wird, daß in Rücksicht auf die „Rote Woche“ die Wahlen zum Aktionsausfluß verschoben worden und daß in der Zeit vom 8. bis 16. März auch die Vorstandsmitglieder für die Organisationsarbeiten wählbar seien. Daraus, und aus dem Hinweis, daß ja in vielen Fällen die Personen, die für die politischen Agitation in Frage kommen, identisch mit den Vorstandsmitgliedern sind, sollte der Zusammenhang zwischen Partei und Verband hergestellt werden.

Für die angeblich politische Tätigkeit des Verbandes auf sozialpolitischem Gebiete benannte der Zeuge eine Reihe von Beschlüssen der Generalversammlungen, die sich mit der Forderung auf besseren Arbeiterlohn u. dgl. befassen. Schließlich wurden Abschnitte aus einer Reihe von Artikeln der „Bergarbeiter-Zeitung“ verlesen, desgleichen einige Absätze aus der Instruktion des Vorstandes für die Funktionäre. Die Zeitungsartikel befassen sich meist mit der Reichstagswahl von 1912. In allen wird die Leserchaft aufgefordert, keine Leute zu wählen, die sich als Feinde der Arbeiterfrage erweisen haben, sondern den Kandidaten die Stimme zu geben, die sich für die wirtschaftlichen Interessen und die Rechte der Arbeiter einsetzen. Aus der mit dem 1. Januar außer Kraft getretenen Instruktion verliest der Zeuge Klann einen Passus, in welchem die Funktionäre verpflichtet werden, bei Streiks außer an die Verbandsoffiziere Berichte an die befreundete Parteipresse und an das sozialdemokratische Pressebureau zu senden. Als Haupttrumpf beruft der Zeuge sich weiter auf die den Vorst. behandelnde Stelle der Instruktion, in der es heißt: „Der gut gewerkschaftlich aufgeklärte Arbeiter bleibt auch politisch nicht indifferent, sondern wird auch politisch denken lernen und dann erkennen, daß er nicht bürgerlichen Parteien nachlaufen kann, sondern, wenn er seine Klasseninteressen konsequent vertreten will, er zur Sozialdemokratie gehört und sich ihrer Organisation anschließen muß.“ Im Anschluß hieran wird für den Vorst. die Taktik empfohlen, ein Lokal nicht deshalb zu boykottieren, wenn man es nicht sofort zu politischen Versammlungen, sondern zunächst nur zu Gewerkschaftsversammlungen haben kann. Später sind dann, so heißt es in der Instruktion weiter, solche Lokale, wenn sich die Wirte an die Arbeiterbewegung gewöhnt haben, in der Regel auch zu politischen Zwecken zu haben.

Weiter berief sich die Polizei noch auf die die Mitarbeiter betreffenden Vorschriften der Instruktion, in denen der Beschluß des Leipziger Parteitag betreffend die Regelung der Unterstützungsfälle bei den Weltausstellungen wiedergegeben wird.

Der nächste Zeuge ist Reichstagsabgeordneter Sasse. Er befragt auf Verlangen des Verteidigers, daß der Vorstand gemeint darüber wagt, daß die Zahlstellen sich jeder politischen Betätigung enthalten, daß einzelne Zahlstellen, die aus ihren lokalen Mitteln Beiträge zu den Kosten für kommunale Wahlen bewilligt hätten, beantragt worden sind, diese Beschlüsse rückgängig zu machen. Der Zeuge bekundet weiter, daß der Verband auch nach der Richtung seine politische Neutralität bewahrt, daß Ausschlußanträge gegen Mitglieder, die sich als Kandidaten bürgerlicher Parteien aufstellen ließen, strikte abgelehnt worden sind.

Die Frage des Vorsitzenden, ob nicht infolgedessen eine Personalunion zwischen Partei und Verband bestehe, daß die Vertrauensposten möglichst in den Händen einer Person lägen, beantwortet der Zeuge dahin, daß das Gegenteil viel eher zutrefte. Der Verband habe schon oft seine Bedenken dagegen geäußert, daß manche Mit-

glieder neben ihren Verbandsposten zugleich solche für die Partei besäßen; dadurch würden die Leute naturgemäß stark überlastet, so daß sie ihren Aufgaben nicht voll nachkommen könnten.

Verbindung des Verbandes mit der Partei durch die Generalkommission.

hergestellt werde. Auch das kann Zeuge glatt verneinen, und der auf Antrag des Verteidigers über diese Frage als Zeuge benommene Genosse Cohen, der Mitglied der Generalkommission ist, befragt die Richtigkeit der Aussage Sasses.

Landtagsabgeordneter Huc bekundet, daß er als Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung“ zu den Wahlen immer in dem Sinne Stellung genommen habe, daß die Verbandsmitglieder sich zu fragen hätten, welcher von den Kandidaten die meisten Garantien für die Mitglieder und deren wirtschaftliche und rechtliche Interessen böte. Je nach der Konstellation in den einzelnen Wahlkreisen, d. h. wo ein Sozialdemokrat auch nicht in Frage kam, sei zur Unterstützung eines bürgerlichen Kandidaten aufgefordert worden, sofern dieser als zuverlässiger Vertreter der wirtschaftlichen Interessen der Verbandsmitglieder einzutreten geeignet erschien.

Vors.: Wenn Sie auch nach außen bestrebt gewesen sein mögen, den neutralen Charakter des Verbandes zu wahren, so haben Sie doch gewiß innerhalb des Vorstandes sich mit Parteipolitik befaßt. Sie selbst haben ja früher Kämpfe um die Neutralität des Verbandes geführt.

Zeuge: Soweit im Vorstand von Parteipolitik die Rede gewesen und ich zugegen war, ist es gerade in dem Sinne geschehen, daß der Verband keine Parteipolitik betreiben darf.

Der Antrag des Verteidigers, den Zeugen auch darüber befragen zu dürfen, daß gegnerische Verbände, speziell die gelben Verbände, in Bodum unter Billigung der politischen Polizei in ungenügender Weise Parteipolitik in aller Form treiben, wird vom Gericht abgelehnt. Ebenso, ob es richtig ist, daß bei Wahrnehmung der wirtschaftlichen Aufgaben der Gewerkschaften ein gelegentliches Hinsübergreifen in politische Gebiete gar nicht zu vermeiden sei.

Der Verteidiger stellt darauf folgende konkrete Fragen:

1. Hat der gelbe Werkverein in Essen seine Mitglieder zur Wahl des nationalen Kandidaten aufgefordert und diejenigen, die dem Zentrumskandidaten oder dem Sozialdemokraten ihre Stimme geben würden, mit dem Ausschluß bedroht?
2. Hat der Bund der Landwirte als solcher Kandidaten zur Reichstagswahl aufgestellt und die Wahlkosten aus seinen Mitteln bestritten oder ergänzt?
3. Hat der Unterstaatssekretär Richter im Reichstag zugegeben, daß die wirtschaftlichen Interessen mit den politischen so eng ineinander greifen, daß ein wirtschaftlicher Verein für nicht feindlich auseinanderhalten kann?

Das Gericht lehnt auch die Zulassung dieser Fragen ab. Es komme nur darauf an, was der Bergarbeiterverband getan.

Der Verteidiger beantragt nunmehr die Vernehmung der Sachverständigen, daß das Ziel der Gewerkschaften, die wirtschaftliche Hebung der Mitglieder nicht erreicht werden kann, wenn sozialpolitische Fragen immer umgangen werden sollen. Was ist um so weniger möglich in Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse, die für die Bergarbeiter in Frage kommen.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft wendet sich nunmehr gegen die Vernehmung der Genossen Cohen und Leipart als Sachverständige. Er begründet das damit, daß die Verteidigung sich gegen den Polizeierat Goehrlke als Sachverständigen gemeldet hat. Der Verteidiger erwidert, daß er den Polizeierat nicht abgelehnt habe, weil er als Polizeibeamter für interessiert gelten könne, sondern weil er Angestellter des Verbandes zu Spieldiensten, also zum Treibhahn, zu verleiten gesucht habe. — Das Gericht lehnt auch die Vernehmung der beiden Sachverständigen ab, weil es sich über die zu entscheidenden Fragen selbst ein Urteil bilden könne. — Weiter beantragt der Verteidiger, das umfangreiche Material, das er zu den Akten überreicht hat, zu verlesen, insbesondere die Nummer des „Vergnappens“ und des „Feierabend des Arbeiters“, aus denen sich ergibt, daß die sogenannten nationalen Verbände in offener Weise Parteipolitik treiben, gegen die Sozialdemokratie polemisieren, zur Wahl bestimmter Kandidaten bei politischen Wahlen und Gemeinderatswahlen aufzufordern und sich rücksichtslos in den Dienst bestimmter politischer Parteien stellen. Endlich beantragt der Verteidiger, das Verzeichnis der Petitionen, die in der letzten Legislaturperiode beim Reichstag eingegangen sind, zu verlesen, in denen die verschiedensten Unternehmerorganisationen, die Christlichen, die Griech-Bunderschen, die Privatangestellten, die nationalen Handlungsgesellschaften, sich mit ihren Wünschen an den Reichstag wenden. — Das Gericht lehnte auch diese Anträge als unüberheblich ab, da es nur darauf ankomme, die Tätigkeit des Bergarbeiterverbandes zu beleuchten. Innerhalb sei es, was andere Organisationen tun.

Damit ist die Beweisaufnahme geschlossen. Polizeierat Goehrlke wurde also auch nicht als Zeuge vernommen.

Der

Vertreter der Staatsanwaltschaft

hält trotz des völlig negativen Ausgangs der Beweisaufnahme dennoch die Voraussetzungen für den Begriff eines politischen Vereins gegeben.

Alles, was die Zeugen Huc und Sasse ausgesagt, erklärte er für belanglos. Die von ihnen getroffenen Vorkehrungsmaßnahmen bewiesen gerade, daß der Verband demütig gewesen, nach außen hin seinen Charakter zu wahren. Da es sich bei der Sache um eine prinzipielle Frage handle, genüge eine geringe Strafe, weshalb er eine solche von 10 M. beantrage.

Verteidiger Heinemann:

Entscheidend ist lediglich die Frage, ob der Verband eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt hat. Diese Frage ist deshalb vorliegend mit größter Gründlichkeit zu prüfen, weil hier zum erstenmal der Versuch gemacht wird, einen Zentralverband für politisch zu erklären. Der Verteidiger erinnert an die Entstehungsgeschichte des § 3 des Vereinsgesetzes. Bei seiner Verlesung im Reichstag ist der Ausdruck „bezwecken“ ausdrücklich gewählt worden, um zu verhindern, daß Vereine (Gewerkschaften), die sich im Rahmen ihres wirtschaftlichen Programms gelegentlich mit politischen Fragen befassen müssen, etwa als politisch erklärt werden. Der jetzige Reichsanwalt hat damals versprochen, daß die Handhabung des Vereinsgesetzes eine lokale sein werde. Und jetzt

sehen wir das verwirklicht, was damals befürchtet wurde. Denn der Strafbefehl, der den Angeklagten zugestellt ist, finde die politische Betätigung bereits darin, daß der Verband sich mit sozialpolitischen Fragen beschäftige und im Interesse seiner Mitglieder sich an die gesetzgebenden Faktoren wende. Als ob dies ein Verein, wenn er nicht gerade ein Regelklub sei, überhaupt vermeiden könne. Jeder Verein, der sich mit öffentlichen Angelegenheiten befaßt, sei gezwungen, bisweilen auf das staatliche Gebiet hinüberzugreifen. Wird z. B. jemand auf den Gedanken verfallen, den Richterverein für einen politischen zu erklären, weil er eine Reform der Gesetzgebung zu erklären, weil er eine Reform der Gesetzgebung für nötig hält? Gewiß nicht und mit Recht nicht. Denn der Richterverein will die Interessen lediglich des Richterstandes wahrnehmen, und nur zu diesem Zwecke ist er gezwungen, auf die Gesetzgebung einzugehen und seine Wünsche den gesetzgebenden Faktoren zu unterbreiten. Ebensovienig kann eine Gewerkschaft es vermeiden, auf die Beschäftigung mit gesetzgeberischen Fragen einzugehen, die in ihr Interessengebiet hineinragen. Z. B. das Koalitionsrecht ist der Art, auf dem die Gewerkschaften ruhen. Es wäre ein Konfess, wenn da die Gewerkschaften, in diesem Falle der Bergarbeiterverband, sich nicht zähren wollten und dürften, um die Angriffe der millionenreichen Gendarmen abzuwehren, die mit allen Kräften darauf hinarbeiten, das Koalitionsrecht den Arbeitern zu nehmen. Wenn der Verband die Gesetzgebung anruft, so sei sein Zweck dabei lediglich die Wahrnehmung der Interessen seiner Mitglieder, nicht die Einwirkung auf politische Angelegenheiten, und deshalb entfällt die Anwendung des § 3 des Vereinsgesetzes. Keine Gewerkschaft treibt Politik um der Politik willen, sie ist in ihren Voraussetzungen, in ihren Mitteln und in ihren Zielen grundsätzlich von der politischen Partei verschieden. Ihre Gegner sind nicht die bestehende Klasse als solche, sondern eine bestimmte Gruppe von Unternehmern. Ihr Ziel ist nicht der Kampf als solcher. Diesen sucht sie zu vermeiden durch Verhandlungen, Tarifverträge usw. Wenn sie als letztes Mittel zum Streik greift, so sucht sie ihn möglichst schnell zu beendigen und auf ein möglichst eng begrenztes Gebiet zu beschränken, um ihre ganze Kraft auf einen Punkt zu konzentrieren. Das Ziel endlich ist die Verbesserung des Arbeitsverhältnisses, wie es durch den Arbeitsvertrag zu regeln ist. Selbst wenn es ein Vereinsgesetz nicht gäbe und die Gewerkschaften sich ohne jede Einschränkung politisch betätigen könnten, würden sie es nicht tun, sondern für die Beibehaltung ihres wirtschaftlichen Charakters eintreten. Eine Gewerkschaft, die danach strebt, alle Arbeiter ihres Berufes in sich zu vereinen, welcher Partei sie auch angehören, kann nicht ein politischer Verein sein. Die Unterstellung des Amtsanwalts, daß die Vorkehrungsmaßnahmen des Verbandsvorstandes gerade für seine Schuld sprächen, sei doch ganz unhaltbar. Bisher sei das Vermeiden, sich strafbar zu machen, als legal angesehen. Wenn schon das vorsichtige Verhalten als Schuldbeweis verwertet werden solle, so erinnere dies an den Satz aus Nathan, dem Weisen: „Dufft nicht, der Jude wird verbrannt.“

Der Verteidiger würdigt sodann im einzelnen das Ergebnis der Beweisaufnahme. Er betont u. a. eingehend unter Verlesung einer Stelle aus Legens letzter Reichstagsrede, daß aus einer gelegentlichen politischen Betätigung im Verbandsorgan unzulässig ein Verband für politisch erklärt werden könne. Beim Verlesen der Artikel, die mit als Beweis herangezogen wurden, habe man den Eindruck gewinnen müssen, daß sie gerade meist den Beweis für das Gegenteil erbrachten. Selbst wenn die Artikel gelegentlich der Reichstagswahl zur Wahl von Sozialdemokraten aufgefordert hätten, so wäre damit immer erst bewiesen, daß man in diesen die besten Befürworter der Interessen erblicke, die für die gewerkschaftliche Bewegung die Lebensgrundlage bedeuten. Die Verichterhaltung der Funktionäre bei Streiks sei im eigenen Interesse der Mitglieder erforderlich. Weil die Beweisaufnahme nichts für ein strafbares Vergehen der Angeklagten ergeben hat, müsse die Freisprechung erfolgen.

Nach dreißündiger Pause wurde das

Urteil

verkündet. Es lautete nach dem Antrage des Anklagevertreters. Begründet führte der Richter etwa aus:

Die Angeklagten sind schon im Mai v. J. vom Polizeipräsidenten aufgefordert worden, die jugendlichen Mitglieder aus dem Verbande zu entfernen. Die Angeklagten haben aber nichts nach dieser Richtung unternommen. Bei der Frage, ob der Verband als ein politischer zu betrachten sei, kommt es nicht darauf an, daß er in seinem Statut Religion und Parteipolitik ausschließt, sondern sein tatsächliches Handeln ist maßgebend. Das Gericht hat aus der Verhandlung die Ueberzeugung gewonnen, daß der Verband seinen Einfluß zugunsten der sozialdemokratischen Partei geltend gemacht hat. Und zwar hat er diesen Einfluß bewußt herbeigeführt, also begewußt. Das geht besonders aus den Zeitungsartikeln hervor. Der Einwand, daß der Verband für das, was das Organ schreibe, nicht verantwortlich sei, sei verfehlt. Denn das Organ stehe laut Statut unter der Kontrolle des Verbandsvorstandes. Seine Haltung müsse also die Billigung des Verbandes gefunden haben.

Für den politischen Charakter des Verbandes spreche auch die Instruktion. Namentlich der Passus, in dem gesagt wird, man solle bei den Bemühungen um Versammlungsorte nicht alles auf einmal verlangen, wenn die Wirte erst an die Arbeiterfrage gewöhnt wären, würden sie alsbald auch bereit sein, ihre Lokale für politische Zwecke herzugeben. Auch die Informationen hinsichtlich der Mitarbeiter ließen deutlich den engen Zusammenhang zwischen Partei und Verband erkennen. Sehr charakteristisch für die parteipolitische Tendenz des Verbandes sei das Zirkular vom Februar dieses Jahres, in welchem die Funktionäre unterrichtet werden, daß wegen der Roten Woche die Wahlen zum Aktionsausfluß verschoben seien, und daß die Mitglieder während der Roten Woche für die der Verband bereits eine intensive Hausagitation geplant gehabt, tüchtig werben möchten. An diesen Tatsachen könne durch die Aussagen der Zeugen Huc und Sasse nichts geändert werden. Es sei sogar anzunehmen, daß die gelegentlichen Zurückweisungen der Zahlstellen den Beweis für den wirklichen Geist des Verbandes darstellten. Das Gericht habe deshalb zu einer Verurteilung kommen müssen. Es sei auf je 10 M. Geldstrafe und die Kosten erkannt.

Die Frage, ob und inwieweit die sozialpolitische Betätigung des Verbandes geeignet sei, diesen zu einem politischen Verein zu machen, könne hiernach dahingestellt bleiben.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumen des „Vorwärts“, Bodum, am 4. bis 7. Uhr abends, Sonnabend, von 4 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erzwungen, denen keine Abonnementsnummer beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Stille Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

Fr. 12. 1. Rein. 2. Ein Zeugnisverweigerungsrecht haben Sie nicht. Sie können auch verurteilt werden. — Fr. 17. Ja, falls die Stimme unberührt ist. Die Frage bezüglich der Sicherstellung ist unverständlich. — Fr. 20. 30. 1. und 2. Nachträge bei der Ortsbehörde. 3. Rein. — Fr. 100. Ja, falls die Versicherungssumme 3000 M. übersteigt.

— Fr. 66. Zugetragen bei der Zentralkommission der Krankenkassen, Berlin, Alexanderstr. 39/40. — Englisch 005. Gertrud Ementz, Charlottenburg, Stuttgarter Platz 9. — Fr. 100. Der Briefkasten ist kein Uebersetzungsbureau. — Fr. 17. Solche Ausnahmefälle gibt es nicht. Für Deutschland: Handbuch der deutschen Missionäre, in größeren Bibliotheken vorhanden. Königlich Preussische Bibliothek, Wolfgangstraße, u. s. w. — Genosse Charlottenburg. 1. Eine Strafanzeige erscheint ausnahmslos, da Ihre und Ihrer Frau Frauung wahrscheinlich nicht ausreichen würde. 2. Das liegt im Ermessen des Richters. — Fr. 77. 1. bis 3. Erkundigen Sie sich beim Jollani. 4. 3 M. — Fr. 22. Falls Sie vor dem 1. Oktober zu arbeiten begannen haben, sind Sie steuerpflichtig. Im übrigen ist die Reklamationspflicht verstorben. — Fr. 18. Falls Sie den Antrag auf Altersrente gestellt haben, ist die Zurückweisung begründet, da die Statistik nicht erfüllt ist. Recht Invalidität vor. So können Sie Invalidenrente beanspruchen. — Fr. 11. 89. Die angegebenen Tatsachen reichen

zur Vertragslösung nicht aus. — Fr. 9. Es soll allerdings Bedürftigkeit vorliegen, die in der Regel bei einem Einkommen von 1500 M. gemeint werden wird. — Fr. 9. Nach Ihrer Darstellung haben Sie ein Recht auf Renovierung nicht. Es ist deswegen eine gültige Kündigung zweckmäßig. — Fr. 8. 1. Der Gläubiger konnte, nachdem der Fälligkeitstermin verstrichen war, ohne weiteres Klage erheben, und zwar zu einer ihm beliebigen Zeit. 2. Wenn Sie die Behauptungen beweisen können, erscheint eine Klage durchführbar. Es ist zweckmäßig, sich ein Armenamt zu beschaffen und bei dem zuständigen Landgericht die Bewilligung des Armenrechts und Befreiung eines Anwalts zu beantragen. — Fr. 12. Ohne Einkünfte in den Reichsvertrag nicht zu beantworten. — Fr. 10. Verlangen Sie unter Selbsterklärung eine ordnungsgemäße Verlesung und drohen Sie an, daß Sie nach Ablauf der Frist vom Verlangen zurücktreten und Rückzahlung verlangen. Das können Sie auch tun, sofern innerhalb der Frist ein brauchbares Gebot nicht hergestellt wird.

Dorortnachrichten.

Charlottenburg.

Der Kampf um die Jugend hat gerade in Charlottenburg die schärfsten Formen angenommen. Die Polizei bewacht die Arbeiterjugend mit Argusaugen...

Beihilfe für Schwangere. Kinderbedürftigen Schwangeren, die in Charlottenburg wohnen, werden von dem Charlottenburger Handpflegeverein vier Wochen vor der Entbindung...

Die Charlottenburger Fürsorgestelle für Alkoholkränke, die im Jahre 1910 vom Zentralkomitee der Alkoholfürsorgestellen in Groß-Berlin in eigene Verwaltung der Stadtgemeinde überging...

Röpenitz.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde zunächst der an Stelle des Herrn August Selchow zum unbesoldeten Stadtrat gewählte Fabrikbesitzer Paul Brämer in sein Amt eingeführt...

Treptow-Baumschulweg.

Das Kaufmannsgericht führt hier ein recht beschauliches Dasein. In den letzten beiden Kalenderjahren wurden je 22 Klagen eingereicht...

Erheblicher ist schon die Bedeutung des Geweregerichtes. Dieses brachte es im Jahre 1913 auf 131 Klagen. Die einzige von Arbeitgeberseite eingebrachte Klage verfiel der Ablehnung...

Tempelhof-Mariendorf.

Baupolizeilicher Maßnahmen wegen findet die Jugendfeier der Arbeiterjugend am Sonntagabend, den 28. März, abends 8 1/2 Uhr, nicht im Saal des Gesellschaftshauses, sondern im Tempelhofer Liboll statt...

Tempelhof.

Aus der Gemeindevertretung. Eine längere Debatte über den Punkt „Vergebung der Arbeiten zur Ausführung der Hausanschlüsse an die Kanalisation im Rechnungsjahr 1914“ aus. Der Baumeister berichtete: die Baukommission sei schlüssig geworden...

Die im ersten Gemeindevahlbezirk notwendig gewordene Stichwahl zwischen unserem Genossen Max Schmidt und dem Kandidaten der Bürgerlichen findet am Sonntag, den 5. April, statt...

Rudow.

Bei der Gemeindevertreterwahl wurde der bürgerliche Kandidat mit 106 gegen 81 Stimmen, die auf unseren Genossen entfielen, gewählt. Wie vor zwei Jahren, war auch diesmal die Wahlzeit für die vom Ort entfernt beschäftigten Arbeiter äußerst ungünstig angelegt...

Spandau.

Sur Spandauer Wohnungsnot! Die scharfe Kritik, die Professor Eberstadt vor zwei Jahren an der mangelnden Spandauer Wohnungsnot äußerte und die seinerzeit einen großen Enttäuschungssturm beim Magistrat und der Mehrheit der Stadtverordneten hervorrief, erweist sich jetzt als viel zu gelinde...

not am unliebsamsten bemerkbar und große Mietsteigerungen stehen in Aussicht. Es zeigt sich hier wieder die Widerständigkeit des Hausbesitzerprivilegs...

Nowawes.

Das Vermögen der Gemeinde beträgt nach den Angaben im Haushaltsvoranschlag für 1914 insgesamt 5 815 232,65 M. Nach Abzug der Schulden in Höhe von 3 807 355 M. verbleibt ein Vermögen von 1 507 877,65 M. Das Gesamtvermögen (3 807 355 M.) setzt sich aus folgenden Werten zusammen: Grundstücke 3 018 048 M. ...

Jugendveranstaltungen.

Neukölln. Sonntag, den 29. März: Wanderung nach Cobdenpark-Wäldchen-Röpenitz. Abfahrt: Schlesischer Bahnhof 6.30 Uhr. ...

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 29. März, vormittags 10 Uhr, bei Altem, Hohenstraße 13-15: „Jugendweihe“. Feldvortrag von Herrn A. Hücher: „Die neue Welt“.

Eingegangene Druckschriften.

Auktorierte Geschichte des Vorkriegs. Von K. Demberger. Heft 36-40. (Schluß.) Jedes Heft 50 Pf. ...

Kredit-Kaufhaus Paul Neugebauer Nachf. Charlottenburg Wilmersdorfer Straße 128 x. Möbel auf Teilzahlung Ganze Wohnungseinrichtungen schon mit 10 Mark Anzahlung Einzelne Möbel event. ohne Anzahlung Billig - reell - kulant - diskret



ENDLICH!

kann ich Ihnen ein Kredithaus empfehlen, das bei Arbeitslosigkeit und Krankheit die grösste Rücksicht walten lässt. Kommen Sie zu mir und besichtigen Sie ohne Kaufzwang meine vergrösserten Verkaufsräume. Sie finden ganz kolossale Auswahl!

Herren-Anzüge, Ulster, Paletots

In allen Farben schon bei Anzahlung von 5 M.

Damen - Kostüme, Kleider, Röcke und Blusen
Anzahlung schon von 5 Mark an.

Knaben- und Mädchenkleider
schon von 3 Mark an.

Leib- u. Bettwäsche, Teppiche, Portieren, Gardinen, Stores
ohne Anzahlung!

In Extra-Abteilung: **Möbel, Polsterwaren**

Spezialität: 1- u. 2-Zimmer-Einrichtung m. farbiger Küche schon mit 10 Mark Anzahlung! Abzahlung bestimmt Käufer!

Hugo Udo Cohn nur Kottbuser Damm 13

XB. Bitte genau auf meine Firma u. Hausnummer zu achten.

nur Kottbuser Damm 13

Jeder Käufer erhält ein praktisches Geschenk

Damen-Mäntel-Fabrik

Paul Linck

Neukölln, Reuterstraße 63 an der Kaiser-Friedrich-Straße

Bitte auf die Hausnummer 63 zu achten.

Legen Sie Wert auf Reelle Damen-Konfektion?

Kostüme, Paletots, Alpaka-Mäntel, Fracks, Röcke, Jacketts

Gadelloser Sitz + Saubere Arbeit + Gute Stoffe und Zutaten sind die bekannten Kennzeichen meiner Fabrikate

Da ich selbst fabriziere, sind meine Preise auffallend billig

Straßenbahn-Haltestellen Reuterstraße: Nr. 7, 15, 20, 27, 30, 47, 48, 53, 55, 65, 89, Nr. 1, II, V, R, und ferner Görlitzer Bahnhof. Kaiser-Friedrich-Straße: Nr. 22 und 46

Diesen Anzug nach Mass

in eigenen Werkstätten mit besten Zutaten verarbeitet, liefere ich Ihnen unter Garantie für Mark

55.- 65.- 75.-

In den modernsten Farben und Stoffen

Meine Garantie:

Nicht wunschgemäss gefertigte Kleidungsstücke brauchen bei mir nicht abgenommen zu werden.



August Schega

Spezialhaus für moderne Herren- u. Knabenbekleidung

Kottbuser Damm 77

Beachten Sie bitte meine 7 Schaufenster!

Pa. Roß-Fleisch und -Wurst

Gehacktes Pfund 40 Pfg., Schmorfleisch 45 Pfg. Schöneberg, Feing-Georg-Str. 9. Schlachtpferde zahlr höchste Preise. Eigene Transportwagen. Julius Großmann.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

38 verschiedene Hefte à 20 Pf.



„Eliga“ Mädchen-Kleider von 1-16 Jahren. Direkt aus den Arbeitstuben. Grosses Lager. Nach Mass auch mit Stoff. Kottbuser Damm 73 Ecke Lenau-Str.

Buchhandlung Vorwärts Lindenstr. 69.

Sozialdemokrat. Flugschriften: 20.

Sozialdemokratie und Militärvorlage.

21. Sozialdemokratie und Arbeitslosenfürsorge.

Referat v. Joh. Timm-München erstattet auf dem Parteitag zu Jena 1918.

Der Preis beträgt pro Heft 10 Pfennig. 249/5

Konzert-Café Tivoli

Kottbuser Damm 95.

Nur kurze Zeit! Vom 28. bis 31. März er.

Großer Komponisten-Wettbewerb.

Außerdem: Aufführung moderner Tänze wie Matchiche Tango, Boston etc. durch das Geschwisterpaar Perry.

Täglich:

Großartige Baumblüte in Tivoli.

Harry Goldschmidt's Möbelhalle

Berlin S., Moritzplatz 59, Ecke Stallschreiberstr.

Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen auf Kredit

bei geringer Anzahlung und auf Jahre verteilten Ratenzahlungen.

Extra-Abteilung: Verliehen gewesene Möbel spottbillig

Oswald Naefe

Färberei u. Chemische Wäscherei

Fabrik: Britz Rudower Str. 34 Tel.: Nk. 208

Färben und Reinigen von Garderoben, Innendekorationen, Polstermöbeln usw.

Gardinen-Wäscherei, Mechan. Teppich-Schüttelwerk.

Kul. Bedienung. Bill. Preise. Abholung u. Zustellung kostenlos.

Fillialen in Neukölln: Bergstr. 74, Bergstr. 161, Saalestraße 7, Kaiser-Friedrich-Str. 248 (Hermannplatz), Kaiser-Friedrich-Straße 82, Kaiser-Friedrich-Straße 195, Münchener Straße 36/37, Ecke Mainz Straße, Steinmetzstr. 43, Friedelstraße 34, Knesebeckstr. 119, Ecke Hermannstr., Weserstr. 16, Emsorstr. 16/17, Teupitzer Str. 105.

Berlin S.: Gräferstr. 82.

Schöneberg: Goltzstr. 12, Sedanstr. 1, Akazienstr. 6, Hauptstr. 105.

Hermannstraße 257 Neukölln am Hermannplatz

Möbel-Rollkrug

Neukölln Berliner Straße 1 am Hermannplatz

Stube und Küche Anzahlung

bestehend aus:
2 Bettstellen 1 Tisch
2 Matratzen mit 2 Stühlen
2 Kellkissen 1 Küchenschrank
1 Kleiderschrank 1 Küchentisch
1 Spiegel 1 Küchenstuhl
1 Spiegelspind 1 Küchenschränke
Wochenrate 1.50 Mark Mark an

20

2 Stuben u. Küche Anzahlung

bestehend aus:
1 Kleiderschrank 1 Trumeau
1 Wäschespind 1 Sofa
1 Waschoilette 1 Tisch
2 Bettstellen 4 Stühlen und
2 Matratzen mit 1 farbige komplett. Küche
Kissen Küche
Wochenrate 2.50 Mark Mark an

35

2 Stuben und Küche Anzahlung

in Nussbaum u. modern Ausführung
1 mod Kleiderschrank 1 Plüschsofa
1 modernes Vertiko 1 moderner Umbau
2 einl. Bettstellen 1 Tisch, 4 Stühle u.
2 Matratzen 1 moderne kom-
1 Waschoilette pllette farbige
2 Nachtschränke Küche
Wochenrate 3.00 Mark Mark an

60

1 modernes Schlafzimmer

1 modernes Speisezimmer
1 modernes Wohnzimmer
1 modernes Herrenzimmer
in allen Holz- und Stilarten
Einzelne Möbelstücke und Polsterwaren

40-60

Mark an
Wochenrate 4 M.
Anzahlung
5 Mark
Wochenrate 1 M.

Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet.

Zum bevorstehenden Wohnungswechsel!

Die Gardinen- und Teppich-Abteilung bietet an Qualitäten und Preisen etwas Aussergewöhnliches!

Gardinen — Stores		Tüll-Bettdecken — Mulle		Teppiche, hervorragend billig	
Engl. Tüll Stückware Meter	75, 60, 50, 38 Pf.	Engl. Tüll-Bettdecken über 1 Bett	4 ⁵⁰ 3 ⁷⁵ 2 ⁵⁰ 1 ⁶⁵	Grösse, ca. 150,200 170,240 200,300 270,340 300,400	
Engl. Tüll abgepasst Fenster	4 ⁵⁰ 3 ⁷⁵ 2 ²⁵ 1 ⁹⁵	Engl. Tüll-Bettdecken über 2 Betten . .	6 ²⁵ 5 ⁷⁵ 4 ⁹⁵	Imitiert Perser doppelseit. 5 ⁷⁵ 8 ⁹⁵ 13 ²⁵ 21 ⁷⁵ 32 ⁵⁰	
Engl. Tüll-Künstler-Gardinen	5 ⁷⁵ 4 ⁵⁰ 3 ⁷⁵ 2 ⁹⁵	Erbstüll-Bettdecken über 1 Bett, mit Volant	5 ²⁵ 4 ⁵⁰ 3 ⁷⁵ 2 ⁹⁵	Gobelin, Perser 9 ⁵⁰ 14 ⁷⁵ 20 ⁵⁰ 33 ⁷⁵ 43 ⁵⁰	
Engl. Tüll-Künstler-Gardinen in sehr eleganter Ausführung	9 ⁵⁰ 8 ⁷⁵ 7 ⁵⁰ 6 ²⁵	Erbstüll-Bettdecken über 2 Betten, mit Volant	9 ⁰⁰ 7 ⁵⁰ 6 ⁵⁰ 4 ²⁵	Plüsch gute Qualität 9 ⁵⁰ 14 ⁷⁵ 21 ²⁵ 37 ⁷⁵	
Allover-Net-Künstler-Gardinen	9 ⁵⁰ 7 ⁵⁰ 5 ⁷⁵ 3 ⁹⁵	Gardinen-Mulle ca. 120 cm breit, Mtr.	1 ¹⁵ 1 ⁰⁵ 90, 75 Pf.	Prima Tapestry 10 ²⁵ 15 ⁵⁰ 22 ⁵⁰ 39 ⁷⁵	
Erbstüll-Stores mit Volant mit reicher Handauflage	6 ²⁵ 5 ⁷⁵ 4 ⁵⁰ 2 ⁹⁵	Rouleaus 1- und 2teilig	2 ⁴⁰ 1 ⁹⁵ 1 ²⁵ 95 Pf.	Axminster Ia Qualität 12 ²⁵ 20 ⁵⁰ 29 ⁷⁵ 43 ⁵⁰ 63 ⁵⁰	
Erbstüll-Halbstores mit Volant, reich mit Band besetzt	6 ⁵⁰ 4 ⁵⁰ 3 ⁹⁵ 2 ⁷⁵	Scheibengardinen abgepasst Stück	50, 45, 38, 25 Pf.	Prima Velours 14 ⁷⁵ 19 ⁷⁵ 29 ⁷⁵ 43 ⁷⁵ 62 ⁷⁵	
Allover-Net-Gewebe zur Anfertigung von Fenster- u. Erker-Dekorationen Meter	1 ³⁸ 1 ¹⁰ 85 Pf.	Läuferstoffe Jute Meter	1 ²⁵ 90, 65, 58 Pf.		
		Läuferstoffe Bouclé Meter	3 ²⁵ 2 ⁴⁰ 1 ⁹⁵		
Ein Post. Madras-Garnituren in den herrlichsten Dessins	5 ⁷⁵ 5 ²⁵	Ein gr. Posten Linoleum-Läufer Meter	1 ⁵⁰ 1 ²⁵ 1 ¹⁵ 95 Pf.	Herat beste Imitation echter Perser, mit Franzen 5 ⁴⁰ 5 ⁵⁰ 7 ⁹⁰ 8 ⁹⁰ 9 ⁸⁰	

Fertige Betten, Bettfedern u. Bettbezüge	Fertige Betten Deckbett, Unterbett, 3 Kissen, mit guten Federn gefüllt	37 ⁵⁰ 26 ⁵⁰ 19 ⁵⁰	Fertige Deckbett- u. Unterbett-Inletts federdichte, gute Qualit.	8 ⁰⁰ 5 ²⁵ 2 ⁹⁵	Bettbezug mit 2 Kissen, gutes Hausbuch oder Linnen	5 ⁵⁰ 4 ²⁵ 3 ²⁵
	Bettfedern nur gereinigte Qualitäten 450 3 ⁰⁰ 1 ⁹⁵ 1 ²⁰ 60 Pf.		Einzelne Dimiti- oder Damastbezüge	durchweg 3 ²⁵	Bettbezug mit 2 Kissen, aus Elsassor Damast oder Dimt	6 ⁵⁰
					Bettlaken prima Danlas, Grösse 150X225	Stück 1 ⁹⁵
					Inletts Deckbetbreite oder Unterbett, gute Qual., Meter	2 ³⁰ 1 ⁰⁵ 95 Pf.

10% oder doppelte Rabattmarken in baar

Enorm billige Frühjahrs-Verkäufe in allen Abteilungen

Der Frühjahrs-Katalog erscheint in den nächsten Tagen, die Zusendung geschieht auf Wunsch portofrei! Der gute Ruf seit Bestehen meines Hauses ist begründet durch die vorzügliche Verarbeitung und ausserordentliche Preiswürdigkeit

Damen-Blusen	Damen-Konfektion	Damen-Putz
Bluse aus Batist mit Einsätzen reich garniert, sehr moderne Formen	Sportjacke aus modernem Waffelstoff mit Gürtel, offen und geschlossen zu tragen	Grosse flache Glocken mit Blumen- u. Handuntergarnitur
1 ⁹⁵	6 ⁹⁰	7 ⁵⁰
Bluse aus gestreiftem, waschbaren Stoff, schwarz, marine, mit modernem Kragen	Sportjacke aus guten modernen Stoffen mit Hüftengürtel und Brusttasche	Topf-Glocken m. Samtbänderchen, Blumen- u. Schließengarnitur
2 ⁵⁰	9 ⁷⁵	5 ⁹⁵
Bluse aus reinwollenem Musselin, Blümchen- und Punktmuster	Kostüme aus blau Cheviot und Stoffen englischer Art, zum Teil auf Seide	Moderner Matelot mit Reiber (mit Gürtel)
2 ⁸⁵	9 ⁷⁵	5 ⁴⁵
Bluse aus gutem Waschvölle mit gesticktem Kragen und Vorder- teil, mit Wachsperlköpfen garniert	Kostüme aus blau Cheviot, moderne Gürtelform u. Schößen- garnierung	Vornehmer Frauenhut mit Federn und Blumen garniert
3 ⁷⁵	15 ⁷⁵	7 ⁵⁰
Bluse aus schwarz, marine, blau-weiß kariertem reinwollenen Musselin, reich garniert	Kostüme aus blauen und englischfarbigen Stoffen, auf Seide, moderne jugendliche Form	Trotteur in allen Farben, mit römischem Band garniert
4 ⁵⁰	18 ⁷⁵	2 ⁴⁵
Bluse aus guter Waschseide, reine Seide, sehr modern und jugend- lich verarbeitet	Kostüme aus gutem Cotels- und englischartigen Stoffen auf Seide, prima Schneiderarbeit	Seiden-Strohborden - Südwesten in den modernsten Farben
5 ⁹⁰	27 ⁵⁰	1 ⁹⁵
Ein Post. Jupons aus Trikot mit Molré-Volant, hohem Plissee durchweg mit Blenden- garnierung	Kleider aus reiner Seide mit breit, mod. Chloé-gürtel, sehr neue Form, viele Farb-	Ninisch, Glocken und Matelot in allen Farben
1 ⁸⁵	25 ⁰⁰	6 ⁵⁰ 4 ⁷⁵ 2 ⁹⁵
Ein Post. Fiausch- und Ratinemorgenröcke	Röcke aus modernem, schwarz-weiß kariertem Stoff mit Knopfgarnierung	
2 ⁹⁰	2 ⁹⁰	

Wilhelm Joseph

Täglicher Eingang von Neuheiten in Krawatten und Oberhemden Selbstbinder 75 Pf. weiss und bunt. 3⁹⁵ 2⁴⁵

Schöneberg, Hauptstr. 163
Berlin, Grossgörschenstr. 1

Zöpfe 8⁵⁰ Mark

a. langem Haar, ca. 70cm lang, nur

Doppelzopf „Edith“ 90 cm lang nur 5.— M.
Doppelzopf ohne Kord., 110 cm lg., nur 12.— M.
Vorführung ohne Kaufswang. — Weibl. Bedion.
5% vergütet bei Vorz. d. diesor Annonce.

Haarhaus Richard Laub,
Neukölln, Be-nin-Str. 103, a. Horm.-Pl. Papr. Neuk. 1751
Belle-Alliance-Str. 95, zwisch. Baruther u. Gneissengraben, Fernspr. Litz. 1142
Spezial-Salons für Haarfröb., Kopfwaschen, Geadultieren usw.
Man verlange diehrete Zusendung der illust. Preisliste.

H. Bartels Bäckerei u. Konditorei
Stegfriedstraße 44
empfiehlt ff. Backware.

Bekannt als beste und billigste Bezugs- quelle für Herren-Hüte

in jeder Preislage bei Radloff, Charlottenburg,
Berliner Str. 51

M. Schulmeister

Koffbuser-Tor

Moderner „Covercoat“ Paletot:

Sport in den neusten Farben fertig am Lager.

29-36-42-45-54-58-65-75-80-90-
Ulster in den neusten Formen
25-29-32-36-40-50-60-70-
Marenço-Paletots
23-27-29-32-36-40-
45-50-56-60-70-
Es kommen nur eigene Fabrikate zum Verkauf



LEHMANN STEOLITZ

Geschäfts-Eröffnung

dor

Damen = Konfektions = Zentrale

163 Bergstr. 163, Ecke Richardstraße, I. Etage.

Außerst billige Bezugsquelle für elegante Kostüme, Mäntel, Sport-Jackets, Blusen, Röcke, Damen- und Kinderkleider in allen modernen Formen und Farben und verschiedensten Preislagen. — Atelier für Maanfertigung im Hause. — Fabrikation und Verkauf stehen unter gewissenhafter fachmännischer Leitung.

Extra billige Reklamepreise wegen Ersparnis hoher Ladenmiete.

Warenhaus Arthur Behrendt

Schöneberg
Hauptstraße 11
in den früheren Räumen der Firma
A. Weiß & Co. Nachf.

Enorme Preisermäßigung in allen Umzugs-Artikeln

Beachten Sie unsere nächste Preis-Ankündigung!

Charlottenburg.
S. Hoffmann, Wilmersdorfer Straße 12,
— Ecke Schulstraße —
empfiehlt sein reichhaltig. Lager von guten, selbstangefertigten
Frühjahrs-Anzügen und Paletots
für Herren und Knaben zu sehr soliden Preisen.
aus den
Maß-Anzüge modernsten Stoffen
unter Garantie guten tadelloser Sitzen von 50 Mark an.
Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet.

Gerhard Schröder
Neukölln, Hermannstr. 59-60
Ecke Steinmetzstr.
Eisenwaren u. Werkzeuge
Smallegeschirr - Porzellan
Lampen - Glas
Haus- u. Küchengerät

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Süden

Erscheint wöchentlich
einmal
Untenstehende Geschäfte
empfehlen sich bei Einkäufen

Badeanstalt.
Augusta-Bad, Cöpenick, Str. 60
Lief. sämtl. Krankenkassen
Lindenbad, Lindenstr. 100
Societät, Friedrichstr. 100
Jossener Bad, Zossen, St. 34
Lief. sämtl. Krankenkassen

Bäcker- u. Konditoreien
Bäckerei Nordstern
Inh. Gust. Müller
Filiata in Steglitz, Ost u. Ungerstr.
Okerstr. 11, Spandau
P. Anders, Galeschmuck, 184
Joh. Borchardt, Schierkestr. 22
Sek. gute Qualität
G. Bröge, Loykstr. 18
gutes großes Brot
Arthur Friedrich, Herthastr. 3
A. Gemeinhardt, Adalbertstr. 92
M. Grandt, Neukölln, Steglitz
Str. 32, 13. et. Huml. fr. Backw.
Herm. Herse, Thüringerstr. 17
Max Kröten, Kaiser-Friedrich-Str. 102
H. Knödel, Waldemarstr. 46
G. Kriechel, Münchenerstr. 24
H. Krüger, Widmannstr. 29
G. Laucclair, Kottbusserdamm 12
W. Meimicke, Lindenstr. 78
Berth. Meyer, Reichenberger-Str. 79-80
Felix Schulze, NK, Spandauer-Str. 6
K. Walter, Köpenickerstr. 74
E. Walter, Senkils, Weissstr. 55
P. Wendt, Amerikanische Kolonien

Beerdigungs-Anst.
Jul. Grieneisen
Neukölln
Berlinerstr. 7-8, Tel. 1286
Holz- und Metallwarenfabrik
mit eigenem Fuhrpark
Feuerbestattung
Otto Rengers
Wienersr. 28
Max Fuchs, Frankf. Allee 107
Herrmann Nachl. Julius Theodor
Gartenstr. 53-54, Tel. 1012
P. Rosenmann, Köpenickerstr. 179
Feuerbest. lat. Nebengeb. 134 MK.

Beleuchtungsgegenstände
Beleuchtungshaus Oranienstr. 205, Gasstr., Petroleum.
Neukölln, Beleuchtungskonz.
K. Leischnar, Kottbusserdamm 44.

Bettfedern
Bertha Pfeiffer, Wienersr. 27
Laden

Blumen und Kränze
W. Thiedtke, Neukölln, Hermannstr. 64
E. Weber, Kottbusserdamm 11
Tel. Moritzpl. 5255.

Cigarren und Tabake
H. Maab, Kottbusserdamm 83-85.
Johann Sauer, Hermannstr. 124
Dankhof Hermannstr.

Butter, Eier, Käse
Kauft
„Märkische Perle“
Mecklenburger Perle
Märkische Perle
Bergstr. 141, Kaiser-Friedr. Str. 47,
Kottbusserdamm 21, F. Wolf, Back.
Märkische Perle
allerfeinste Pflanzenbutter.
B. Frenger, Neukölln, Herthastr. 22.
W. Metzler, Ebersstr. 114
frisch. Naturbutter

Cigaretten-Fabrik
Frei Rauch
H. Qualitätsgarantien
Neukölln, Kirchhofstr. 19
Amt Neukölln 1246

Damen-Putz
F. Weidemann
Oranienstr. 30
Spezialität: Federhüte
Abonnenten erhalten 5%
Marie Weinholt, Wrangelstr. 49

Dentist
Gasnow, Lindenstr. 112
Spezialitäten 1-3, 3-4.

Drogen und Farben
Drogerie „Komet“
Kosmetisch. Laborator., Neukölln,
Schillerprom. 18, P. 1446.

Berthold Steuer
Wienersr. 25
Telephon: Moritzplatz 2144.
U. Behn, Drog.-Verordnungsamt
W. Carl, Neuk., Elbest. 9-10
Branddrogerie
Thüringerstr. 97
Drogerie zum Hohensteinen
H. Fehrer, Berlin 55, Schulstr. 11
Drogenhaus H. Pasche
Berlinerstr. 11, Spandauerstr. 11
Klassische Drogerie, Neukölln
Kaiser-Friedrichstr. 236, Gummi

Linden-Drog., Lindenstr. 10
Adalbertstr. 60
H. Otten, Farb., Drog., Seifen
Drogenhaus Julius Coml,
Lindenstr. 31, Ägypten, Bedarfsartikel

Eisen-, Stahlw., Waffen
O. Alm, Kaiser-Friedrichstr. 9
Stahlw., Haus-, Kucheng.
O. Anders, Kottbusserdamm 6
Albert Kniesch, Schallte-
str. 46b.
G. Mayer, Marienl. Chausseest. 205
Haus- u. Kucheng.

Fr. Paschke, Wienersr. 55.

Fahrräder, Nähmaschinen
Gust. Wolf, Britz
1. Geschäft Chausseest. 22
2. Geschäft Redowerstr. 24
Verk. etw. Mark. Teilw. gest.

Färberei und Waschanstalt
Okerstr. 4, W. Harst, O. Scherwin
Sprengstr. 4, Johannist. Trüchtl. Str. 1

Fischhandlungen u. Räucherwaren
Paul Franke, Neukölln, Gute
Räucherwaren
W. Hepp, Köpenickerstr. 20
M. Winkler, Tel. Moritzpl. 11 596.

Fleisch- und Wurstwaren
Wurst, Speck und Schinken
Richard Grieger
Kottbusser Damm 14
C. Berlich, Oranienstr. 192
am Heinrichsplatz
Rich. Deckert, Wienersr. 33.
P. Dreger, Prinz-Bismarckstr. 75
Edmund Farrenkopf, Glogauer
Str. 19.
G. Kehrberg, Adalbertstr. 48
H. Meißner, u. Wurstw.
H. Malzer, Hermannstr. 225
G. Reuber, Karligarten 16
G. Riedel, Widmannstr. 1.
K. Rittermann, Finkenl. u. Wurstw.
H. Schmidt, Nogatstr. 33
H. Sahib, H. Aufschmitt.
P. Schmidt, Falkstraße 3
F. Fleisch- u. Wurstw.

Gummiwaren
Schulte M. F. Müller, Adlershof
Hilmarstr. 1. Sport- u. Körperphys.

Haus- und Küchengeräte
G. Achtziger, Oberbaumfeld
Edelstr. 10, Eisenw.
A. Gärtner Nachf., Niederschöneweide,
Berlinerstr. 127.
Fr. Havenstein, Kaiser-Friedr.
Str. 204-5
A. Meyer, Oberbaumfeld
Luisenstr. 15, Eisenw., Eisenwaren
Sygusch, Altes, Eisenw., Holz
Arbeits- u. Art. u. Eisenw.

Herrenartikel
H. Krüger, Waldemarstr. 76.
Kaufhaus Mariendorf, Chausseest.
Er. Radau, Niederschöneweide
Berlinerstr. 109.

Hüte und Herrenartikel
Huthaus Norden
Dresdenstr. 129
Brunnenstr. 22, Badstr. 60
Chausseestraße 58.

Kino-Theater
Kuckuck-Justspielhaus
Kottbusser Damm 92
Größtes Theater Neuköllns
1000 Plätze
Wöchentl. 2 mal Programm.
Erschl. Vorführung. Sol. Preise.
Lichtbild-Theater
Heusselstr. 42, Schöneberg
Weltbogr.-Theat., Str. 29, 30

Molkereien
Sanitäts-Molkerei, Thomas
Neukölln, Bergstr. 150
F. W. W. Ziegenstr. 19,
Bod.-damm 22, Weiserstr. 43.
H. Poppmann, Milch, Butter, Käse
Kottbusserdamm 1.

Musikinstr.
O. Jahre, Britzerstr. 10, Mechan.
Reparat. äußerst bill.
Möbeltransport
W. H. Busse, Tel. Moritzpl. 3583
Bücherstr. 45
Nähmasch.
Littauer Vertr. Wilke
Neukölln, Hermannstr. 50, 60
Papier- und Schreibwar.
H. Paschke, Lindenstr. 113.

Herrengard.
Fr. Kling, Lanitzstr. 51,
Auch Stoffgarn.
Kolonialwar. Delikatessen
L. Andre, Okerstr. 47, gute
billige Quelle.
Alwin Bogen, Kottbusser-
damm 7.
Lange Nachl., Britz,
Chausseest. 75
E. Liebenau, Klein-, Niemetal. 1
Spez. Krankenw.
Gottl. Mühlhölzer, Kranold-
straße 12.
A. Meißner, Köpenickerstr. 20
K. Pickert, Falkensteinstr. 7
best. Bezugsquelle
P. Pütz, Kirchhofstr. 14
bekannt gute u. bill. Quelle

Kurz-, Weiß-, Wollwaren
H. Hurwitz, Mariendorf
Chausseest. 25
Linoleum, Wachstuche
H. Schönewald Nachf., Kottbusser-
damm 7.

Maßgeschäfte für Herrenmoden
Albert Liffin, Neukölln,
Hermannstr. 207
Rosenau, Berlinstr. 19, fertige
Hemden, Jacken, etc.

Mehlhandlg., Kolonialwar.
G. G. & Domschalt, Schillerstr. 40,
Kasselerstr. 10
J. Witz, Adalbertstr. 34, Mehl-
handlg. u. Kolonialw.
Bruno Maab, Neukölln,
Berlinerstr. 12.
A. Schleinitz, Mariannestr. 14
W. Suckow, Wrangelstr. 76.

Restaurants
Gesellschaftshaus Britz
Inh. Adolf Becker
Saal u. Verein u. Festlichkeit.
empf. Jed. Sonntag, groß. Hall.
P. Maler, Hermannstr. 145,
gute, Speis. u. Getr.
Ludwig Hirsch, Central-
Kino, Klein-, Hermannstr. 120

Sattler- und Lederwaren
F. Stedingen, Schliesische-
straße 20.

Schuhwaren u. Besohlenst.
J. Czapliewsky, Neukölln,
Berlinerstr. 20
M. Gerka, Marienl. Chausseest. 210
Inf. u. Kon. Geschw.
F. H. Hennig, Tempelhof,
Berlinerstr. 100
L. Kuntzsch, Köpenickerstr. 21-23
Schulw., Fabrikpreis
K. Kühn, Neukölln, Bergstr. 33
Schulw. u. Besohlenst.
Wolkenstein's Schuhwaren-
u. Rep.-Werkst., Gracetr. 29
Charlottenburg
Robert Rau, Neumschulowweg
Hansschulzenstr. 95.
Eug. Schön, Mariendorf,
Chausseest. 200
Jul. Schülke, Chausseest. 200

Wachstuch, Linoleum
Schulw. Kupfer, Okerstr. 12
Läuferstoffe, Edisonstr. 12

Möbel-Fabrik. u. Magazine
Rich. Barasch, Schliesische Str. 40 s.
Verkauf zu Fabrikpreisen.
Fischermeister
O. Menchner, Gräfstr. 2, vis-à-vis Jandorf
Lieferung gut und billig.
Möbel-Storch
98 Schalltestr. 98
Spezialität: 1 u. 2 Zimmerricht.
K. Dollmann, Bod.-damm 41,
bei Zahlungsbezug.
A. Behrend, Tischlermeister,
Reichenbergerstr. 42, Teil, gest.
Gustav Böse, Tischlermeister
Luisenstr. 22, am Oranienplatz.
P. Hartig, Lanitzstr. 5
Schalltestr. 94.
Möbel-Helm
Tempelhof
Berlinerstr. 120
Möbel-Amann, Größt-
str. 1 und Lohmühlenstr. 58.
P. Lackemacher, Johannist.
Friedrichstr. 3, Tel. 918, Oberst.
Kreuzstr. 1, neue Möbel bill.
A. Pfeiffer, Reichenbergerstr. 14
H. Stark, Ober-Schöneweide
Edisonstr. 20.

Patentanw.
Wessel, Gitschinerstraße 94a
A. Müller, Gitschinerstr. 81,
Tel. N., Reizpl. 8442

Phot. Ateliers
H. Böbers, Neukölln, Saale-
str. 1, an Ringbahn
K. Kloster, Schalltestr. 82
Ecke Lötterstr.

Robschlächter.
Robschlächterei R. Seeger
Oppelnerstr. 46, a. Schloß. Tor.
Empfehle prima Ware
Täglich Fohlenfleisch.

Sattler- und Lederwaren
F. Stedingen, Schliesische-
straße 20.

Schuhwaren u. Besohlenst.
J. Czapliewsky, Neukölln,
Berlinerstr. 20
M. Gerka, Marienl. Chausseest. 210
Inf. u. Kon. Geschw.
F. H. Hennig, Tempelhof,
Berlinerstr. 100
L. Kuntzsch, Köpenickerstr. 21-23
Schulw., Fabrikpreis
K. Kühn, Neukölln, Bergstr. 33
Schulw. u. Besohlenst.
Wolkenstein's Schuhwaren-
u. Rep.-Werkst., Gracetr. 29
Charlottenburg
Robert Rau, Neumschulowweg
Hansschulzenstr. 95.
Eug. Schön, Mariendorf,
Chausseest. 200
Jul. Schülke, Chausseest. 200

Wachstuch, Linoleum
Schulw. Kupfer, Okerstr. 12
Läuferstoffe, Edisonstr. 12

Strumpfw. und Wäsche
G. Braun, Kottbusserdamm 5.
Uhren, Goldw.
Auerbach, Neukölln, Bergstr. 2
F. Bahr, Schalltestr. 10
J. Bosenroth, Melchiorstr. 11
Treptow, Dörfelstr. 3
F. Dörhandl, Köpenickerstr. 20
gegründ. 1866.
G. Fenske, Kottbus. Damm 9
Sireng real. anerkannt bill.
Kleinschmid, Auguststr. 10
K. Lehmann, Kottbus. Damm 23
Reelle fachmännisch. Bedien.
A. Lötteringhaus, Klein-, Kaiser-
Friedrichstr. 61
A. Michaelis, Mariendorf
Chausseest. 200
G. Schönemann, Neukölln,
Berlinerstr. 74
H. Wagner, Senkils, Bergstr. 55
streng real. anerkannt billig
C. Werner, Zossenerstr. 29
Reelle fachmännisch. Bedien.

Seifen
Grettenius, Mariendorf
Chausseest. 279.
W. Schulze, Schliesische Str. 20,
Spez.: Seifengestalt.

Wasch-, Kurz- Wollwaren
Kaufhaus des Südens
Neukölln, Kais. Friedr. Str. 60, 1. u. 2. b. b.

Wild und Geflügel
J. Lasnitzki, Spez. Gänse- u. Wildgeschäft.
Kottbusserdamm 14-17, Wrangelstr. 77,
Wienersr. 27, Oranienstr. 18.
A. Hanne, Faldstr. 55, Gänse-
auschlechts., Ideal-Passag.
M. Schöning, Auguststr. 12, Spezial-
Gänse-Auswahl.
Max Zobel, Wrangelstr. 48
T. 10446. Moritzpl.

Wirtschaften Etablissements.
Ost-Afrika Lichtspiele
Reichenbergerstraße 19
Erstklassiges Programm
Dienstags u. Sonntags 4-5-8-9 Uhr
Verträge über uns, Kolonien.

Zahnpraxis
Dent. Wiesemann, Teltow
Str. 9-7, Sonntags v. 10-11. Uhr
R. Papenlud, Kottbusserstr. 14
Tel. 1191 Moritzpl.
P. Schrennker, Wienersr. 69,
Schalltestr. 2013

Kalkberge-Rüdersdorf
Georg Daske
Lebensmittel und Cigarren
Rüdersdorf, Schloßstr. 23.
Max Rudolph, Fahrrad., Näh-, Kinderw.,
Möbel u. Wohnungseinrich-
tungen, auch Teilzahlung.
Kaufhaus, Joh. Altmann
Rüdersdorf.
O. Plebig, Uhr-, Gold- u. Silber-
waren, sowie Repar.
Häselbeck, Kolonw., Mühlen-
prod., Rüdersdorf.
Aug. Schulz, Eisenw., Werkz.
Haus- u. Kucheng.
Max Wolf, Bäckerei, Konditorei
Mittelstr. 16, Kalkberg

Treptow
Drogenhaus Haerberlein
Photo-Centrale
Farben, Parfümerien
Krankenk.-Lieferant
Gracetr. 21, Ecke Bouchestr.

Cöpenick
Gustav Richter
Cöpenick u. Oberbaumfeld.
Eigene Werkstätten für mod.
Wohnungseinrichtungen
mit elektrischem Betrieb.
Auf Wunsch sende Vertreter

Brotfabrik Vorwärts
Hermann Ullrich
Kaiserin Augusta-Viktoriastr. 23
m. Weinstock, Rudowerstr. 21
Bill. Bezugsquelle f. Damen-
und Kinder-Konfektion und
Wäsche, Schürzen.
Bahnhof-Apotheke, Bahnhof-
straße 10.
Evers, H., Röhrenw., Delikat.
Grünstraße 13.
H. Hanning, Schloßstr. 22, Uhrw.
Goldw., Optik, eig. Rep.-Wkst.
Fr. Herrmann, Hagenstr. 12/14
ff. Brot- u. Backw.
G. Kirchner, ff. Fleisch- und
Wurstwaren.
H. Kärmer, Rudowerstr. 28
Schloßstr. 13, Regent
A. Magerle, Schloßstr. 24,
Leder-, Polster- u. Rep.-Wkst.
Musikhaus Otto Hanelt
Cöpenick u. Oberbaumfeld.
Paul Mietner, Eisenw., Werk-
zeuge, Reparatur, Schloßstr. 18
Optiker, Löbbeck, Grünstr. 11
Brillen - Kneifer
Richter, Fr., ff. Fleisch-, Wurstw.
Grünstraße 12.
G. Scriverius, 1883 priv. Staatl.
apoth. Köpenick
Schloß-Apotheke, J. Opitz,
Berlin, 61, 3.
Hugo Schüssler, Gracetr. 1, Libr.-
fabrik, Weidling
Stern-Drogerie, Paul Röhl,
Klotzstr. 4.
G. Wilhelm, Cöpenick, Gracetr. 10
Möbelhandlung
Winter, Bahnhofstr. 17, Kuch-, Woll-
waren, Herrenartikel.

Mariendorf
Hubertus-Drogerie, Chausseest.
Str. 29
Otto Ladwig, Drogen, Farben
Chausseest. 45.
H. Loos, Eisenw., Wirtschaftsw.
Berlinerstr. 234

Neukölln
Milch-Schmidt
Neukölln
Hermannstr. 53 u. Hermannstr. 58-60
Berlinerstr. 78, Bergstr. 187
Kais. Friedr. Str. 116, Lötterstr. 116
Butter nur eig. Fabrikation
in eig. Molkereien hergestellt.

C. Dittmann
Berlinerstr. 43
Wild - Geflügel - Fische.
P. Röschl, Steinmetzstr. 11b,
pr. Fleisch- u. Wurstw.
W. Knappel, Eisen-, Stahlw.,
Eisenstr. 34, Inf. u. Kassier-Gesell.
Gsk. Poley, Schloßstr. 13
Th. Sellach, Eisen- u. Stahlw.
Hermannstr. 48.
M. Zimdars, Näherer, Konditor
Reichenbergerstr. 27

Treptow
Drogenhaus Haerberlein
Photo-Centrale
Farben, Parfümerien
Krankenk.-Lieferant
Gracetr. 21, Ecke Bouchestr.